



Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

**JAHRESVORSCHAU DES BMWF 2011
auf der Grundlage des
„Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission“,
des „Achtzehnmonatsprogramms des Rates“
sowie des informellen Programms
der polnischen EU-Präsidentschaft**

Auf der Grundlage des Beschlusses des Ministerrats vom 22. November 2004 (GZ des BKA 405.710/0007-IV/5/2004) wurde festgelegt, dass jedes Mitglied der Bundesregierung einen Bericht vorlegen wird, in dem auf der Basis des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission und des Rates über die zentralen Themen im eigenen Wirkungskreis berichtet wird.

Der diesjährige Bericht des BMWF beruht auf dem Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für das Jahr 2011, auf dem Achtzehnmonateprogramm des Rates mit Gültigkeit bis Juni 2011 (Ende der ungarischen EU-Präsidentschaft) sowie auf dem informellen Programm der polnischen EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2011. Ein offizielles Programm der polnischen EU-Präsidentschaft ist erst im Mai/Juni 2011 im Rahmen des nächsten Achtzehnmonateprogramms des Rates zu erwarten.

**ARBEITSPROGRAMM
DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION FÜR 2011**

FORSCHUNG

Die Europäische Kommission konzentriert sich im Jahr 2011 auf fünf Schwerpunkte:

- Umgang mit der Wirtschaftskrise und Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung Europas;
- Vorantreiben der „Europa 2020 Strategie“;
- Aufbau eines Raums für Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit;

- Start der Verhandlungen über das neue EU-Budget;
- Der EU auf globaler Bühne Gewicht verleihen.

Für die Forschungspolitik sind vor allem Aktivitäten im Zusammenhang mit der „Europa 2020 Strategie“ von Bedeutung. Die Europäische Kommission will die im Herbst 2010 vorgelegte „Flagship Initiative“ über die Innovationsunion zügig umsetzen, insbesondere das darin enthaltene Konzept der Europäischen Innovationspartnerschaften.

Mit den Europäischen Innovationspartnerschaften vertieft die Europäische Kommission die seit einigen Jahren sich entwickelnde Verbindung von nationalen mit EU-Maßnahmen rund um große gesellschaftliche Herausforderungen. Es sollen möglichst rasch innovative Produkte und Dienstleistungen entwickelt werden, die der europäischen Gesellschaft zu Gute kommen und der europäischen Wirtschaft Wettbewerbsvorteile auf den globalen Märkten verschaffen. Die Europäischen Innovationspartnerschaften stehen in einem engen Zusammenhang mit den Joint Programming Initiativen, an denen Österreich aktiv beteiligt ist.

Ende 2011 wird die Europäische Kommission ihren Vorschlag für das 8. Forschungsrahmenprogramm vorlegen. In Vorbereitung darauf wird im Frühling 2011 von der Europäischen Kommission ein on-line Konsultationsverfahren durchgeführt werden.

Außerdem wird die Europäische Kommission im Rahmen des so genannten „Europäischen Semesters“ die Nationalen Reformprogramme der Mitgliedstaaten bewerten und länderspezifische Empfehlungen ausarbeiten. Dies betrifft auch den Bereich Forschung.

Schließlich ist Mitte 2011 mit dem Vorschlag der Europäischen Kommission über den Gemeinschaftshaushalt 2014 – 2020 zu rechnen.

Österreichische Haltung

Österreich unterstützt alle Maßnahmen, die helfen, den Europäischen Forschungsraum zu verwirklichen. Die von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Europäischen Innovationspartnerschaften machen aus österreichischer Sicht dann Sinn, wenn sie mit bestehenden Vernetzungsaktivitäten der Mitgliedstaaten (z.B. Joint Programming) verbunden werden.

Die Vorbereitungen für das 8. Forschungsrahmenprogramm verfolgt Österreich mit großem Interesse und Engagement. Ebenso wie viele anderen Mitgliedstaaten hat Bundesministerin Dr. Karl der Europäischen Kommission erste Überlegungen Österreichs für die Gestaltung der künftigen EU-Forschungspolitik übermittelt. Die wichtigsten Aussagen des „Österreichischen Reflexionspapiers im Hinblick auf die Nachfolge zum 7. Rahmenprogramm“ finden sich im Zusammenhang mit der Arbeitsprogramm der Präsidentschaften.

Das BMWF ist gerade dabei, seine prioritären Maßnahmen für das österreichische „Nationale Reformprogramm“ im Bereich Forschung zu formulieren. Der Bewertung des Reformprogramms durch die Europäische Kommission wird mit Interesse entgegen gesehen.

Für die ab Mitte 2011 beginnenden Verhandlungen über die nächste Finanzielle Vorausschau der EU tritt das BMWF für eine Schwerpunktsetzung im Bereich Forschung ein.

HOCHSCHULBILDUNG

Die Arbeiten der Europäischen Kommission im Hochschulbereich in diesem Jahr stehen im Zusammenhang mit der EU-Strategie 2020 und fokussieren die im Rahmen der Leitinitiativen „Jugend in Bewegung“, „Neue Kompetenzen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten“ und „Innovationsunion“ angekündigten konkreten Vorschläge und ergänzende Maßnahmen.

Sehr wichtig sind - im Hinblick auf die Kernziele der EU-Strategie 2020 - das im Jänner 2011 gestartete „Europäische Semester“ und die Bewertung der nationalen Reformprogramme für den Hochschulbereich.

Die Initiative „Jugend in Bewegung“ umfasst mehrere Handlungsschwerpunkte, die den Hochschulbereich betreffen:

1. Ausarbeitung moderner Systeme für die allgemeine und berufliche Bildung, die Schlüsselkompetenzen und Exzellenz vermitteln
2. Steigerung der Attraktivität der Hochschulbildung im Hinblick auf die wissensbasierte Wirtschaft
3. Förderung einer umfassenden Ausweitung des transnationalen Lernens sowie der Beschäftigungsmobilität junger Menschen
4. Volle Ausschöpfung des Potenzials der EU-Finanzierungsprogramme

Bezüglich der Steigerung der Attraktivität der Hochschulbildung wird die Europäische Kommission eine Mitteilung hinsichtlich einer neuen erweiterten Agenda für die Hochschulbildung ausarbeiten, mit dem Ziel, die Reform und die Modernisierung der Europäischen Hochschulbildung zu fördern. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie betreffend die Ausarbeitung eines mehrdimensionalen globalen Transparenzinstruments werden vorlegt. Eine mehrjährige strategische Innovationsagenda wird die Prioritäten für die Hochschulbildung, Forschung, Innovation und Unternehmertum in den kommenden sieben Jahren aufstellen mit dem Ziel, das Wissensdreieck zu stärken.

Für März 2011 ist die Veröffentlichung der Mitteilung der Europäischen Kommission zum Europäischen Durchschnittsbezugswert zur Mobilität geplant, die der Beobachtung von Fortschritten sowie der Ermittlung von Problemfeldern und als Beitrag für eine faktengestützte Politik dient.

Die Europäische Kommission plant, die Mitteilung über die neue Generation des EU-Bildungsprogramms „Lebenslanges Lernen“ (2014 – 2020) in der zweiten Jahreshälfte zu veröffentlichen. Die Mitteilung baut auf den Ergebnissen der öffentlichen Konsultation und der Zwischenevaluierung des Programms auf.

Die Empfehlung des Rates zur Förderung der Mobilität junger Menschen zu Lernzwecken wird voraussichtlich im Mai 2011 von den zuständigen Bildungsminister/innen angenommen. Dabei wird auf Faktoren eingegangen, die die Mobilität zu Lernzwecken auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene behindern und es werden Maßnahmen für den Abbau dieser Mobilitätshindernisse vorgeschlagen.

Wichtiger Meilenstein der Aktivitäten auf europäischer Ebene ist der Start der Verhandlungen über den neuen EU-Haushalt, der für Mitte des Jahres geplant ist.

Österreichische Haltung

Österreich erwartet mit großem Interesse die Mitteilung der Europäischen Kommission über die neue Generation des EU-Bildungsprogramms „Lebenslanges Lernen“ (2014-2020). Die Position Österreichs hinsichtlich der künftigen Programmgeneration wurde in einem BMUKK/BMWF akkordierten Schreiben von FBM Schmied und FBM Karl an die Kommission übermittelt.

Besonders unterstützt werden alle Aktivitäten, die die Mobilität der Studierenden, der Lernenden und Lehrenden sowohl in Europa als auch in den Drittstaaten fördern, weil sie wesentlich zum Erwerb von zusätzlichen Kompetenzen und dadurch auch zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit beitragen.

Mobilität ist ein prägendes Merkmal des Europäischen Hochschulraums. Sie intensiviert die Zusammenarbeit und den Wettbewerb unter den Hochschuleinrichtungen. Österreich engagiert sich auf europäischer Ebene, um „ausbalancierte“ Mobilitätsflüsse in Europa zu erreichen.

Mit dem Kernziel „Senkung der Schulabbrecher/innenquote“ und „Erhöhung des Anteils der 30- bis 34- Jährigen, die ein Hochschulstudium abgeschlossen haben oder über einen gleichwertigen Abschluss verfügen“ und den Leitinitiativen „Jugend in Bewegung“ und „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungsmöglichkeiten“ ist Bildung ein Kernstück der EU 2020 Strategie und spielt eine Schlüsselrolle bei der Erreichung der strategischen Prioritäten, vor allem im Hinblick auf "intelligentes Wachstum". Österreich setzt sich daher dafür ein, dass im Rahmen der Verhandlungen über den neuen EU-Haushalt diese wichtige Rolle der Bildung im Rahmen der EU-Strategie 2020 entsprechend berücksichtigt wird.

ACHTZEHNMONATSPROGRAMM DES RATES

sowie

Informelles Programm der polnischen Präsidentschaft

FORSCHUNG

Die beiden EU-Präsidentschaften des heurigen Jahres finden in einer Zeit intensiver Beratungen über die Gestaltung der künftigen Förderpolitik der Union statt. Mitte des Jahres wird der Vorschlag der Europäischen Kommission über den Gemeinschaftshaushalt 2014 – 2020 (Finanzielle Vorausschau) erwartet. 2011 werden außerdem von der Europäischen Kommission die Legislativvorschläge im Bereich der Strukturfonds sowie für das 8. Forschungsrahmenprogramm vorgelegt werden.

Die Präsidentschaften nehmen sich vor, die strategischen Beratungen über diese grundlegenden Budget- und Maßnahmenpakete durch Debatten im Rat Wettbewerbsfähigkeit zu unterstützen.

2011 ist zudem das erste Jahr der Umsetzung der neuen „Europa 2020 Strategie“. In diesem Rahmen legen die Mitgliedstaaten der Europäischen Kommission ihr jeweiliges „Nationales Reformprogramm“ vor, das zur Verwirklichung der Wachstumsziele der „Europa 2020 Strategie“ beitragen soll. Der Rat Wettbewerbsfähigkeit wird sich mit dem „Annual Growth Survey“ der Europäischen Kommission befassen, der die Wachstumspotenziale Europas beleuchtet.

Beide Präsidentschaften nehmen sich vor, die Entwicklung eines Indikators zur Messung von Innovationsleistungen voranzutreiben. Die Zuständigkeit für diese Aufgabe liegt bei der Europäischen Kommission, allerdings wird die Expertise der Mitgliedstaaten zur Erarbeitung eines aussagekräftigen Indikators nötig sein.

Ein weiterer Schwerpunkt der Präsidentschaften liegt bei Fragen im Zusammenhang mit dem Europäischen Forschungsraum. Neben der Vorbereitung eines „ERA Framework“ durch die Europäische Kommission, das auf den Abbau der Barrieren für die Mobilität von Wissen in Europa abzielt, wird über spezifische Themen im Europäischen Forschungsraum beraten werden. Als Beispiele können die von der ungarischen Präsidentschaft vorangetriebene Strategie der EU für den Donauraum oder die von der polnischen Präsidentschaft angestrebten Nutzung von EU-Mitteln für regionale Forschungsinfrastrukturen genannt werden.

Weitere geplante Themen der Präsidentschaften sind:

- Beratungen über die Ergebnisse der Zwischenevaluierung des 7. Rahmenprogramms;
- Behandlung des Vorschlags der Europäischen Kommission über die Verlängerung des 7. Euratom-Rahmenprogramms;
- Start weiterer Joint Programming Initiativen;
- Bericht über die „Strategic Agenda“ des EIT;
- Umsetzung der Europäischen Innovationspartnerschaft (EIP) zum „Aktiven und Gesunden Altern“ sowie Beratungen über die weitere Vorgehensweise für mögliche weitere EIPs.

Österreichische Haltung

Die Bundesregierung nimmt die Vorbereitung der künftigen EU-Förderlandschaft ernst. Was die Gestaltung des Gemeinschaftshaushalts 2014 – 2020 betrifft, hat sich Österreich klar für eine Schwerpunktsetzung im Bereich Forschung ausgesprochen.

Ende 2010 übermittelte Frau Bundesministerin Dr. Karl an die Europäische Kommission das „Österreichisches Reflexionspapier im Hinblick auf die Nachfolge zum 7. Rahmenprogramm“ als Beitrag für die Beratungen über das nächste EU-Forschungsrahmenprogramm. Die wesentlichen Aussagen des vom österreichischen Ministerrat genehmigten Reflexionspapiers sind:

1. Österreich begrüßt die Weiterentwicklung der Rahmenprogramme zu einem kohärenten Politikrahmen, der weit über die Projektförderung hinausreicht. Dafür schlagen wir als neuen Namen ein „European Knowledge Framework“ für die kohärente FTI-Politik in Europa vor.
2. Die Struktur der künftigen Fördermaßnahmen sollte aus österreichischer Sicht einfach und verständlich sein: Drei Säulen für die Förderung von Wissen im Dienste (1) der Gesellschaft, (2) von Wachstum, und (3) der Wissenschaft.
3. Forschung, Technologie und Innovation sollten einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung von gesellschaftlichen Herausforderungen leisten.
4. Die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft durch strategisch aufeinander abgestimmte Instrumente sowie die Ausweitung der Grenzen unseres Wissens durch einen wirkungsvollen „European Research Council“ stellen für Österreich wichtige Säulen im künftigen „European Knowledge Framework“ dar.
5. Die EU-Regionalpolitik soll aus österreichischer Sicht noch stärker dazu beitragen, die Regionen bei ihrem notwendigen, langfristigen und wissensbasierten Strukturwandel zu unterstützen.
6. FTI-Institutionen und Anspruchsgruppen müssen in Zukunft besser in die Planung und Umsetzung von Fördermaßnahmen einbezogen werden. Gemeinsamen Foresight-Prozesse sollten in „Smart Specialisation Strategies“ münden, die neue Wachstumschancen für Regionen öffnen.
7. Alle Bemühungen, den Zugang zum Rahmenprogramm sowie seine Abwicklung einfacher und kundenfreundlicher zu gestalten (Simplification), sind mit Nachdruck fortzusetzen. Zur Kundenfreundlichkeit gehört auch, die richtige Balance zwischen Kontinuität und notwendiger Reform zu finden.

Mit Blick auf die „Europa 2020 Strategie“ wird Österreich bis Ende April sein „Nationales Reformprogramm“ vorlegen. Darin werden die Vorhaben des BMWF im Bereich Forschung bis 2020 dargelegt und mit den Zielen der geplanten nationalen FTI-Strategie abgeglichen.

Was die Entwicklung eines Innovationsindikators betrifft, engagiert sich das BMWF gemeinsam mit den anderen forschungsrelevanten Ressorts für einen mehrdimensionalen Indikator, der den komplexen Wirkungszusammenhängen von Innovationen gerecht wird.

Die Verlängerung des Euratom-Rahmenprogramms wird aus österreichischer Sicht als formaler Akt der Umsetzung der Beschlüsse über die Finanzierung des 7. Rahmenprogramms betrachtet. Aus formalrechtlichen Gründen war es 2006 nicht möglich, das Euratom-Programm auf sieben Jahre zu beschließen, sondern nur auf fünf Jahre. Das seinerseits vereinbarte Budget für die Jahre 2012 und 2013 ist jedenfalls im Rahmen der Verlängerung einzuhalten.

Frau Bundesministerin Dr. Karl lädt im Juni 2011 viele ihrer Amtskolleginnen und –kollegen aus den neuen Mitgliedsstaaten ein („Salzburg-Group“), um sowohl über das 8. Forschungsrahmenprogramm als auch über regionale Forschungsinfrastrukturen zu beraten. Dieses Treffen bettet sich gut in die Aktivitäten der ungarischen und polnischen EU-Präsidentschaften ein.

HOCHSCHULBILDUNG

Einer der Schwerpunkte des Rates im Jahr 2011 liegt in der Umsetzung der EU 2020 Strategie und der Leitinitiativen. Der Rat Bildung wird sich im Februar 2011 bereits mit dem Beitrag der allgemeinen und beruflichen Bildung zum „Europäischen Semester“ und Jahreswachstumsbericht befassen.

Die Förderung der Mobilität steht im Zentrum der Aktivitäten des Rates im Jahr 2011. Mobilität von Studierenden, wissenschaftlichem Nachwuchs und von wissenschaftlichem Personal ist ein wichtiges Element der persönlichen Entfaltung und der Beschäftigungsfähigkeit und fördert die Mehrsprachigkeit. Der Rat wird sich mit Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils der jungen Menschen, die einen Auslandsaufenthalt zu Lernzwecken absolvieren und zur Verbesserung der Qualität der Mobilität beschäftigen. Es sind Beratungen hinsichtlich der Erhöhung und Ausweitung sowie der Gewährleistung der Qualität der Mobilität und des Abbaus von Mobilitätshindernissen geplant.

Die Ausgestaltung der neuen Generation der EU-Bildungsprogramme (wie das Programm „Lebenslanges Lernen“ und Mobilitäts- und Kooperationsprogramme mit Drittstaaten wie ERASMUS MUNDUS, TEMPUS und andere) wird den Rat in den nächsten Jahren beschäftigen. Die Verhandlungen zur neuen Generation des EU-Bildungsprogramms „Lebenslanges Lernen“ werden voraussichtlich in der zweiten Jahreshälfte 2011 starten.

2011 wird der Rat an der Umsetzung der Modernisierungsagenda für die europäischen Hochschuleinrichtungen intensiv arbeiten und über eine erweiterte Agenda für die Hochschulbildung verhandeln. Dabei werden Themen wie Governance, Regionalität, Management und Internationalisierung behandelt.

Österreichische Haltung

Das österreichische Reformprogramm, das Ende April an die Europäische Kommission übermittelt wird, beinhaltet Maßnahmen, die zur Erreichung des nationalen Zieles im Hochschulbereich beitragen.

Das EU-Programm „Lebenslanges Lernen“ und die hochschulrelevanten EU-Drittstaatenprogramme haben seit ihrem Start wesentlich dazu beigetragen, die Qualität und Internationalität der europäischen Bildungseinrichtungen zu steigern. Die gemeinsame Position des BMUKK/BMWF zur Zukunft des EU-Bildungsprogramms „Lebenslanges Lernen“ wird in die europäischen Verhandlungen eingebracht.

Aus österreichischer Sicht ist es wichtig, dass die grenzüberschreitende Mobilität im Mittelpunkt der Ratstätigkeiten steht. Die Erhöhung der Anzahl der mobilen jungen Menschen unter Gewährleistung einer hohen Qualität der Mobilität ist besonders erstrebenswert.

Österreich setzt sich auch dafür ein, dass „ausbalancierte Mobilitätsflüsse“ in Europa erreicht werden.

WICHTIGE DATEN IM BEREICH FORSCHUNG FÜR 2011

Ungarischer Vorsitz:

Rat Wettbewerbsfähigkeit: 9.-10. März 2011, Brüssel
30.-31. Mai 2011, Brüssel

Informelles Ministertreffen (Rat Wettbewerbsfähigkeit): 11.-13. April 2011, Gödöllő

Polnischer Vorsitz:

Rat Wettbewerbsfähigkeit: 29.-30. September 2011, Brüssel
5.-6. Dezember 2011, Brüssel

Informelles Ministertreffen (Rat Wettbewerbsfähigkeit): 20.-22. Juli 2011, Polen

WICHTIGE DATEN IM BEREICH HOCHSCHULBILDUNG FÜR 2011

Ungarischer Vorsitz:

Rat Bildung, Jugend und Kultur 14. Februar 2011, Brüssel
19.-20. Mai 2011, Brüssel

Informelles Ministertreffen 28.-29. März 2011, Budapest/Gödöllő

Polnischer Vorsitz:

Rat Bildung, Jugend und Kultur 28.-29. November 2011, Brüssel



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 27. November 2009 (04.12)
(OR. en)**

16771/09

POLGEN 219

VERMERK

des	künftigen spanischen, belgischen und ungarischen Vorsitzes
für den	AStV/Rat
<u>Betr.:</u>	Entwurf des Achtzehnmonatsprogramms des Rates

Die Delegationen erhalten in der Anlage den Entwurf des Achtzehnmonatsprogramms des Rates, das der spanische, der belgische und der ungarische Vorsitz erstellt haben.

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	5
STRATEGISCHER RAHMEN	6
OPERATIONELLES PROGRAMM	15
ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN - QUERSCHNITTSTHEMEN	15
Ein neuer Vertrag	15
Die Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 (EU 2020)	15
Klimawandel und Sicherheit der Energieversorgung	16
Halbzeitüberprüfung des Finanzrahmens / nächsten mehrjährigen Finanzrahmens	17
Kohäsionspolitik, territorialer Zusammenhalt und Stadtentwicklung	18
Donaustrategie	19
Regionen in äußerster Randlage	19
Integrierte Meerespolitik	19
Erweiterung	20
WIRTSCHAFT UND FINANZEN	21
Wirtschaftspolitische Koordinierung	21
Finanzmärkte und Finanzdienstleistungen	22
Internationale Aspekte	23
Besteuerung	24
Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010	24
Haushalt der Europäischen Union	25
Statistik	25
WETTBEWERBSFÄHIGKEIT	27
Binnenmarkt	27
Wettbewerbsfähigkeitsaspekte und Industriepolitik	29
KMU	30
Innovation und geistiges Eigentum	30
Forschung, Entwicklung und Innovation	31
Zölle	33
Tourismus	34
BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	35
Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010	35
Europäische Beschäftigungsstrategie	36
Europäische Sozialagenda	37
Soziale Eingliederung und sozialer Schutz	37
Gleichstellung von Frauen und Männern und Nichtdiskriminierung	38
Gesundheitswesen	39
Verbraucherschutz	40
Lebensmittelrecht	41

VERKEHR, TELEKOMMUNIKATION UND ENERGIE	42
Verkehr	42
Telekommunikation	43
Energie	45
UMWELT	47
Bereichsübergreifendes vorrangiges Ziel: Ökologisierung der Politik	47
Klimawandel	48
Biologische Vielfalt	48
Umwelt und Gesundheit	49
Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion/nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen	50
Wasserressourcen	51
Bessere Instrumente für die Umweltpolitik	51
ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG, JUGEND, SPORT, KULTUR UND AUDIOVISUELLE MEDIEN	53
Strategischer Rahmen für die allgemeine und berufliche Bildung für die Zeit bis 2020	53
Soziale Dimension der allgemeinen und beruflichen Bildung	54
Schulen für das 21. Jahrhundert	54
Berufsbildung - Kopenhagen-Prozess	54
Modernisierung der Hochschulbildung	55
Halbzeitüberprüfung des Programms für lebenslanges Lernen	56
Jugendfragen	56
Kultur	57
Audiovisuelle Politik	58
Sport	58
LANDWIRTSCHAFT	60
Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013	60
Milchsektor	60
Qualität der landwirtschaftlichen Erzeugnisse	60
Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Verarbeitungs- und Nahrungsmittelindustrie	60
Entwicklung des ländlichen Raums	61
Forstwirtschaft	61
Vereinfachung	61
Kohärenz	61
WTO/DDA-Verhandlungen	62
POSEI-Verordnung	62
Tiergesundheit und Tierschutz	62
Pflanzenschutz	63
GVO	63
Hygienepaket	63
Drittländer	63
FISCHEREI	64
Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik	64
Reform der Gemeinsamen Marktorganisation für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur	64
Umsetzung der Aquakulturstrategie	64
TAC und Quoten für 2011	64
Mehrjährige Bewirtschaftungs- und Wiederauffüllungspläne	65

JUSTIZ UND INNERES	66
INNERES	66
Asyl und Einwanderung	66
Legale Einwanderung	66
Integration von Drittstaatsangehörigen	67
Illegale Einwanderung	67
Visumpolitik	68
Schengen-Raum	68
Internationaler Schutz	68
Zusammenarbeit mit Drittländern im Rahmen des Gesamtansatzes der EU	69
Strategie der inneren Sicherheit	69
Terrorismusbekämpfung	69
Bekämpfung des Menschenhandels	70
Drogenbekämpfung	70
Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden	70
Kriminalprävention und Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität	71
Informationsaustausch	72
Katastrophenschutz	73
JUSTIZIELLE ZUSAMMENARBEIT	73
Praktische justizielle Zusammenarbeit	73
Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen	75
Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen	76
Außenbeziehungen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	77
AUSSENBEZIEHUNGEN	78
Krisenbewältigung	78
Nichtverbreitung und Abrüstung	79
Terrorismusbekämpfung	80
Multilaterale Zusammenarbeit	80
Europäische konsularische Zusammenarbeit und Schutz der Unionsbürger	80
Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit	81
Handelspolitik	81
Entwicklungspolitische Zusammenarbeit	82
Westeuropäische Staaten, die nicht der EU angehören	83
Westliche Balkanstaaten	84
Nachbarschaftspolitik: Osteuropa und Mittelmeerraum	84
Beziehungen zu Russland	85
Zentralasien	85
Naher Osten	86
Transatlantische Beziehungen	86
Afrika	87
Asien	87
Lateinamerika und Karibik	89

<p>ACHTZEHNMONATSPROGRAMM</p> <p>DES SPANISCHEN, DES BELGISCHEN UND DES UNGARISCHEN VORSITZES</p>

EINLEITUNG

Dieses Dokument enthält das kombinierte Programm des spanischen, des belgischen und des ungarischen Vorsitzes für den Zeitraum Januar 2010 bis Juni 2011. Es ist in zwei Teile gegliedert. Der erste Teil enthält den strategischen Rahmen für das Programm, der dieses in einen weiteren Kontext einbettet, insbesondere im Hinblick auf längerfristige Ziele, die in die anschließenden drei Vorsitze hinüberreichen. Deshalb wurden entsprechend der Geschäftsordnung des Rates zu diesem Abschnitt auch die anschließenden Vorsitze – der polnische, der dänische und der zyprische – konsultiert. Der zweite Teil enthält das operationelle Programm mit den Themen, die während des Achtzehnmonatszeitraums anstehen.

Die drei Vorsitze werden ihre jeweiligen Aufgaben auf der Grundlage des neuen Vertrags, der am 1. Dezember 2009 in Kraft getreten ist, wahrnehmen. Sie werden alles daran setzen, um ein reibungsloses Funktionieren der neuen Vorschriften und Bestimmungen zu gewährleisten. Dazu gehört eine sehr enge Zusammenarbeit zwischen den drei Vorsitzen und zwischen den Vorsitzen und dem neuen Präsidenten des Europäischen Rates und der Hohen Vertreterin, die den Vorsitz im Rat (Auswärtige Angelegenheiten) innehaben wird. Gleichzeitig werden sich die Vorsitze in breitem Umfang auf die Beiträge stützen, die die neue Kommission auf der Grundlage der vom Präsidenten der Kommission im September 2009 festgelegten politischen Leitlinien und ihrem Arbeitsprogramm einbringen wird. Ferner werden die Vorsitze sehr eng mit dem Europäischen Parlament zusammenarbeiten, dessen Rolle durch den Vertrag von Lissabon deutlich gestärkt wurde.

TEIL I

STRATEGISCHER RAHMEN

In einer sich rasch wandelnden Welt sehen wir uns einer Reihe von beispiellosen Herausforderungen gegenüber, denen wir gemeinsam und mit Entschlossenheit begegnen müssen. Nur durch gemeinsames Handeln im Rahmen der Europäischen Union werden wir in der Lage sein, eine führende Rolle zu übernehmen und in wichtigen Fragen auf globaler Ebene einen erheblichen Einfluss auszuüben.

Wir müssen auf eine Union hinarbeiten, die den Bürgern und ihren Anliegen näher steht. Wir werden deshalb gezielte Politiken fördern, die den Bürgern direkt Nutzen bringen. Dabei können wir auf den Leistungen der Vergangenheit und auf den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ressourcen, einschließlich der kulturellen Vielfalt, aufbauen, die so einzigartig für Europa sind.

Die kommenden achtzehn Monate werden entscheidend für die Schaffung der Grundlage für ein umfassend nachhaltiges Wachstumsmodell sein, mit dem die gegenwärtigen und die künftigen Herausforderungen gemeistert werden können. Mit dem Vertrag von Lissabon wird die Union besser in der Lage sein, diese Herausforderungen effizienter zu bewältigen.

Vor uns liegt die Aufgabe, ein einigereres und stärker integriertes Europa zu schaffen, ein Europa, das in der Lage ist, sich den globalen Herausforderungen zu stellen.

◦
◦ ◦

Die **Überarbeitung der Lissabon-Strategie** ist eine der wichtigsten Prioritäten. Wir haben den Ehrgeiz, einen neuen strategischen Rahmen auf den Weg zu bringen mit dem Ziel, ein Europa zu schaffen, das in der Lage ist, die Krise zu bewältigen, nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung sowie Innovation und Wettbewerbsfähigkeit zu fördern, den sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt zu stärken, den Klimawandel zu bekämpfen und die Sicherheit der Energieversorgung zu verbessern.

Bei der Entwicklung einer neuen Strategie wird den Fortschrittsberichten über die europäischen und nationalen Konjunkturprogramme in vollem Umfang Rechnung getragen. Die neue Strategie wird bei der Umsetzung der Europäischen Beschäftigungsstrategie unter Berücksichtigung der demografischen und umweltpolitischen Herausforderungen berücksichtigt. Die Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 muss der Vielfalt der EU gerecht werden. Insbesondere sollte sie stärker auf eine entschlossene Kohäsionspolitik abgestimmt werden und zum Aufholprozess benachteiligter Gebietseinheiten und sozialer Gruppen beitragen. Eines der wichtigsten Ziele der neuen Strategie muss darin bestehen, die negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Finanzkrise zu bewältigen.

Forschung, Entwicklung und Innovation sollten diesbezüglich weiterhin eine Schlüsselrolle einnehmen, und zwar auf der Grundlage des Vertrags von Lissabon. Ferner sollte ein starker und gut funktionierender Binnenmarkt unter Einschluss der vollständigen Umsetzung der vier Freiheiten in vollem Umfang genutzt werden. Europa benötigt eine starke industrielle Basis, einen modernen Dienstleistungssektor und eine blühende Wirtschaft in den ländlichen Gebieten.

In der neuen Strategie sollten realistische gemeinsame Ziele für die nächsten zehn Jahre mit besonderem Schwerpunkt auf Wachstum und Beschäftigung gesteckt werden. Ferner sollte in dieser Strategie eine Überprüfung aller Umsetzungsmechanismen vorgesehen werden, damit eine kohärentere und effektivere Politikgestaltung gewährleistet ist. Insbesondere müssen wir für eine stärkere Einbeziehung der einschlägigen Akteure sorgen, auch auf lokaler und regionaler Ebene, da sich damit Wachstum und Beschäftigung am besten realisieren lassen. Die drei Vorsitze sind uneingeschränkt bereit, etwaige neue Initiativen der Kommission zu prüfen, und begrüßen insbesondere die angekündigte EU-Strategie bis 2020 und einen möglichen Qualitätsrahmen für Dienste von allgemeinem Interesse.

Die finanzielle Krise hat Schwächen des **Wirtschafts- und Finanzsystems** zutage treten lassen. Die Finanzmärkte müssen besser reguliert und beaufsichtigt werden. Insbesondere müssen rasch die Arbeiten an den Gesetzgebungsvorschlägen über den Europäischen Ausschuss für Systemrisiken und die Europäischen Finanzaufsichtsbehörden abgeschlossen werden, damit diese bis Ende 2010 eingesetzt sind und ihre Tätigkeit aufnehmen können.

Die Arbeit betreffend wichtige Dossiers wie Transparenz, einschließlich der Verbesserung der Methoden für die Anlagebewertung und der Beschlussfassungsverfahren im Finanzsektor, Verbesserung des aufsichtsrechtlichen Rahmens (Eigenkapitalanforderungen und -bestimmungen), einschließlich antizyklischer Elemente, sowie Ausbau der Infrastruktur der Kapitalmärkte müssen rasch abgeschlossen werden. Die drei Vorsitze werden die Arbeiten zur Stärkung des Binnenmarkts für Finanzdienstleistungen vorantreiben.

Geeignete koordinierte und länderspezifische Strategien für den Ausstieg aus sowohl den währungs- als auch den steuerpolitischen Konjunkturmaßnahmen müssen sorgfältig geplant, durchgeführt und überwacht werden, um die besten Voraussetzungen für eine Rückkehr zu einem starken Wachstum, soliden öffentlichen Finanzen, einem positiven wirtschaftlichen und finanziellen Umfeld, Beschäftigung und einem stärkeren sozialen Zusammenhalt zu schaffen.

Die EU muss in allen diesen Fragen weiterhin koordinierte Standpunkte einnehmen und auf globaler Ebene eine Führungsrolle übernehmen, insbesondere im Rahmen der G20 und des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank. Besondere Aufmerksamkeit sollte der Rolle und der Verantwortung der Eurozone geschenkt werden.

Auf der Grundlage der Bewertung der bisherigen Fortschritte durch die Kommission sowie eines breiten Konsultationsprozesses mit den Mitgliedstaaten, den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft werden sich die drei Vorsitze erneut mit der **erneuerten Sozialagenda** vom Juli 2008 befassen. Künftige Tätigkeiten im sozialen Bereich sollten sich auf einen breiten Aufgabenbereich erstrecken, unter anderem auf die Zusagen, die im Rahmen des Europäischen Pakts für die Jugend und der jugendpolitischen Strategie, des Europäischen Pakts für die Gleichstellung der Geschlechter und des Europäischen Pakts für die Familie gemacht wurden.

Besondere Aufmerksamkeit ist der Umsetzung der EU-Gesundheitsstrategie 2008-2013 zu widmen.

2010 wurde zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgerufen. Eines der wichtigsten Ziele ist die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, wobei Arbeitslosen, in Armut lebenden Kindern, erwerbstätigen Armen und Einelternfamilien besondere Aufmerksamkeit gilt. Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit (2011) wird ebenfalls eine wichtige Rolle spielen.

Die Bekämpfung von Diskriminierung und die Förderung der Integration sind gemeinsame Grundwerte in der gesamten Europäischen Union. Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein wichtiges Anliegen und wird in der Lissbon-Strategie für die Zeit nach 2010 durchgehend berücksichtigt. Es wird ein neuer Plan für die Gleichstellung von Frauen und Männern lanciert. Priorität wird der Frage der Gewalt gegen Frauen und der weiteren Umsetzung des Europäischen Pakts für die Gleichstellung der Geschlechter eingeräumt. Andere wichtige Fragen im sozialen Bereich betreffen die durchgehende Berücksichtigung der Politik in Bezug auf Menschen mit Behinderungen, wobei der Grundsatz des universellen Zugangs anzuwenden ist, um ihre uneingeschränkte Teilhabe zu erreichen; weitere wichtige Themen sind die Bekämpfung des Sozialversicherungs- und Steuerbetrugs, die soziale und wirtschaftliche Integration der Roma, die Förderung des Europäischen Sozialmodells im Rahmen der multilateralen und bilateralen Außenbeziehungen und die Umsetzung der Agenda für menschenwürdige Arbeit der IAO.

-
- ◦

Die Durchführung und mögliche Überarbeitung des **Klima- und Energiepakets** ist von höchster Priorität für die drei Vorsitze. Die EU wird auf der Grundlage der Ergebnisse der Konferenz von Kopenhagen (COP 15) weiterhin ihre Führungsrolle bei den internationalen Verhandlungen über den Klimawandel übernehmen müssen. Dieses Ergebnis wird Anfang 2010 bewertet werden, wobei das Augenmerk insbesondere auf die Auswirkungen auf die europäische Industrie und Wirtschaft sowie auf die Bürger in Europa zu richten ist.

Für den Zeitraum 2010-2014 wird ein neuer Energieaktionsplan für Europa erstellt, den der Europäische Rat auf seiner Frühjahrstagung 2010 annehmen sollte. Der neue Energieplan wird den Rahmen darstellen, in dem die europäische Energiepolitik auch in Zukunft konzipiert und ausgebaut wird. Besonderes Augenmerk wird dabei auf den territorialen und sozialen Zusammenhalt in Bezug auf den Zugang zur Energieversorgung gerichtet. Die drei Vorsitze werden Maßnahmen zur Verbesserung und Förderung erneuerbarer Energiequellen, der Energieeffizienz von Gebäuden, der Energieinfrastrukturen, umweltfreundlicher Verkehrsmittel und Erzeugnisse fördern und intensiv vorantreiben.

Die Sicherheit der Energieversorgung stellt weiterhin eine Kernfrage dar. Es wird ein neues Instrument für Energieversorgungssicherheit und -infrastruktur der EU angenommen werden, in dessen Mittelpunkt die Diversifizierung der Energiequellen, der Versorgungsquellen und der Transitrouten sowie die Ermittlung und Förderung der Entwicklung von Verbundprojekten stehen werden. Insbesondere ist auf eine stärkere Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten im Falle eines Notstands zu achten. Regionale oder bilaterale Solidaritätsvereinbarungen für den Fall einer Lieferunterbrechung müssen verstärkt werden. In Anbetracht der Bedeutung der Energieeffizienz für die Verbesserung der Energieversorgungssicherheit und die Bewältigung des Klimawandels wird ein ehrgeiziger erneuerter Energieeffizienz-Aktionsplan angenommen werden.

Im Zusammenhang mit der Bewertung der gemeinsamen **Verkehrspolitik** werden sich die Bemühungen weiter auf umweltfreundliche Verkehrsmittel und die Verbesserung des Zusammenwirkens der Verkehrsträger (Intermodalität) richten. Darüber hinaus wird der Überarbeitung der Transeuropäischen Verkehrsnetze Priorität eingeräumt.

Es bleibt eine Priorität, dem Verlust an **biologischer Vielfalt** Einhalt zu gebieten; hierzu gehört auch der Schutz der Wälder vor Naturgefahren; vorgesehen ist die Ausarbeitung einer umfassenden Europäischen Strategie für biologische Vielfalt für die Zeit nach 2010. Als weiteres wichtiges Thema zeichnet sich die Entwicklung einer nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen ab, insbesondere die Entwicklung einer nachhaltigen Wasserwirtschaft, die im Hinblick auf den universellen Zugang zu sauberem und sicherem Wasser sowohl für die Bevölkerung in Europa als auch für die Ökosysteme von entscheidender Bedeutung ist.

Die **Kohäsionspolitik** stellt weiterhin ein Solidaritätsinstrument der EU dar, mit dem ein Beitrag zur Konvergenz der Mitgliedstaaten und der Regionen zur Behebung struktureller Schwierigkeiten und zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit geleistet werden soll. Die künftige Kohäsionspolitik wird weiterhin zur Erfüllung der grundlegenden Ziele des Vertrags beitragen.

In diesem Zusammenhang kommt der Einleitung und der Durchführung der EU-Strategie für den **Donauraum** beispielhafte Bedeutung zu. Die drei Vorsitze befürworten die Entwicklung und Anwendung einer neuen Strategie für die **Regionen in äußerster Randlage**.

Die Landwirtschaft ist ein strategischer Sektor, der für das Funktionieren anderer Wirtschaftssektoren von zentraler Bedeutung ist und die Grundlage der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des ländlichen Raums bildet. Die anstehenden Beratungen über die **Gemeinsame Agrarpolitik** für die Zeit nach 2013 sind von entscheidender Bedeutung. Die Verstärkung beider Säulen der Gemeinsamen Agrarpolitik und die Förderung von Ernährungssicherheit, Lebensmittelsicherheit, Nachhaltigkeit und Innovation sowie eine Reaktion auf die globalen Herausforderungen sind zentrale Anliegen der künftigen Reform.

Die Meeresressourcen müssen nachhaltig genutzt und bewirtschaftet werden. Deshalb ist die Reform der **Gemeinsamen Fischereipolitik** so wichtig für das Überleben dieses Wirtschaftssektors. Hauptzweck der Reform ist die Verwaltung der Fischereitätigkeit, mit der ihre wirtschaftliche, soziale und ökologische Lebensfähigkeit sichergestellt werden soll, wobei stets zu bedenken ist, dass die wichtigsten negativen Faktoren das Überfischen und die Flottenüberkapazitäten darstellen.

◦
◦ ◦

Die drei Vorsitze werden sich auf die wirksame Umsetzung des neuen mehrjährigen Rahmenprogramms in den Bereichen **Freiheit, Sicherheit und Recht (Stockholmer Programm)** konzentrieren. Die Herausforderung besteht darin, für die Wahrung der Grundfreiheiten und der Privatsphäre Sorge zu tragen und gleichzeitig für das höchstmögliche Maß an Schutz und Sicherheit in Europa zu sorgen. Es ist von größter Wichtigkeit, dass Strafverfolgungsmaßnahmen und Maßnahmen zur Wahrung individueller Rechte, der Rechtsstaatlichkeit und internationaler Schutzregelungen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen. Der europäische **Rechtsraum** wird weiter konsolidiert werden. Vorrangig werden Verfahren eingeführt, die den Zugang der Menschen zur Justiz erleichtern und damit sicherstellen, dass alle Menschen fairen und einfachen Zugang zur Justiz haben. Besondere Aufmerksamkeit wird der Anwendung des übergeordneten Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung und der Harmonisierung und Konsolidierung der Rechtsvorschriften geschenkt werden. Die weitere Vertiefung und die Erweiterung des Schengen-Raums auf der Grundlage der vereinbarten Kriterien werden vorangetrieben werden.

Die Entwicklung einer auf die Zukunft ausgerichteten und umfassenden **Einwanderungs- und Asylpolitik** bleibt ein wichtiges Ziel der Europäischen Union. Der Europäische Pakt zu Einwanderung und Asyl bildet weiterhin die Grundlage für weitere Entwicklungen in diesem Bereich sowie für die zur Durchführung des Gesamtansatzes zur Migrationsfrage geplanten Maßnahmen.

Hohe Priorität hat weiterhin die Verbesserung der **Sicherheitslage** in der Union und der Schutz des Lebens und der Unversehrtheit der europäischen Bürger. Die Bekämpfung des Terrorismus, der organisierten und der grenzüberschreitenden Kriminalität, des Menschen- und des Drogenhandels wird im Rahmen einer wirksameren Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten, den Organen der EU und den zuständigen Einrichtungen fortgesetzt. Schließlich wird die externe Dimension dieser Politiken weiter verstärkt.

◦
◦ ◦

Der **Erweiterungsprozess** wird im Rahmen des erneuerten Konsenses über die Erweiterung weitergehen. Der Abschluss der Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und die Unterzeichnung und Ratifizierung des Beitrittsvertrags stehen ganz oben auf der Tagesordnung. Die Bemühungen werden sich darauf richten, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass bei den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nachhaltigere und sichtbarere Fortschritte erzielt werden können. Der Beitrittsantrag der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien wird weiterbehandelt. Die Vorsitze werden die drei Beitrittsanträge von Albanien, Island und Montenegro gemäß den Bestimmungen des Vertrags behandeln.

Die EU wird weiterhin die europäische Perspektive der **westlichen Balkanstaaten** stärken, und zwar im Rahmen des Stabilisierungs- und Assoziierungsprozesses und der Thessaloniki-Agenda. Die EU wird mittels aller ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu Stabilität und Wohlstand der Region beitragen.

Sicherheit, Stabilität und Wohlstand in Europa werden auch dadurch gefördert, dass die **Europäische Nachbarschaftspolitik** vollständig umgesetzt wird mit dem Ziel, die nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft und die Stabilität in der Region zu unterstützen. Sowohl die Östliche Partnerschaft als auch die Union für den Mittelmeerraum werden in koordinierter und ausgewogener Weise verstärkt.

Die EU wird sich bemühen, die Wirksamkeit, die Kohärenz und die öffentliche Wahrnehmung des **außenpolitischen Handelns der EU** zu verbessern, um die Entwicklung eines echten und wirksamen multilateralen Systems zu fördern. Dabei werden die Interessen der EU berücksichtigt und die unveräußerlichen Werte, auf die sich das gemeinsame Projekt und die Sicherheit der EU gründen, in den Vordergrund gestellt. Durch die Schaffung des neuen Amtes des Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik und die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes kann die Rolle der EU auf globaler Ebene gestärkt werden. Die Beziehungen der EU zu ihren wichtigsten **bilateralen und regionalen** Partnern werden weiter ausgebaut, insbesondere durch Treffen auf höchster politischer Ebene.

Die **Gemeinsame Handelspolitik** bleibt ein wichtiger Aspekt des Handelns der EU im multilateralen Rahmen. Die EU wird an einem zweigleisigen Ansatz festhalten, d.h. sowohl auf eine globale, umfassende, und ausgewogene Einigung in der Doha-Verhandlungsrunde hinwirken als auch gleichzeitig weiterhin auf regionale und bilaterale Handelsabkommen und weitere Verbesserungen in Bezug auf den Marktzugang hinarbeiten.

Der Schutz und die Förderung der **Menschenrechte und Grundfreiheiten** sowie ihre uneingeschränkte Einbeziehung in alle Politiken der EU stellt weiterhin eine Priorität der EU in ihren Außenbeziehungen dar.

Die EU ist weltweit der größte Geber und Handelspartner und wird in dieser Eigenschaft weiter dafür eintreten, dass internationale Verpflichtungen in Bezug auf Umfang und Qualität der Hilfe verwirklicht und strategische Partnerschaften mit Entwicklungsländern, insbesondere hinsichtlich der **Millenniums-Entwicklungsziele** geschlossen werden. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den Bedürfnissen der Entwicklungsländer im Zusammenhang mit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Kapazitäten der Entwicklungsländer für die Anpassung an den Klimawandel und die Mittel, die sie für die Erhaltung der biologischen Vielfalt, Ernährungssicherheit und nachhaltige Entwicklung einsetzen, sollten verstärkt werden.

Die Entwicklung der **zivilen und militärischen Fähigkeiten** wird fortgesetzt. Die Europäische Union sollte in der Lage sein, durch den Einsatz dieser Fähigkeiten stärker zur Krisenbewältigung sowie zur Stabilisierung und zur Lösung von Konflikten beizutragen. Die EU wird weiterhin eng mit den Vereinten Nationen, der NATO, der OSZE, der AU und anderen regionalen Organisationen im Bereich des Krisenmanagements zusammenarbeiten.

Die drei Vorsitze werden den Ausbau des konsularischen Schutzes für alle Unionsbürger, und zwar nicht nur außerhalb des Gebiets der Europäischen Union, sondern auch bei Reisen und beim Aufenthalt in anderen Mitgliedstaaten, unterstützen.

◦
◦ ◦

Die genannten Herausforderungen und Ziele können nur in Angriff genommen werden, wenn die EU über die **notwendigen Instrumente zur Durchsetzung ihrer Ambitionen** verfügt.

Im Rahmen der Haushaltsüberprüfung bietet sich die Gelegenheit zu erörtern, wie die finanziellen Mittel der Union an ihre Ambitionen angepasst werden können, so dass Haushaltpläne erstellt werden können, die sich an den gemeinsamen Politiken orientieren und die neuen Herausforderungen der Union widerspiegeln.

Zur Vorbereitung der nächsten finanziellen Vorausschau werden die drei Vorsitze in Zusammenarbeit mit der Kommission sowohl die Zukunft der Ressourcen der Union und der EU-Politiken – beispielsweise in den Bereichen Kohäsion, Landwirtschaft, Energie, Umwelt sowie Forschung, Entwicklung und Innovation – als auch das außenpolitische Handeln der EU gemäß den Bestimmungen der Verträge und den Schlussfolgerungen des Rates vom Dezember 2005 erörtern.

Der **Vertrag von Lissabon**, der am 1. Dezember 2009 in Kraft getreten ist, ermöglicht ein effizienteres und demokratischeres Funktionieren der Union, insbesondere dank gestraffter Beschlussfassungsverfahren und neuer Rechtsgrundlagen. Die drei Vorsitze werden weiter darauf hinarbeiten, dass der Vertrag vollständig und umfassend umgesetzt wird.

**

*

TEIL II

OPERATIONELLES PROGRAMM

ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN - QUERSCHNITTSTHEMEN

Ein neuer Vertrag

Mit dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wurde ein neuer Rechtsrahmen für das Handeln der Union geschaffen. Dank der Vorbereitungsarbeiten in Bezug auf die Umsetzung war ein reibungsloses Inkrafttreten möglich. Eine Reihe von Bestimmungen müssen noch umgesetzt oder endgültig ausgearbeitet werden. Der Präsident des Europäischen Rates, die drei Vorsitze, die Kommission und die Hohe Vertreterin werden daher diese Arbeiten vordringlich fortführen.

Die Möglichkeiten, die der neue Vertrag insbesondere in Bezug auf das Initiativrecht der Bürger, den Beitritt der EU zur Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und die neue Rolle der nationalen Parlament bietet, sollten voll ausgeschöpft werden.

Die Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 (EU 2020)

Die Überarbeitung der derzeitigen **Lissabon-Strategie** ist eine zentrale Priorität der drei Vorsitze. Auf der Grundlage der Vorschläge der Kommission für die Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 und unter Berücksichtigung der Arbeiten der Reflexionsgruppe unter dem Vorsitz von Felipe González sowie des Beitrags des Europäischen Parlaments und der Beratungsgremien (Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss und Ausschuss der Regionen) werden die drei Vorsitze einen Rahmen ausarbeiten, mit dem auf die Herausforderungen reagiert werden kann, die das wichtigste Anliegen der Bürger in Europa sind.

In diesem politischen Rahmen werden die künftigen wirtschaftlichen, beschäftigungspolitischen, sozialen und ökologischen Herausforderungen und die Frage der Ziele für die Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 unter besonderer Berücksichtigung von Wachstum und Beschäftigung behandelt. Was die Steuerung (governance) anbelangt, so wird der Europäische Rat weiterhin eine zentrale Rolle bei der Gestaltung des Prozesses spielen.

Die Überarbeitung der bestehenden Lissabon-Strategie wird alle Aspekte der Durchführungsmechanismen, einschließlich Steuerung und Einbeziehung der verschiedenen Akteure, einschließen.

Angesichts der Krise des Finanz-, Wirtschafts- und Beschäftigungssektors werden im Rahmen der neuen Strategie selbstverständlich die Ergebnisse der ersten Bewertungen der Auswirkungen der europäischen und nationalen Konjunkturprogramme berücksichtigt werden. Andere Komponenten und Aspekte, die in der Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 zu berücksichtigen sind, werden im Rahmen der jeweiligen Kapitel im Einzelnen erarbeitet.

Von wesentlicher Bedeutung ist das reibungslose Funktionieren und der Ausbau des Binnenmarkts. Es ist unser gemeinsames Ziel, einen vollständig integrierten Binnenmarkt zu vollenden, in dem die vier Freiheiten gebührend gewährleistet sind.

Klimawandel und Sicherheit der Energieversorgung

Die **Bekämpfung des Klimawandels** erfordert die Umwandlung des derzeitigen Entwicklungsmodells in ein CO₂-armes Modell, so dass die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen verringert wird. Damit wird die Sicherheit der Energieversorgung erhöht und ein Beitrag zur Stärkung neuer Bereiche der Wirtschaftstätigkeit geleistet. Die notwendige Minderung der Treibhausgasemissionen und die erforderliche Anpassung an den Klimawandel gehören untrennbar zusammen; vor diesem Hintergrund muss unbedingt ein geeigneter, koordinierter und wirksamer Aktionsplan ausgearbeitet werden. Daher bieten Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels eine Gelegenheit, die Dimension der Nachhaltigkeit der sektorbezogenen Politiken zu stärken, zu denen als wichtigste die Energiepolitik, die Verkehrspolitik, die Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationspolitik, die Kohäsionspolitik, die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) und die Gemeinsame Fischereipolitik (GFP) sowie die Migrationspolitik und die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen gehören. Die EU sollte ferner ihre aktive Rolle beim Ausbau der internationalen Zusammenarbeit weiter übernehmen.

Die drei Vorsitze werden den Folgemaßnahmen zur Konferenz von Kopenhagen größte Aufmerksamkeit schenken.

Zur Erhöhung der **Sicherheit der Energieversorgung**, die auch für die wirtschaftliche Entwicklung der EU von Bedeutung ist, müssen die Bemühungen um Vernetzung und Diversifizierung der Energielieferanten, -quellen und -versorgungswege intensiviert werden. Für den Fall von Unterbrechungen der Energielieferungen sind weitere flexible, effiziente und transparente Krisenreaktionsmechanismen für die Erdöl- und Erdgasversorgung zu entwickeln. Energieeffizienz, einschließlich der Überarbeitung des Energieeffizienz-Aktionsplans, nimmt im Hinblick auf die Verbesserung der Sicherheit der Energieversorgung eine Schlüsselrolle ein. Hindernisse für Investitionen in Verbundprojekte, erneuerbare Energien und die nachhaltige Nutzung fossiler Brennstoffe müssen unbedingt ermittelt und beseitigt werden. Die Außenbeziehungen spielen im Energiebereich eine sehr große Rolle. Die Diversifizierung von Wegen und Mitteln sollte vorangetrieben werden. Deshalb sollte die Union in ihrem Dialog mit Liefer-, Transit- und Verbrauchern über externe Energiefragen "mit einer Stimme" sprechen.

Halbzeitüberprüfung des Finanzrahmens / nächsten mehrjährigen Finanzrahmens

Die drei Vorsitze werden der derzeit laufenden Überprüfung des EU-Haushalts und der EU-Politiken ihre ganze Aufmerksamkeit widmen. Dieser Prozess bietet die Gelegenheit, darüber zu beraten, wie der europäische Haushalt an die von allen Mitgliedstaaten zu bewältigenden Herausforderungen angepasst werden sollte. Das Ergebnis muss ein Haushalt sein, der sich an den gemeinsamen Politiken orientiert und die neuen Herausforderungen der Union berücksichtigt.

In diesem Zusammenhang werden die drei Vorsitze in Zusammenarbeit mit der Kommission zur Vorbereitung des nächsten Finanzrahmens die Zukunft der Eigenmittel und die Ziele der EU-Strategie bis 2020 und der gemeinsamen Ausgabenpolitiken, beispielsweise für die Bereiche Forschung, Entwicklung und Innovation, Energie, Umwelt, Außenhilfe, Kohäsionspolitik und Landwirtschaft, erörtern. Dies wird im Einklang mit den Bestimmungen der Verträge und den Schlussfolgerungen des Rates von 2005 geschehen.

Ferner werden die drei Vorsitze ihre Bemühungen darauf richten, dafür zu sorgen, dass die Beratungen über die Eigenmittel und die Ausgaben der EU gleichzeitig stattfinden, wobei die Grundsätze zu wahren sind, dass ausreichende Mittel vorhanden sein müssen, stufenweise vorgegangen wird und Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität gewährleistet sind und gleichzeitig das Gleichgewicht zwischen Reform und Stabilität der Ausgaben gewahrt wird.

Kohäsionspolitik, territorialer Zusammenhalt und Stadtentwicklung

Mit der Kohäsionspolitik wird bezweckt, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen zu verringern und dadurch die Grundlage für eine ausgewogene und nachhaltige wirtschaftliche, soziale und territoriale Entwicklung zu schaffen. Dies ist auch für die Zukunft wichtig. Gleichzeitig stellt diese Politik auch ein wichtiges Instrument zur Verwirklichung des Binnenmarktes und der gemeinsamen Währung dar.

Die drei Vorsitze werden sich bemühen, eine breit angelegte und eingehende Debatte über die Regionalpolitik für die Zeit nach 2014 zu führen. Diese wird die Gelegenheit bieten, den strategischen Bericht 2010 und den fünften Kohäsionsbericht zu analysieren und ausführlich zu erörtern.

Die Vorsitze werden die Arbeit über die Zukunft der betreffenden Politik fortführen und dabei insbesondere ihre Struktur und die Vereinfachung ihrer Regeln und Verfahren zum Thema machen. Sie werden gemeinsam die Aspekte der territorialen Dimension der Kohäsionspolitik und der 2011 anzunehmenden Territorialen Agenda evaluieren und überarbeiten.

In Bezug auf die Stadtentwicklung werden die drei Vorsitze die Arbeiten zur Umsetzung der Leipzig Charta fortsetzen. Zu den obersten Prioritäten gehören die integrierte städtische Regeneration, die städtische Dimension des Klimawandels, die Wirtschaftskrise und demografische Herausforderungen.

Im Bereich der Wohnungspolitiken, insbesondere in städtischen Gebieten, werden sich die Vorsitze auf die Fragen sozialer Zusammenhalt, Qualität der Wohnungen, Energieeffizienz von Gebäuden und insbesondere die Programme zur städtischen Regeneration konzentrieren.

Donaustrategie

Der Europäische Rat hat die Kommission im Juni 2009 ersucht, vor Ende 2010 eine **EU-Strategie für den Donaauraum** vorzulegen. Die drei Vorsitze werden diese Initiative, die im Einklang mit den Zielen der nachhaltigen Entwicklung steht, voranbringen. Auf die spezifischen Herausforderungen sollte im Rahmen eines integrierten Ansatzes eingegangen werden, wobei den jeweiligen individuellen Gegebenheiten in den betroffenen Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen ist. In diesem Zusammenhang werden sicherlich auch die Aspekte dieser Region, die die ökologische, die verkehrsmäßige, die sozioökonomische und die kulturelle Entwicklung betreffen, sowie die externe Dimension dieser Strategie, die sich auf die am Donau-Kooperationsprozess teilnehmenden Länder erstreckt, behandelt. Die Strategie sollte die bereits bestehenden EU-Politiken für die Region ergänzen.

Regionen in äußerster Randlage

Nach Auffassung der drei Vorsitze sollte geprüft werden, ob es zweckmäßig ist, eine **neue EU-Strategie für die Regionen in äußerster Randlage** gemäß den Parametern festzulegen, die in der Mitteilung der Kommission mit dem Titel "Die Gebiete in äußerster Randlage: ein Vorteil für Europa" vom 17. Oktober 2008 genannt werden. Diesbezüglich sehen sie der Annahme entsprechender Vorschläge der Kommission erwartungsvoll entgegen.

Integrierte Meerespolitik

Die drei Vorsitze werden die Arbeit im Hinblick auf die Schaffung einer **integrierten Meerespolitik der EU** voranbringen und die Arbeit in Bezug auf etwaige im Blaubuch der Kommission vorgezeichnete Vorschläge und Initiativen aufnehmen.

Erweiterung

Die drei Vorsitze werden die Arbeit betreffend die Erweiterung gemäß den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Dezember 2006 voranbringen.

Sollten die Beitrittsverhandlungen mit **Kroatien** abgeschlossen werden, so werden die Vorsitze dafür sorgen, dass der Beitrittsvertrag zügig fertig gestellt und dieser neue Mitgliedstaat reibungslos integriert wird. Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei werden gemäß den einschlägigen Schlussfolgerungen des Rates aktiv vorangebracht, und der Beitrittsantrag der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien wird weiterbehandelt werden.

Die Vorsitze werden die drei Beitrittsanträge von **Albanien, Island und Montenegro** im Einklang mit den Bestimmungen des Vertrags prüfen.

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

Wirtschaftspolitische Koordinierung

Da nun nach Finanzkrise und nachfolgender Rezession die Konjunkturbelebung einsetzt, wird der Rat sehr sorgfältig darauf achten müssen, dass für einen kohärenten und koordinierten Ansatz im Hinblick auf die Wiederherstellung der Bedingungen für ein solides und nachhaltiges Wachstum gesorgt wird. Mit diesem Ansatz muss mithilfe einer umfassenden Strategie für strukturelle Verbesserungen auf die strukturellen Schwächen der Wirtschaft eingegangen und das Potenzialwachstum verstärkt werden, wobei auf einer soliden Basis der makroökonomischen Stabilität aufzubauen ist. Insbesondere werden sich die drei Vorsitze auf Folgemaßnahmen zum Europäischen Konjunkturprogramm, einschließlich der Finanzrettungspläne, auf geeignete Strategien für den Ausstieg aus den staatlichen Unterstützungsmaßnahmen, Haushaltspolitiken und Struktur-reformen konzentrieren. Besondere Aufmerksamkeit sollte der wirtschaftspolitischen Koordinierung gelten, um Synergieeffekte zu erzielen; ferner sollten noch bestehende Verzerrungen des Binnenmarkts beseitigt und angemessene, effektiv gleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden. Binnenmarktaspekte sind sehr wichtig.

Die drei Vorsitze werden dafür sorgen, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt weiterhin auf wirtschaftlich solide Weise angewendet und damit ein Beitrag dazu geleistet wird, dass die Finanzpolitik Schritt für Schritt wieder auf Nachhaltigkeit ausgerichtet wird. Weitere Schritte zur Schaffung einer Grundlage für ein ausgewogeneres nachhaltiges Wachstum sind zu unternehmen. In diesem Zusammenhang werden die drei Vorsitze ihren Schwerpunkt auf Ausstiegsstrategien legen, mit denen die Rückkehr zu normalen Marktbedingungen erleichtert und verhindert werden soll, dass die Fortschritte bei der Stabilisierung des Finanzsektors zunichte gemacht werden. Mit diesen Strategien wird sichergestellt, dass Kohärenz zwischen den kurzfristigen Maßnahmen zur nachhaltigen Unterstützung der wirtschaftlichen Erholung und den Grundbedingungen für eine Verbesserung der Qualität der öffentlichen Finanzen und für eine angemessene Vorsorge angesichts der Kosten der Bevölkerungsalterung besteht. Diese Strategien sollten koordiniert durchgeführt werden, wobei den jeweiligen spezifischen Gegebenheiten in den einzelnen Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen ist

Finanzmärkte und Finanzdienstleistungen

Der Schwerpunkt in diesem Bereich wird in allernächster Zukunft auf der Koordinierung der Maßnahmen zur Unterstützung des Finanzsektors und der Ausstiegsstrategien liegen, um potenziellen Spill-over-Effekten Rechnung zu tragen.

Die EU hat bereits beispiellose Maßnahmen ergriffen, um die Finanzmarktstabilität und den Kreditfluss wieder herzustellen. Diese Maßnahmen müssen mit einer breit angelegten Reform der Finanzdienstleistungsaufsicht einhergehen, um eine Wiederholung der Krise zu verhindern und das Vertrauen in den Finanzsektor wiederherzustellen. Der Schwerpunkt wird auf Maßnahmen zur Förderung der Korrektheit, der Integrität und der Transparenz und zum Schutz gegen systemweite Gefahren und übermäßige Risikobereitschaft liegen.

Es ist von größter Wichtigkeit, dass ein neuer europäischer Rahmen für die Finanzaufsicht auf Makro- und Mikroebene festgelegt wird. Im Hinblick auf die Finanzaufsicht auf Mikroebene müssen dringend die Europäischen Aufsichtsbehörden für die Banken-, Versicherungs- und Wertpapiermärkte eingerichtet werden. In Bezug auf die Finanzaufsicht auf Makroebene wird der Europäische Ausschuss für Systemrisiken potenzielle Gefahren für die Finanzmarktstabilität beobachten und bewerten. Dieses neue Gremium sollte bis Ende 2010 seine Tätigkeit uneingeschränkt aufnehmen. Die internationale makroökonomische Koordinierung, die auf einer engen Zusammenarbeit mit dem IWF, dem Rat für Finanzstabilität (FSB) und den Aufsichtsbehörden beruht, sollte eine Priorität darstellen, damit sich die Krise nicht wiederholen kann.

In einer längerfristigen Perspektive sollten sich die Arbeiten auf eine Korrektur der Schwächen der Finanzdienstleistungsaufsicht konzentrieren, die die Krise ans Licht gebracht hat. Um sicherzustellen, dass gleiche Wettbewerbsbedingungen für die Akteure auf den Finanzmärkten und bei den Finanzdienstleistungen herrschen, muss die EU alles daran setzen, dass neu eingeführte Maßnahmen auf den Finanzmärkten und bei den Finanzdienstleistungen gut mit anderen wichtigen Marktteilnehmern abgestimmt werden und nicht zu Wettbewerbsverzerrungen führen, damit weltweit stabile und wettbewerbsfähige Märkte gefördert werden.

Internationale Aspekte

Es ist dafür zu sorgen, dass Folgemaßnahmen im Anschluss an das Klimaschutzabkommen (UNFCCC-Konferenz in Kopenhagen) ergriffen werden.

Die Halbzeitüberprüfung des EIB-Mandats für die Darlehenstätigkeit in Drittländern wird 2010 weiter verfolgt werden.

Die drei Vorsitze werden die Standpunkte der EU im laufenden G20-Prozess sowohl auf Ebene der Finanzminister als auch auf höchster Ebene aufmerksam verfolgen und koordinieren, um die auf den Tagungen der Staats- und Regierungschefs der G20 in Washington, London und Pittsburgh getroffenen Vereinbarungen weiterzuverfolgen und ihre Umsetzung sicherzustellen. Der jeweilige Vorsitz wird als proaktiver Akteur in dem Prozess agieren, indem er zur Festlegung der Standpunkte der EU für die G20-Tagungen beitragen und die Interessen der EU vortragen und verteidigen wird. Aufbauend auf den überzeugenden Ergebnissen der EU bei der Umsetzung des im November 2008 vereinbarten Aktionsplans der G20 werden die drei Vorsitze alles daran setzen, dass die EU weiterhin eine Vorreiterrolle bei der Umsetzung der G20-Maßnahmen übernimmt.

Finanzfragen werden ferner in internationalen Gremien wie der ASEM und der Union für den Mittelmeerraum geprüft.

Besteuerung

Im Bereich der indirekten Besteuerung werden die drei Vorsitze der Modernisierung der Regeln für das gemeinsame Mehrwertsteuersystem und der Bekämpfung des Steuerbetrugs Vorrang einräumen. Was das Mehrwertsteuersystem anbelangt, so wird die Arbeit betreffend die Behandlung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, die Rechnungsstellungsvorschriften und die Behandlung von Postdienstleistungen voraussichtlich fortgesetzt. Die Vorsitze beabsichtigen, den Vorschlag über die Mehrwertsteuerregelung für Reisebüros wieder aufzugreifen. Was die Frage der Bekämpfung des Steuerbetrugs anbelangt, so werden weitere Beratungen über die Einführung eines Reverse-Charge-Verfahrens zur Verhinderung von Betrug mit Treibhausgas-Emissionsrechten geführt werden. Die Arbeit betreffend die Neufassung der Verordnung über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer wird tatkräftig vorangebracht werden. Ferner werden besondere Bemühungen im Hinblick auf die Überarbeitung der Richtlinie über die Energiebesteuerung unternommen, sobald der entsprechende Vorschlag der Kommission vorliegt.

Was die direkte Besteuerung anbelangt, so werden die drei Vorsitze die Arbeit an dem Vorschlag zur Verbesserung der Funktionsweise des Mechanismus zur Besteuerung der Zinserträge innerhalb der EU und mit Drittländern fortsetzen. Sie werden sich ferner darum bemühen, die neuen Richtlinien über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden auf dem Gebiet der Steuerveranlagung bzw. über die Amtshilfe bei der Beitreibung von Steuern fertigzustellen. Die drei Vorsitze werden versuchen, eine Einigung mit Drittländern über die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch in Angelegenheiten der direkten Besteuerung herbeizuführen sowie zu erreichen, dass die Grundsätze des verantwortungsvollen Handelns im Steuerwesen breite Akzeptanz finden. Die drei Vorsitze werden weiterhin die Arbeit der Gruppe "Verhaltenskodex" zur Eindämmung des schädlichen Steuerwettbewerbs unterstützen und auf Fortschritte bei den Fragen des Arbeitspakets dieser Gruppe, insbesondere Missbrauchsbekämpfung, Verbindungen zu Drittländern, Transparenz und Informationsaustausch über Verrechnungspreise und Verwaltungspraktiken, hinarbeiten. Und schließlich könnte die Arbeit bezüglich einer besseren Koordinierung der einzelstaatlichen Steuersysteme fortgesetzt werden.

Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010

Die Erneuerung der Lissabon-Strategie ist eine umfassende Aufgabe, an der zahlreiche Ratsformationen beteiligt sind und die sich über den Zeitraum dreier Vorsitze erstreckt. Die erneuerte Strategie wird auf der Bewertung der derzeitigen Lissabon-Strategie aufbauen; sie sollte den Konsequenzen der derzeitigen weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise und den damit verbundenen Herausforderungen Rechnung tragen und den längerfristigen Zielen der Union dienen.

Eine starke Grundstrategie für die Wirtschaftspolitik ist wichtig, wenn die EU das Potenzialwachstum aufrechterhalten und einen dauerhaften Wohlstand sichern will. Die Krise in Verbindung mit der Bevölkerungsalterung gibt einem breit angelegten und ernsthaft betriebenen Wirtschaftsreformprogramm eine noch größere Bedeutung als in dem Jahrzehnt der vorangegangenen Lissabon-Strategie.

In den Mitgliedstaaten werden nach der Krise unterschiedliche haushaltspolitische und strukturelle Gegebenheiten herrschen, d.h. dass Leitlinien mit ausreichender Flexibilität festzulegen sind, damit den Bedürfnissen der einzelnen Mitgliedstaaten entsprochen und gleichzeitig das übergeordnete globale Ziel – langfristige Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, der Nachhaltigkeit und des Wohlstands – nicht aus den Augen verloren wird.

EU-Haushalt

Die drei Vorsitze werden der **Überprüfung des EU-Haushalts** besondere Aufmerksamkeit schenken, sobald die Kommission ihre Mitteilung vorstellen wird. Die Arbeit in Bezug auf die Überarbeitung der Finanzregelung wird eingeleitet, sobald die Kommission ihren diesbezüglichen Vorschlag unterbreitet. Die Vorarbeiten für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen werden voraussichtlich gegen Ende des Achtzehnmonatszeitraums eingeleitet. Die Vorsitze werden die Arbeit betreffend die Verordnung für einen mehrjährigen Finanzrahmen und andere Fragen im Zusammenhang mit dem Haushaltsverfahren aufnehmen, sobald die Kommission die entsprechenden Vorschläge übermittelt. Der Eigenmittelbeschluss wird auf der Grundlage eines Berichts der Kommission geprüft werden.

Statistik

Die drei Vorsitze werden die Umsetzung des Verhaltenskodex für europäische Statistiken insbesondere in Bezug auf die Verbesserung der Qualität, die Verlässlichkeit und die Transparenz der Statistikproduktion fördern.

Im Einklang mit dem Ziel, den Verwaltungsaufwand für Unternehmen bis 2012 um bis zu 25 % zu verringern, werden sich die drei Vorsitze für Politiken einsetzen, die zum Ziel haben, den Aufwand für die Auskunftgebenden zu verringern und das Kosten-Nutzen-Verhältnis zu verbessern, wobei gleichzeitig den Anfragen der Nutzer der Statistiken um statistische Informationen nachgekommen werden muss. Im Hinblick auf die Verwirklichung dieses Ziels sollten bei den entsprechenden Politiken eine stärkere Nutzung der Instrumente der Informations- und Kommunikationstechnologien im Mittelpunkt stehen. In diesem Zusammenhang ist es von besonderer Bedeutung, dass die Datenerhebungssysteme der Unternehmen und der Einsatz elektronischer Systeme für den Austausch statistischer Daten gefördert werden.

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

Binnenmarkt

Der Binnenmarkt ist weiterhin das Kernstück der europäischen Integration und verdient deshalb die dauerhafte Aufmerksamkeit aller Akteure auf EU-Ebene. Die drei Vorsitze werden daher keine Anstrengungen scheuen, um Initiativen zu ergreifen oder Arbeiten durchzuführen, die darauf abzielen, den Binnenmarkt zu schützen, zu stärken und zu vollenden und sein Funktionieren zu verbessern.

Die drei Vorsitze werden sich mit der laufenden **Überprüfung der Binnenmarktpolitik** befassen und dabei den freien Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr (d.h. die "vier Freiheiten") fördern. Die volle Nutzung des Binnenmarktpotenzials ist von wesentlicher Bedeutung für die Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums zum Nutzen von Unternehmen und Verbrauchern. Es wird geprüft werden, ob die Übergangsfristen, mit denen die Freizügigkeit von Arbeitnehmern aus den neuen Mitgliedstaaten eingeschränkt wird, aufgehoben werden können.

Die Umsetzung der **Dienstleistungsrichtlinie** ist sowohl für die Vollendung des Binnenmarkts für Dienstleistungen als auch für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit in ganz Europa von zentraler Bedeutung. Die Vorsitze werden deshalb gemäß Artikel 39 der Richtlinie einen wirksamen und transparenten Prozess der gegenseitigen Bewertung fördern, die faktengestützte politische Schlussfolgerungen ermöglicht, zu einer qualitativ hoch stehenden Umsetzung in allen Mitgliedstaaten beiträgt und in die Vorlage eines zusammenfassenden Berichts durch die Kommission im Dezember 2010 münden wird, dem gegebenenfalls Vorschläge für zusätzliche Initiativen beigefügt werden.

Die **bessere Rechtsetzung** ist ein ständiges Anliegen und wird daher auf der Agenda der drei Vorsitze ganz oben stehen. Die Verbesserung des Regelungsumfelds in Europa ist weiterhin ein zentrales Ziel. Die Anstrengungen müssen fortgesetzt werden, damit die Verwirklichung des Ziels, den **Verwaltungsaufwand** für europäische Unternehmen bis 2012 um 25% zu **reduzieren**, gewährleistet werden kann. In diesem Zusammenhang fällt den elektronischen Behördendiensten (E-Government), mit denen der Verwaltungsaufwand verringert werden soll, eine wichtige Rolle zu. Die Vorsitze werden bei der Beschlussfassung verstärkt auf umfassende **Folgenabschätzungen** zurückgreifen und danach streben, dieses Instrument erforderlichenfalls zu verbessern, beispielsweise durch Evaluierung von Folgenabschätzungen und durch Verbesserung des Konsultationsprozesses.

Die drei Vorsitze erachten es auch als wichtig, das derzeitige **Vereinfachungsprogramm** zu verbessern. Ferner werden sie den Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren zwischen den öffentlichen Verwaltungen der Mitgliedstaaten fördern, vor allem hinsichtlich der Methoden, Mittel und Wege zur Reduzierung des Verwaltungsaufwands auf nationaler Ebene. Die drei Vorsitze sehen etwaigen neuen Initiativen der Kommission im Bereich der besseren Rechtsetzung ("smart regulation") mit Interesse entgegen und werden weiterhin Sachstandsberichte oder Schlussfolgerungen erstellen.

Im Bereich des **Wettbewerbs** wird erwartet, dass die Kommission als Folgemaßnahme zu dem "Weißbuch über Schadenersatzklagen wegen Verletzung des EG-Wettbewerbsrechts" im ersten Halbjahr 2010 einen Gesetzgebungsvorschlag vorlegt und somit substantielle Arbeiten zu dieser Initiative eingeleitet werden können.

Als Reaktion auf den Bericht der Kommission vom April 2009 über das Funktionieren der Verordnung (EG) Nr. 1/2003 könnte während der Amtszeit der drei Vorsitze möglicherweise eine Überprüfung vorgenommen werden.

Infolge des Mandats des Rates zur Ermächtigung der Kommission, Verhandlungen mit Kanada im Hinblick auf den Abschluss eines Abkommens über Kooperation und Informationsaustausch im Rahmen von Wettbewerbsuntersuchungen aufzunehmen, werden die drei Vorsitze alles daran setzen, dass eine Einigung erzielt wird und das Kooperationsabkommen mit Kanada somit vor Ende ihrer Amtszeit unterzeichnet werden kann.

Die Umsetzung des **neuen Rechtsrahmens** (Binnenmarktpaket für Waren) ist einer der Schlüsselfaktoren, mit denen das Potenzial des Binnenmarkts verbessert werden kann. Die laufenden Arbeiten im Zusammenhang mit Industrieerzeugnissen werden von den drei Vorsitzen fortgesetzt.

Ferner werden die Vorsitze Folgendes fördern: IKT-Instrumente, einen verbesserten Zugang der KMU zum Binnenmarkt, die Schaffung eines dynamischeren wirtschaftlichen Umfelds, die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der EU sowie das öffentliche Auftragswesen, einschließlich ökologischer und innovativer Ansätze bei der öffentlichen Auftragsvergabe.

Im Bereich des **Unternehmensrechts** wird Vereinfachungsvorschlägen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Kommission wird voraussichtlich einen Vorschlag für die Vereinfachung der vierten und der siebten Gesellschaftsrechtsrichtlinie (Rechungslegung) vorlegen.

Da sowohl die Übernahmerichtlinie als auch die Verordnung über die Europäische Gesellschaft (SE) in naher Zukunft zu überprüfen sind, erwarten die drei Vorsitze ferner die Berichte der Kommission zu diesen beiden Themen, damit einschlägige Beratungen und gegebenenfalls Folgearbeiten eingeleitet werden können. Außerdem werden die drei Vorsitze für den Fall, dass die Beratungen über den Vorschlag für eine Verordnung über das Statut der Europäischen Privatgesellschaft nicht vorher abgeschlossen sein sollten, alles in ihren Kräften stehende tun, um eine Einigung über den Vorschlag zu erreichen.

Wettbewerbsfähigkeitsaspekte und Industriepolitik

Der Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 werden die drei Vorsitze vorrangige Bedeutung einräumen. Ziel wird es sein, einen konstruktiven Beitrag zu der Diskussion über die Strategie hinsichtlich der strategischen Prioritäten und der programmatischen Vorbereitung zu leisten. Die drei Vorsitze werden sich auf die verschiedenen Halbzeitüberprüfungen stützen, die Anfang 2010 vorliegen werden; ferner wird es erforderlich sein, eine Bilanz der Konjunkturprogramme – insbesondere der europäischen Initiativen – zu ziehen und die dabei gewonnenen Erfahrungen für künftige politische Maßnahmen und die Finanzielle Vorausschau zu nutzen.

Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der durch die Globalisierung bedingten Herausforderungen wird die externe Dimension der Wettbewerbsfähigkeit besondere Aufmerksamkeit erfordern. Angesichts seines Querschnittscharakters wird dieses Thema in enger Verknüpfung mit den verschiedenen thematischen Prioritäten der drei Vorsitze behandelt werden. Ziel ist es, europäische Unternehmen in die Lage zu versetzen, die sich aus der Globalisierung und der Öffnung externer Märkte ergebenden Chancen zu nutzen, gleichzeitig aber auch auf die Bedrohungen hinsichtlich der Wettbewerbsfähigkeit zu reagieren, die mit diesen Entwicklungen verbunden sind.

Den Folgemaßnahmen zu der Mitteilung der Kommission über den Zugang zu Rohstoffen wird ebenfalls hohe Priorität eingeräumt.

Das Ziel der Vorsitze wird darin bestehen, konkrete Beiträge zu Initiativen für eine nachhaltige Industriepolitik zu leisten und – vor allem im Hinblick auf die Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 und die Erholung der europäischen Wirtschaft – umweltfreundliche Innovationen und die Entwicklung einer wettbewerbsfähigen grünen Wirtschaft zu fördern, wozu beispielsweise die Förderung von umweltfreundlichen Kraftfahrzeugen und Fahrzeugen mit Elektroantrieb gehört.

Die Vorsitze werden besonders auf die Herausforderungen an die Wettbewerbsfähigkeit achten, die mit der Umwelt- und Klimapolitik verknüpft sind. Der Vermeidung des Risikos einer Verlagerung von CO₂-Emissionen und der Positionierung der sehr energieintensiven Industriezweige wird diesbezüglich besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

KMU

Die drei Vorsitze werden der Überwachung und Evaluierung der Umsetzung des "Small Business Act" und des dazugehörigen Aktionsplans hohe Priorität einräumen, um zu der Debatte über die KMU-Politik für die Zeit nach 2010 beizutragen. Ziel ist die Weiterentwicklung der KMU-Politik und ihre gebührende Berücksichtigung im Rahmen der Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010. Herausforderungen und Aufgaben wie Globalisierung, Zugang zu Finanzmitteln, Verbesserung von Fähigkeiten, nachhaltige Entwicklung, Übertragung von Unternehmen, Kontakt- und Beziehungspflege, Innovation und Förderung des Unternehmergeists werden im Mittelpunkt unserer Überlegungen stehen.

Innovation und geistiges Eigentum

In enger Verknüpfung mit den Überlegungen zur Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010, mit der künftigen Politik in den Bereichen Industrie und FuEuI und unter Zugrundelegung der kommenden Vorschläge der Kommission werden die drei Vorsitze auch zu der Debatte über die künftige europäische Innovationspolitik und deren Instrumente beitragen, wobei den Clusterbildungskonzepten (internationale Dimension, Entwicklung von Schnittstellen zwischen Unternehmen, FuEuI und Schulung, Überwachung und Evaluierung), den Pilotmärkten, der Normung sowie der Bekämpfung von Nachahmungen und Piraterie besonderes Augenmerk gewidmet wird.

Das europäische Normungswesen ist für die Innovationstätigkeit und für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie von Bedeutung.

Im Bereich des geistigen und des gewerblichen Eigentums wird die Verstärkung des Schutzes des geistigen Eigentums (unter anderem durch Einrichtung einer europäischen Beobachtungsstelle für Nachahmungen und Piraterie) eines der vorrangigen Ziele sein. Ferner werden die drei Vorsitze keine Anstrengungen scheuen, um eine umfassende Einigung über die Schaffung eines einheitlichen Patentgerichtssystems und über eine Verordnung über das EU-Patent herbeizuführen. Sie sehen zudem der Überprüfung des EU-Markensystems durch die Kommission mit großem Interesse entgegen. Ihr besonderes Augenmerk wird ferner den erwarteten Vorschlägen der Kommission im Bereich des Urheberrechts gelten, mit denen europäische Rahmenbedingungen geschaffen werden sollen, die die Digitalisierung urheberrechtlich geschützten Materials fördern, gleichzeitig aber auch gewährleisten, dass die Rechte der Urheber uneingeschränkt gewahrt bleiben. In diesem Zusammenhang sehen die Vorsitze dem Beginn der Beratungen über die angekündigten Initiativen der Kommission zum Schutz von verwaisten Werken erwartungsvoll entgegen.

Forschung, Entwicklung und Innovation

Die drei Vorsitze werden der wichtigen Rolle, die der Bereich Forschung, Entwicklung und Innovation bei der Erneuerung der Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 spielt, umfassend Rechnung tragen.

Im Hinblick auf die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit Europas und die Bewältigung der großen gesellschaftlichen und technologischen Herausforderungen wird die Vollendung und Konsolidierung des Europäischen Forschungsraums (EFR) durch eine enge Interaktion zwischen Hochschul-, Forschungs- und Innovationspolitik weiterhin ein vorrangiges Ziel sein.

Die Vorsitze werden sich deshalb der Gestaltung der künftigen Zielvorgabe(n) und/oder politischen Ziele widmen, um die politischen Anstrengungen der EU und der Mitgliedstaaten für die Zeit nach 2010 zu koordinieren. Sie werden die Entwicklung und Anwendung von Indikatoren zur Überwachung der Fortschritte bei der vollständigen Verwirklichung des EFR unterstützen. Es wird deutlich gemacht werden, wie wichtig der EFR für die Entwicklung einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft ist.

Die Vorsitze werden Verbesserungen bei der Gestaltung des EFR fördern, die eine wirksamere Koordinierung europäischer, nationaler und regionaler Maßnahmen und Programme ermöglichen, vor allem hinsichtlich des Rahmenprogramms für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation (CIP) und des Rahmenprogramms für Forschung und technologische Entwicklung (FTE), damit effizienter und wirksamer in Forschung und Innovation in Europa investiert werden kann. In diesem Zusammenhang werden sie Maßnahmen weiterentwickeln, die zu einer Evaluierungskultur führen, die auch Zukunftsstudien und Folgenabschätzungen, insbesondere Ex-post-Folgenabschätzungen, umfasst, wobei alle einschlägigen forschungspolitischen Maßnahmen im EFR, denen Schlüsselbedeutung zukommt, erfasst werden.

Außerdem wird der Analyse der **Halbzeitüberprüfung des Siebten Forschungsrahmenprogramms** besondere Aufmerksamkeit gewidmet, und die Beratungen über die Gestaltung des künftigen Rahmenprogramms und die diesbezügliche Ex-ante-Folgenabschätzung sollen vorangebracht werden. Ferner werden die Struktur und die Mechanismen des **Europäischen Forschungsrats** und der gemeinsamen Unternehmen (IMI, ARTEMIS, ENIAC und CLEAN SKY) einer Überprüfung unterzogen. Besondere Aufmerksamkeit wird der Einbeziehung der Industrie – vor allem der KMU angesichts der angestrebten KMU-Beteiligung von mindestens 15 Prozent – und der Vereinfachung der administrativen Verfahren und der Finanzkontrollverfahren gewidmet werden.

Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP), vor allem in den Bereichen Energie, effizientes Bauen, Fabrik der Zukunft, umweltfreundliche Kraftfahrzeuge und künftiges Internet werden ein wichtiges, in gemeinsame Rahmenvorschriften eingebettetes Instrument sein.

Im Rahmen der weiteren Koordinierung **politischer Maßnahmen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene** wird der Umsetzung der gemeinsamen Programmplanung durch Aufstellung und Umsetzung einer ersten Themenliste und den Modalitäten für die Zusammenarbeit und die Koordinierung der länderübergreifenden Finanzierung besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Ein wichtiges Querschnittsthema ist die Rolle der Regionen im Bereich der Forschungspolitik und der europäischen Wissenschaftspolitik. Die drei Vorsitze werden die Bedeutung der **regionalen Dimension** bei der Entwicklung, Durchführung und Überwachung der innovations- und forschungspolitischen Maßnahmen hervorheben – vor allem hinsichtlich der Maßnahmen, bei denen Komplementaritäten mit von den Strukturfonds kofinanzierten Initiativen möglich sind.

Die tatsächliche Umsetzung des **freien Wissensverkehrs im EFR** (der "fünften Grundfreiheit") ist von ganz entscheidender Bedeutung. Es werden weitere, auf der europäischen Partnerschaft aufbauende Schritte ergriffen werden, damit in dem Bemühen, die Forscherkarrieren in Europa attraktiver zu machen und die klügsten Köpfe der Welt für europäische Forschungsinstitute und Universitäten zu gewinnen, raschere Fortschritte erzielt werden können.

Die drei Vorsitze werden die Umsetzung des **Wissensdreiecks** genau beobachten; dies gilt auch für die ersten Wissens- und Innovationsgemeinschaften (KIC) des **Europäischen Innovations- und Technologieinstituts (EIT)**. Außerdem werden sie der Umsetzung und Weiterbehandlung der Initiativen, die im Rahmen des neuen Europäischen Innovationsplans ergriffen wurden, große Aufmerksamkeit widmen.

Die drei Vorsitze werden die Fortschritte bei der Verwirklichung der im ESFRI-Fahrplan genannten paneuropäischen Forschungsinfrastrukturen genau verfolgen und den Aufbau mittelgroßer, miteinander vernetzter Forschungsinfrastrukturen fördern.

Die Erstellung und Erörterung des Achten EURATOM-Rahmenprogramms wird ebenfalls auf der Agenda stehen, wobei dem ITER-Projekt besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Die drei Vorsitze unterstützen den Ausbau der Raumfahrtspolitik der EU.

Zölle

Die Verhandlungen über ein der Bekämpfung des illegalen Handels mit Tabakerzeugnissen gewidmetes Protokoll zum Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakkonsums werden 2010 fortgesetzt und dürften unter den drei Vorsitzen zu Ergebnissen führen. Im Bereich der Überwachung von Drogenausgangsstoffen sind unlängst Verhandlungen über ein Abkommen mit Russland eingeleitet worden; sie werden wahrscheinlich im Laufe des Jahres 2010 abgeschlossen werden.

Die Erleichterung des Handels und die Verbesserung der Sicherheit der Lieferkette werden unter den drei Vorsitzen weiterhin im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen. Die Verhandlungen auf bilateraler und internationaler Ebene über die gegenseitige Anerkennung von Handelsprogrammen werden fortgesetzt.

Beim Schutz der Rechte des geistigen Eigentums werden die drei Vorsitze die Umsetzung des Aktionsplans für das Zollwesen der Gemeinschaft 2009-2010 (Rechte des geistigen Eigentums) überwachen und sich mit der Überprüfung der Verordnung über die Bekämpfung von Nachahmungen befassen. Die Verhandlungen über ein plurilaterales Handelsabkommen zur Bekämpfung von Produkt- und Markenpiraterie (ACTA), vor allem im Hinblick auf Grenzkontrollmaßnahmen, werden fortgesetzt (eine erste Verhandlungsrunde wurde für Januar 2010 in Mexiko anberaumt). Im Rahmen der Überprüfung der Verordnung (EG) Nr. 1383/2003 des Rates vom 22. Juli 2003 über das Vorgehen der Zollbehörden gegen Waren, die im Verdacht stehen, bestimmte Rechte geistigen Eigentums zu verletzen, und die Maßnahmen gegenüber Waren, die erkanntermaßen derartige Rechte verletzen, könnte auch der Entwurf einer Änderungsverordnung vorgelegt werden.

Auf der Grundlage des Berichts der Kommission, der in den Schlussfolgerungen des Rates über die bei der Entwicklung der Zollunion zu verfolgende Strategie angekündigt wurde, wird der Rat Schlussfolgerungen über Zollkontrollen annehmen.

Tourismus

Auf der Grundlage des neuen Vertrags werden die Vorsitze die Koordinierung von Strategien und EU-Maßnahmen in Bezug auf den Tourismussektor und touristische Aktivitäten unterstützen. Zu diesem Zweck werden sie die Schaffung eines umfassenden tourismuspolitischen Rahmens mit angemessenen Finanzinstrumenten für Maßnahmen der EU im Tourismusbereich fördern.

Die Vorsitze bestätigen die horizontale Bedeutung des Tourismus als Wirtschaftssektor, der einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zum Wachstum leistet. Sie werden die Einbeziehung touristischer Aspekte in andere relevante politische Maßnahmen der EU fördern und sich dabei insbesondere mit folgenden Themen befassen: Ausbildungs-, Beschäftigungs- und Sozialfragen im Tourismusbereich, Bedeutung des Tourismus für die Lebensqualität, Tourismus-Innovationen, Tourismus und ökologische Nachhaltigkeit, Verbraucherschutz, Wirtschaft und Steuern im Tourismussektor, Touristenvisa und Sicherheit sowie Verkehr und Tourismusmobilität.

Die Vorsitze werden ein sozial verantwortliches und solidarisches europäisches Tourismusmodell sowie einen Katalog von Bedingungen und Grundsätzen oder Verhaltenskodizes fördern, um die Entwicklung des Tourismus wirtschaftlich, sozial und ökologisch nachhaltig zu gestalten, damit den Zielen entsprochen wird, die in der Mitteilung der Kommission über eine "Agenda für einen nachhaltigen und wettbewerbsfähigen europäischen Tourismus" dargelegt sind.

BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Da sich die europäische Wirtschaft auf dem Weg der Erholung befindet, muss nun dafür gesorgt werden, dass das Wachstum nachhaltig ist und allen Bürgern zugute kommt. Die Auswirkungen der Rezession auf die Beschäftigung und die soziale Lage müssen erörtert werden; im Rahmen dieses Prozesses müssen strukturelle Reformen verwirklicht werden.

Die Reaktion der Europäischen Union auf diese Herausforderungen wird sich an folgenden Hauptprioritäten orientieren: Förderung von Beschäftigung und unternehmerischer Initiative; Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit und der Langzeitarbeitslosigkeit; Förderung der sozialen Eingliederung unter besonderer Berücksichtigung der besonders Benachteiligten; Gewährleistung qualitativ hochwertiger Sozialschutzsysteme; Herbeiführung von Chancengleichheit und Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung sowie Intensivierung des sozialen Dialog auf allen Ebenen.

Die drei Vorsitze werden dem sozialen Europa vorrangige Aufmerksamkeit widmen. Während ihrer Amtszeit werden grundlegende Strategien erörtert, koordiniert und eingeleitet werden. Im Rahmen der Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 werden sowohl die Europäische Beschäftigungsstrategie und die europäische Sozialagenda als auch künftige Initiativen, wie etwa der neue Fahrplan für die Gleichstellung von Frauen und Männern (2011-2015), die Folgemaßnahmen zum Europäischen Pakt für die Gleichstellung der Geschlechter, die neue Strategie für behinderte Menschen (2010-2017) und die Halbzeitüberprüfung der Gemeinschaftsstrategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz (2007-2012), umfassend berücksichtigt werden.

Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010

Bei der sozialen Dimension der Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 wird der Schwerpunkt auf der Beschäftigung und dem sozialen Zusammenhalt liegen, wobei auch die Gleichstellung der Geschlechter gebührend berücksichtigt wird.

Im Gefolge der Finanzkrise wird die Wirksamkeit der europäischen Finanzinstrumente (Europäischer Sozialfonds, Europäischer Fonds für die Anpassung an die Globalisierung), die für die Verfolgung von beschäftigungs- und sozialpolitischen Zielen zur Verfügung stehen, evaluiert werden.

Die Fertigstellung und Einleitung der Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 erfordert eine gute Koordinierung zwischen den verschiedenen Zusammensetzungen des Rates.

Eine aktive Rolle der Sozialpartner ist von entscheidender Bedeutung für das Erreichen der übergreifenden Ziele der Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010. Die drei Vorsitze wollen deshalb dafür sorgen, dass der Dreigliedrige Sozialgipfel eine gewichtigere Rolle spielt und stärker ins Blickfeld rückt.

Europäische Beschäftigungsstrategie

Auf der Grundlage der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) sollten mit den Maßnahmen sowohl auf die kurzfristigen Herausforderungen, wie etwa der steigenden Arbeitslosigkeit und den Ungleichgewichten auf dem Arbeitsmarkt infolge der Rezession, als auch auf die langfristigen Herausforderungen, wie etwa der Globalisierung, der Bevölkerungsalterung, den Folgen des Klimawandels und der wachsenden Bedeutung von Qualifikation und Innovation, reagiert werden.

Zu den zentralen Zielen gehören die Vollbeschäftigung (mehr Arbeitsplätze), eine qualitativ hochwertige Beschäftigung (bessere Arbeitsplätze) und wirksame Grundsätze für das Verwaltungshandeln. In diesem Zusammenhang muss eine kohärente Methodik entwickelt werden, damit gemeinsame Leitlinien und Empfehlungen für die Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten angenommen werden können und damit das wechselseitige Lernen gefördert werden kann.

Über die Arbeit am politischen Gesamtkonzept hinaus werden sich die drei Vorsitze den folgenden Schlüsselthemen widmen: Verbesserung der Antizipierung des Bedarf der Arbeitsmärkte und der Abstimmung der Fähigkeiten auf diesen Bedarf; Förderung der Schaffung von "grünen Arbeitsplätzen"; Erleichterung der praktischen und ausgewogenen Umsetzung der gemeinsamen Grundsätze für den Flexicurity-Ansatz; Verbesserung der Erwerbsbeteiligung, insbesondere bei Frauen, Jugendlichen und Arbeitsmarktneulingen, bei älteren Arbeitnehmern sowie bei Menschen mit Behinderungen und anderen benachteiligten Gruppen; Bekämpfung von Schwarzarbeit, illegaler Beschäftigung und Schattenwirtschaft sowie Verbesserung der Bedingungen für Selbstständige.

Hinsichtlich der Qualität der Beschäftigung wird die Halbzeitüberprüfung der Gemeinschaftsstrategie für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz (2007-2012) erörtert werden. Spezielle Initiativen der EU, die u.a. Risiken für Muskulatur und Skelett, Infektionen durch Nadelstichverletzungen und das Rauchverbot am Arbeitsplatz betreffen, werden in diesem Zusammenhang wichtige Themen sein.

Europäische Sozialagenda

Die kommenden 18 Monate werden hinsichtlich der Förderung des sozialen Fortschritts in der Union von entscheidender Bedeutung sein. Es wird dafür Sorge getragen werden, dass die Sozialagenda fester Bestandteil der Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 ist.

Die Sozialagenda sollte sowohl durch Instrumente des zwingenden wie auch des nicht zwingenden Rechts umgesetzt werden; die entsprechenden Festlegungen sind in enger Zusammenarbeit mit der Kommission zu treffen.

Im Bereich der Gesetzgebung werden die drei Vorsitze die Beratungen voranbringen, welche die Überprüfung der Richtlinien über den Übergang von Unternehmen, über die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer und über Massenentlassungen sowie den Vorschlag zur Verbesserung der Umsetzung der Entsenderichtlinie und den Vorschlag zur Änderung der Arbeitszeitrichtlinie betreffen.

Die drei Vorsitze werden auch der externen Dimension des europäischen Gesellschaftsmodells besondere Aufmerksamkeit widmen. Sie werden diesbezüglich darauf hinwirken, dass die soziale Dimension im Rahmen der auswärtigen Beziehungen auf bilateraler und multilateraler Ebene mehr Gewicht erhält, indem die Agenda für menschenwürdige Arbeit der IAO, die grundlegenden Arbeits- und Sozialrechte sowie ein globaler sozialer Rahmen, der mit dem europäischen Gesellschaftsmodell vereinbar ist, gefördert werden.

Die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen ist ein wichtiger Aspekt, wenn es darum geht, die dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit Europas zu gewährleisten.

Soziale Eingliederung und sozialer Schutz

Die Behandlung der sozialen Auswirkungen der Rezession wird auf der politischen Agenda zu den vorrangigen Themen gehören. In diesem Zusammenhang werden die drei Vorsitze das Europäische Jahr der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung (2010) zum Anlass nehmen, um die Bedeutung dieser Anliegen ins Blickfeld zu rücken.

Die drei Vorsitze werden die Verstärkung der offenen Koordinierungsmethode und ihrer verschiedenen Prozesse (Zielvorgaben, Indikatoren als politische Instrumente, Empfehlungen, Abschätzung sozialer Folgen, gegenseitige Bewertung und Benchmarking) fördern.

Es wird ein umfassender Ansatz zur Verhütung und Bekämpfung von Armut, vor allem bei Frauen und Kindern, verfolgt werden. In diesem Zusammenhang ist die Unterstützung der am stärksten benachteiligten Gruppen und Gemeinschaften wie Menschen mit Behinderungen, Wanderarbeitnehmer und ihre Familien, Obdachlose, Roma und andere Minderheiten von äußerster Wichtigkeit.

Ferner werden sich die drei Vorsitze auf die Unterstützung verschiedener Initiativen im Zusammenhang mit der Bevölkerungsalterung konzentrieren und daher vorbereitende Arbeiten im Hinblick auf das Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen (2012) durchführen. In diesem Zusammenhang sind die Modernisierung, die Tragfähigkeit und die Angemessenheit der Rentensysteme von ganz entscheidender Bedeutung.

Im Bereich der Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit wird die Arbeit hinsichtlich der Umsetzung und Anpassung der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 fortgesetzt. Ferner wird mit der Arbeit bezüglich der Koordinierung der die soziale Sicherheit betreffenden Kapitel der Assoziierungsabkommen – insbesondere bei den Abkommen mit den Maghreb-Ländern und den osteuropäischen Ländern – begonnen.

Die Arbeit bezüglich der Sozialdienstleistungen von allgemeinem Interesse wird fortgesetzt.

Gleichstellung von Frauen und Männern und Nichtdiskriminierung

Im Einklang mit Artikel 19 des Vertrags werden der Förderung der Geschlechtergleichstellung und der Verstärkung des Schutzes von allen Formen der Diskriminierung weiterhin besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die drei Vorsitze wollen im Bereich der Geschlechtergleichstellung und der Nichtdiskriminierung neue politische Impulse setzen.

Die drei Vorsitze werden die Gleichstellungsagenda voranbringen, indem sie dem Gender Mainstreaming im Rahmen der Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 hohe Priorität einräumen. Sie werden Folgemaßnahmen zu der von der Kommission vorgenommenen Evaluierung des derzeitigen Fahrplans für die Gleichstellung von Frauen und Männern (2006-2010) treffen und an einem neuen Fahrplan für den Zeitraum 2011-2015 arbeiten. Die Weiterverfolgung der Umsetzung des Europäischen Pakts für die Gleichstellung der Geschlechter anlässlich des fünften Jahrestags seiner Annahme durch den Europäischen Rat und die weitere Überwachung und Umsetzung der Pekinger Aktionsplattform werden für die drei Vorsitze hohe Priorität haben.

Ferner werden sich die drei Vorsitze folgenden Themen widmen: Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt, Schließung der Einkommensschere zwischen Männern und Frauen, Bekämpfung von geschlechtsspezifischen Stereotypen und Förderung des Unternehmergeists von Frauen sowie Vereinbarkeit von Berufs-, Privat- und Familienleben.

Zur Förderung der Gleichbehandlung in allen Bereichen werden sie die Arbeit betreffend den Vorschlag für eine Richtlinie über Gleichbehandlung (früherer Artikel 13) fortsetzen.

Gesundheitswesen

Im Bereich des Gesundheitswesens werden die drei Vorsitze Maßnahmen zur Verbesserung der Gesundheit der EU-Bürger gemäß der Erklärung aus dem Jahr 2006 über gemeinsame Werte und Prinzipien in den EU-Gesundheitssystemen und gemäß der Gesundheitsstrategie der EU für die Jahre 2008-2013 fördern. Es wird insbesondere darauf geachtet, dass Gesundheitsaspekte und gesundheitsrelevante Faktoren in andere EU-Politiken einbezogen werden.

Hinsichtlich der Nachhaltigkeit der Gesundheitssysteme und des Gesundheitsschutzes werden der Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren gefördert. Unter umfassender Wahrung des Subsidiaritätsgrundsatzes werden Arbeiten im Bereich der sozialen Gesundheitsfaktoren und der Verringerung von Ungleichheiten durchgeführt: ein wichtiges Anliegen der Vorsitze wird die Förderung einer gesunden Lebensweise sein, was auch gesunde Ernährungsgewohnheiten einschließt. Die Bekämpfung der Fettleibigkeit, die Suchtmittelprävention (Tabak, Alkohol, Drogen usw.) sowie die besonderen Gesundheitsbedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und benachteiligten Gruppen werden ebenfalls erörtert.

Die Pandemievorsorge und -bekämpfung wird ein ständiges Anliegen der drei Vorsitze sein. Auch der Sicherstellung der Gesundheit, vor allem den Auswirkungen von Klima- und Umweltveränderungen auf die Gesundheit sowie der internationalen Zusammenarbeit mit Drittländern in diesem Bereich, wird Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Die drei Vorsitze werden sich mit weiteren Fragen wie etwa dem Thema "Innovationen im Gesundheitswesen" befassen und dabei vor allem den Aspekt der Bevölkerungsalterung berücksichtigen. In diesem Zusammenhang wird unter anderem auf die Qualität und Sicherheit der Gesundheitsversorgung, das künftige Konzept in Bezug auf chronische Krankheiten, den E-Health-Bereich und Fragen, die die Angehörigen der Heilberufe in der EU betreffen, eingegangen.

Die Arbeit über die Gesetzgebungsvorschläge betreffend Organ- und Gewebespenden und -transplantationen wird vorrangig vorangebracht.

Die drei Vorsitze werden etwaige Initiativen unterstützen, mit denen eine hinreichende Versorgung mit Radioisotopen sichergestellt werden soll.

Ferner werden folgende Themen behandelt: Sicherheit und Qualität von Arzneimitteln, Resistenz gegen antimikrobielle Wirkstoffe, rationeller Einsatz von Antibiotika, Pharmakovigilanz und gefälschte Arzneimittel sowie grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung.

Verbraucherschutz

Im Bereich des Verbraucherschutzes wird der vorgeschlagenen Richtlinie über Rechte der Verbraucher Vorrang eingeräumt. Angesichts der Komplexität dieses Vorschlags kann sich die Arbeit über die Amtszeit der drei Vorsitze hinaus hinziehen.

Im Rahmen der Überprüfung des gemeinschaftlichen Besitzstands im Bereich des Verbraucherschutzes wird die Arbeit in Bezug auf die Überarbeitung der Richtlinie über Pauschalreisen im Jahr 2010 fortgesetzt werden.

Im Bereich der internationalen Zusammenarbeit zum Schutz und zur Förderung von Verbraucherrechten werden zwei Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika, die die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze bzw. die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch auf dem Gebiet der Sicherheit von Verbraucherprodukten betreffen, ausgehandelt und geschlossen werden.

Im Jahr 2010 wird die Halbzeitevaluierung des Aktionsprogramms der EU im Bereich der Verbraucherpolitik (2007-2013) vorgenommen werden. Die Kommission wird möglicherweise auch einen Vorschlag zu kollektiven Rechtsdurchsetzungsverfahren für Verbraucher vorlegen.

Die drei Vorsitze werden darauf achten, dass Verbraucherschutzaspekte in andere Politiken einbezogen werden.

Lebensmittelrecht

Die drei Vorsitze werden die Arbeiten bezüglich verschiedener Gesetzgebungsvorschläge voranbringen, die derzeit erörtert bzw. vorbereitet werden. Dies gilt insbesondere für die Verordnung betreffend die Information der Verbraucher über Lebensmittel (Lebensmittelkennzeichnung), deren Annahme ein vorrangiges Ziel der drei Vorsitze sein wird.

Hinsichtlich der Lebensmittelsicherheit werden die drei Vorsitze die Beratungen über den neuen Regelungsrahmen für neuartige Lebensmittel voranbringen und auf die Annahme neuer Rechtsvorschriften über Lebensmittel, die für eine besondere Ernährung bestimmt sind (diätetische Lebensmittel), hinarbeiten.

VERKEHR, TELEKOMMUNIKATION UND ENERGIE

Verkehr

Nachhaltigkeit, Innovation, Sicherheit und Gefahrenabwehr werden die Schlüsselbegriffe sein, an denen sich die Tätigkeit der drei Vorsitze im Verkehrsbereich orientieren wird.

Hinsichtlich der Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit des Verkehrssektors werden die Beratungen über die Internalisierung externer Kosten auf alle Verkehrsträger ausgeweitet. Im Rahmen der Umsetzung des Aktionsplans für Logistik und des Aktionsplans zur Mobilität in der Stadt wird die Kommission möglicherweise Vorschläge vorlegen.

Im Hinblick auf die Zukunft des Verkehrs in der EU nach 2010 werden die gemäß dem Weißbuch 2001 umgesetzten politischen Maßnahmen analysiert; ferner soll das bevorstehende "Neue Weißbuch" erörtert werden.

Im Bereich des **Landverkehrs** wird der Umsetzung und Überprüfung des ersten Eisenbahnpakets, das auf die Schaffung eines effizienten und wettbewerbsgeprägten Schienenverkehrsmarktes abzielt, besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Hinsichtlich der Straßenverkehrssicherheit werden die Vorsitze die Arbeit in Bezug auf die grenzüberschreitende Vollstreckung von Sanktionen fortsetzen und mit der Arbeit an einem neuen Programm zur Straßenverkehrssicherheit beginnen. Besondere Aufmerksamkeit wird ferner einer umfassenden Überprüfung (2010) der bestehenden Maßnahmen zur Reduzierung der Zahl der Unfallopfer, bezogen auf die letzten zehn Jahre, gewidmet werden. Die Arbeit betreffend die Ökologisierung des Verkehrs, vor allem im Zusammenhang mit der Eurovignette, wird ebenfalls fortgesetzt.

Im Bereich des **Luftverkehrs** werden sich die Vorsitze darum bemühen, eine Einigung über die neue Richtlinie betreffend Flughafen-Sicherheitsentgelte und über den überarbeiteten Verhaltenskodex im Zusammenhang mit computergesteuerten Buchungssystemen zu erreichen. Sie werden ferner darauf hinwirken, dass die Verhandlungen mit Drittländern über Luftverkehrsabkommen zu erfolgreichen Ergebnissen führen. Hinsichtlich der Luftverkehrssicherheit wird der Erzielung einer Einigung über die Verordnung über die Untersuchung und Verhütung von Unfällen und Störungen in der Zivilluftfahrt besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Auch der Umsetzung des zweiten Maßnahmenpakets zum Einheitlichen Europäischen Luftraum (SES II) wird besonderes Augenmerk gelten. Die Einigung über die zweite Phase des Luftverkehrsabkommens zwischen der EU und den Vereinigten Staaten von Amerika wird auf der Agenda der drei Vorsitze ebenfalls einen zentralen Platz einnehmen.

Im Bereich des **Seeverkehrs** wird die Überarbeitung der Verordnung zur Errichtung der Europäischen Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (EMSA), mit der der Status und die Zuständigkeiten der EMSA präzisiert werden sollen, ebenso Vorrang haben wie die Beratungen über den "europäischen Seeverkehrsraum ohne Grenzen", der für mehr Effizienz in den Häfen und im Seeverkehr sorgen soll. Besondere Aufmerksamkeit wird der Überprüfung der Entwicklung der Hochgeschwindigkeitsseewege und der bisher erzielten Fortschritte gewidmet werden.

Der überarbeitete Vorschlag für neue Ausrichtungen für Transeuropäische Verkehrsnetze (TEN-V) wird als vorrangig erachtet. In diesem Zusammenhang wird den vorgeschlagenen neuen Ansätzen für den Umweltschutz, der Verlagerung auf alternative Verkehrsträger, der Multimodalität, der Verbesserung des Infrastrukturmanagements und der Finanzierung besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Die drei Vorsitze werden die Initiativen der EU zur Förderung von Maßnahmen im Bereich der einzelnen Verkehrsträger voranbringen und einen wichtigen Beitrag zur Anwendung intelligenter Verkehrssysteme (**IVS**) vor allem im Straßenverkehr, aber auch im Luftverkehr (SESAR, GALILEO) leisten. Dem Aktionsplan zur Einführung von IVS und der IVS-Richtlinie werden besondere Beachtung geschenkt.

Die drei Vorsitze werden sich auch auf die Umsetzung aller Aspekte des europäischen GNSS-Programms (globales Satellitennavigationssystem) konzentrieren, vor allem auf die Vorbereitungen für den Betrieb von Galileo und EGNOS nach 2013, die Anwendungen und Dienste, die Strategie für die internationale Zusammenarbeit und die bilateralen Kooperationsabkommen.

Die im Bereich der Binnenschifffahrt auf den Weg gebrachte Initiative (NAIADES) wird weiterverfolgt, und es wird mit der Arbeit an den von der Kommission vorzuschlagenden Durchführungsmaßnahmen begonnen.

Telekommunikation

Die Vorsitze werden mit der Arbeit betreffend den neuen Geltungsbereich des Universaldiensts im Bereich der elektronischen Kommunikation und die Aufnahme des Breitbands in den Geltungsbereich des Universaldiensts auf der Grundlage einer Mitteilung der Kommission beginnen.

Die Billigung der neuen Strategie (2010-2015) zur Förderung der Informationsgesellschaft (i2010) wird eine Hauptpriorität darstellen.

Die drei Vorsitze werden den Aufbau von Netzen der nächsten Generation fördern – sowohl hinsichtlich der Infrastruktur als auch hinsichtlich der Dienste – und sich dabei auf die bevorstehende Empfehlung der Kommission stützen.

Die Arbeit bezüglich der Themen Netzsicherheit, elektronischer Geschäftsverkehr und Schutz geistigen Eigentums im Internet sowie Bekämpfung der Piraterie wird intensiviert werden.

Das verlängerte Mandat der Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) wird im März 2012 auslaufen. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Überprüfung des Rechtsrahmens für die elektronische Kommunikation werden die Vorsitze Beratungen über die Zukunft der ENISA einleiten.

Die Vorsitze werden weitere Beiträge zur Entwicklung des Internets der Zukunft leisten. Neue Herausforderungen, wie etwa die Ausweitung des Universaldiensts, die Netzneutralität, das mobile Breitband, die Konvergenz fester und mobiler Netze und die Entwicklung des "Internets der Dinge" werden geprüft werden.

Besondere Aufmerksamkeit wird der Entwicklung des europäischen E-Government-Aktionsplans für den Zeitraum 2010-2015 und den elektronischen Rechten der Bürger gegenüber Behörden und Unternehmen gewidmet.

Die Vorsitze werden die Koordinierung und Vorbereitung für die nächste Weltfunkkonferenz im Jahr 2011 (WRC-11) so gestalten, dass die Übereinstimmung mit der Politik und den Grundsätzen der Union gewahrt ist.

Hinsichtlich der Postdienstleistungen werden sich die Vorsitze mit der Koordinierung der EU-Position auf der Strategiekonferenz des Weltpostvereins (WPV), die vom 21. bis 25. September 2010 in Nairobi stattfindet, befassen.

Energie

Im Energiebereich stellt die gründliche Überarbeitung des Aktionsplans "Eine Energiepolitik für Europa" auf der Tagung des Europäischen Rates im Frühjahr 2010 die wichtigste politische Herausforderung für die drei Vorsitze dar.

Auf dem Gebiet der Energieversorgungssicherheit stehen in den kommenden 18 Monaten einige wichtige Tätigkeiten und Maßnahmen an. Das bestehende TEN-E-Instrument soll durch ein neues EU-Instrument für Energieversorgungssicherheit und -infrastruktur ersetzt werden. Die TEN-E-Finanzierungsverordnung und die TEN-E-Leitlinien müssen entsprechend den Ergebnissen der Beratungen über das Grünbuch "Hin zu einem sicheren, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Europäischen Energienetz" überarbeitet werden.

Die Arbeit betreffend die folgenden (im Rahmen der zweiten Überprüfung der Energiestrategie ermittelten) sechs vorrangigen Infrastrukturmaßnahmen wird fortgesetzt: Südlicher Gaskorridor, diversifizierte und angemessene Flüssiggasversorgung Europas, effektive Vernetzung des Ostseeraums, Mittelmeer-Energiering, angemessener Nord-Süd-Gas- und -Stromverbund in Mittel- und Südosteuropa und Nordsee- und Nordwest-Offshore-Netz. Es gilt, Investitionshindernisse auszumachen und nach möglichen Lösungen zu suchen, die etwa in der Straffung der Planungs- und Konsultationsverfahren, insbesondere bei Vorhaben, welche die Vernetzung verbessern, bestehen können.

Das derzeitige EU-System zur Überwachung der Investitionen im europäischen Energiesektor wird aktualisiert; zudem wird eine effiziente Methodik zur Analyse der Investitionstrends entwickelt, damit die EU ihre politischen Ziele an der künftigen Nachfrage ausrichten kann.

Die Beratungen über die Verordnung zur Gewährleistung einer sicheren Erdgasversorgung werden abgeschlossen, und bei Gas wird die Diversifizierung gefördert.

Was den Energiebinnenmarkt betrifft, wird in erster Linie dafür zu sorgen sein, dass die Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (ACER) ihre Arbeit in vollem Umfang aufnehmen kann.

Auf dem Gebiet der nachhaltigen Energien und der Energieeffizienz werden sich die Vorsitze den energie- und klimapolitischen Herausforderungen stellen, wobei sie die Ergebnisse der Kopenhagener Klimakonferenz berücksichtigen werden. Ihre besondere Aufmerksamkeit wird der Nutzung von Biomasse zur Sicherung der Energieversorgung und insbesondere der Einführung von Nachhaltigkeitskriterien gelten.

Die drei Vorsitze werden dafür sorgen, dass das Gesetzgebungspaket zur Energieeffizienz endgültig verabschiedet wird. Sie werden an der Überarbeitung des Energieeffizienz-Aktionsplans (EEAP) arbeiten.

Die Vorsitze werden sich dafür einsetzen, dass der Strategieplan für Energietechnologie durchgeführt wird, und dabei den europäischen Energieindustrie-Initiativen in enger Zusammenarbeit mit dem Privatsektor gebührende Beachtung schenken.

Dementsprechend werden sie eine Einigung darüber anstreben, dass in die Entwicklung von Technologien mit geringen CO₂-Emissionen investiert wird, um den Einsatz umweltfreundlicher Technologien unter Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit und der wirtschaftlichen Erholung der EU zu fördern und zu erleichtern.

Die Vorsitze werden dazu beitragen, dass ein energiepolitisches Konzept für die Zeit bis 2050 entwickelt wird, das Maßnahmen vorsieht, mit denen sich bis 2050 eine Energieerzeugung mit geringen CO₂-Emissionen erreichen lässt.

Im Bereich der Kernenergie wird die Aufmerksamkeit der Vorsitze vor allem der Entwicklung von Instrumenten für die sichere und nachhaltige Entsorgung radioaktiver Abfälle sowie der Überprüfung der Richtlinie über die grundlegenden Sicherheitsnormen gelten.

Die Außenbeziehungen werden im Energiebereich eine sehr große Rolle spielen. Die Vorsitze werden dafür sorgen, dass die Zusammenarbeit mit den Hauptliefer- und Transitländern und den wichtigsten Partnern der EU sowie in multilateralen Organisationen und Rahmen intensiviert wird.

UMWELT

Bereichsübergreifendes vorrangiges Ziel: Ökologisierung der Politik

Die EU und ihre Mitgliedstaaten befinden sich an einem Wendepunkt. Die Wirtschaftskrise und der rasche Wandel, dem die Wirtschaftsprozesse in Europa und in der Welt unterworfen sind, stellen sie vor neue Herausforderungen. Ein hohes Maß an Umweltschutz ist kein Selbstzweck. Vielmehr ist er im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung auch eine wichtige Voraussetzung für ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum, da er zu einer effizienteren Ressourcenverwendung beiträgt. Im Hinblick auf die Sicherung der Wachstumschancen von morgen ist Folgendes erforderlich: Förderung der umfassenden Nachhaltigkeit sämtlicher EU-Maßnahmen und ökologischer Innovationen durch die Festlegung von Normen, Schaffung neuer Arbeitsplätze, Neuausrichtung der öffentlichen Investitionen, eine fortlaufende Anpassung unseres Mobilitäts- und Energieverbrauchsverhaltens und Übernahme einer internationalen Führungsrolle. Die drei Vorsitze haben es sich vorrangig zum Ziel gesetzt, in allen Bereichen verstärkten Nachdruck auf eine nachhaltige Entwicklung und eine Ökologisierung der Politik zu legen.

Sie werden für Synergien zwischen der Nach-Lissabon-Strategie und der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung und für die Integration der Umwelterwägungen in die Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 sorgen.

Die Vorsitze werden die Bemühungen um eine bessere Einbeziehung des Umweltschutzes in die einschlägigen anderen Politikbereiche, wie Verkehr, Energie und Landwirtschaft, fortsetzen.

Die drei Vorsitze werden versuchen, dem Prozess im Rahmen der VN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD), den Millenniums-Entwicklungszielen (MDG), dem internationalen Umweltmanagement sowie den Maßnahmen im Anschluss an die Konferenzen von Rio und Johannesburg im Allgemeinen mehr Substanz zu verleihen und für mehr Kohärenz zu sorgen.

Klimawandel

Die drei Vorsitze werden ihre Aufmerksamkeit weiter auf die Umsetzung des Klima- und Energiepakets (einschließlich einiger wichtiger Beschlüsse, die dem Ausschussverfahren unterliegen¹) richten und dabei die Arbeit über die Verordnung über die CO₂-Kennzeichnung für Fahrzeuge, die Verordnung zur Minderung der CO₂-Emissionen von leichten Nutzfahrzeugen und die anstehende Mitteilung über die CO₂-Emissionen von Schiffen vorantreiben. Die Frage, ob die EU sich zu einer 30 %igen Reduzierung ihrer Treibhausgasemissionen verpflichten kann, wird im Lichte der Ergebnisse der Kopenhagener Konferenz zu prüfen sein.

Die drei Vorsitze werden damit beginnen, den Weg für die Umsetzung der Anpassungsstrategie der EU ab 2013 zu ebnen, und die Maßnahmen in Angriff nehmen, die im Vorfeld erforderlich sind.

Auf multilateraler Ebene werden die drei Vorsitze für die Folgemaßnahmen zu den Ergebnissen der 15. Konferenz der Vertragsparteien des VN-Klimaübereinkommens (UNFCCC-COP 15) sorgen. Dabei werden sie der Vorbereitung der UNFCCC-COP 16 Vorrang einräumen.

Biologische Vielfalt

Die drei Vorsitze werden substanzielle Anstrengungen unternehmen, um einen Aktionsplan für die Zeit nach 2010 auszuarbeiten, der auf eine erhebliche Verbesserung des Zustands der biologischen Vielfalt in der EU abstellt. Sie werden ihre besondere Aufmerksamkeit auch mit den neuen Gefahren, wie etwa den invasiven gebietsfremden Arten, und den Auswirkungen des Klimawandels auf die biologische Vielfalt und die natürlichen Ressourcen schenken.

Ihre besondere Aufmerksamkeit wird dem Grünbuch über Wälder zuteil werden. Besonders wichtig ist aus ihrer Sicht der Schutz der Wälder gegen Feuer, Stürme und Dürren, auch vor dem Hintergrund des Klimawandels und des Umweltschutzes.

Die VN-Generalversammlung zur biologischen Vielfalt wird zu den Schlüsselereignissen des Internationalen Jahres der biologischen Vielfalt 2010 zählen.

Auf der zehnten Konferenz der Vertragsparteien (COP10) des Übereinkommens über die biologische Vielfalt werden die Verhandlungen über den Zugang und den Vorteilsausgleich abgeschlossen. Auf dieser Konferenz wird die strategische Planung im Hinblick auf ein neues Ziel für die Zeit nach 2010, der Schutz der biologischen Vielfalt des Meeres in Schutzgebieten und die

¹ Verordnung über Versteigerungen (Ausschussverfahren bis 20.6.2010); Durchführungsmaßnahmen für die Zuteilung von kostenfreien Zertifikaten (Ausschussverfahren bis 31.12.2010); Lage der Branchen, in denen die Verlagerung von CO₂-Emissionsquellen ein Problem darstellt (Bericht + Vorschläge der Kommission (Mitentscheidungsverfahren) bis 30.6.2010).

Synergie zwischen Klima und biologischer Vielfalt erörtert werden.

Die Haftungs- und Entschädigungsregelung wird eines der Hauptthemen des fünften Treffens der Vertragsparteien (MOP5) des Protokolls über die Biologische Sicherheit sein.

Die drei Vorsitze werden bestrebt sein, den Schutz der biologischen Vielfalt im Wege des Washingtoner Artenschutzübereinkommens (CITES) und im Kontext der 15. Konferenz der Vertragsparteien zu verstärken.

Sie werden ferner dem weiteren Vorgehen im Anschluss an die Schlussfolgerungen des Rates zu GVO vom Dezember 2008 sowie den geplanten Leitlinien für die Bewertung von GVO Beachtung schenken.

Umwelt und Gesundheit

Damit die Ziele der EU für die Luftqualität erreicht werden, werden die Vorsitze die Arbeit in Bezug auf die nationalen Emissionshöchstgrenzen für die wichtigsten Luftschadstoffe (NO_x, SO_x, VOC, NH₃ und PM) sowie die Richtlinie für Industrieemissionen voranbringen.

Der zweite Aktionsplan Umwelt und Gesundheit läuft 2010 aus. Die drei Vorsitze werden die Schritte einleiten, die für die Vorbereitung eines Nachfolgeplans erforderlich sind. Die Kommission hat ein Grünbuch über die Luftverschmutzung in geschlossenen Räumen angekündigt, das auf eine Harmonisierung der Methoden zur Reduzierung der Schadstoffquellen abzielt.

Zudem will sie eine Mitteilung über Nanotechnologien vorlegen, in der die Auswirkungen und Vorteile dieser neuen Technologien, insbesondere in Bezug auf die Umwelt, im Mittelpunkt stehen.

Die drei Vorsitze werden versuchen, die Beratungen über die Biozid-Richtlinie zum Abschluss zu bringen.

Bei dem Übereinkommen über die weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung (LRTAP) und den dazugehörigen Protokollen, dem Stockholmer und dem Rotterdamer Übereinkommen sowie beim Strategischen Ansatz für ein internationales Chemikalienmanagement (SAICM) und den Quecksilberverhandlungen wird es voraussichtliche Aktualisierungen geben.

Was das UNECE-Übereinkommen über die weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung und die dazugehörigen Protokolle betrifft, so soll das Göteborger Protokoll betreffend die Verringerung von Versauerung, Eutrophierung und bodennahem Ozon (nach der Überarbeitung der EU-Richtlinie über die nationalen Emissionshöchstmengen) überarbeitet werden; gleiches gilt für das Aarhuser Protokoll betreffend persistente organische Schadstoffe (POP), das um eine Reihe neuer Schadstoffe erweitert werden soll. Das UNECE-Protokoll betreffend POP wird voraussichtlich gleichzeitig mit dem Stockholmer UNEP-Übereinkommen über POP überarbeitet. Außerdem muss den Verhandlungen über das globale Quecksilberübereinkommen, die im ersten Halbjahr 2010 beginnen werden, gebührende Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Nachhaltiger Konsum und nachhaltige Produktion/nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen

Die drei Vorsitze werden dem kombinierten Aktionsplan für nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion und für nachhaltige Industriepolitik und seiner Abstimmung mit anderen Plänen wie dem Aktionsplan für Umwelttechnologien (ETAP) gebührende Aufmerksamkeit schenken. Auch ist mit Maßnahmen zur Förderung eines umweltgerechten öffentlichen Auftragswesens und zur Bekämpfung illegaler Holzeinfuhren zu rechnen. Weitere Schwerpunkte werden das Ökodesign und die Nachhaltigkeitskriterien für Biomasse sein.

Die Maßnahmen in diesem Bereich werden sich auf die Themen Beförderung, Abfälle, Chemikalien und Bergbau und insbesondere auf den Zehnjahresrahmen für Programme für nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion (10YFP) konzentrieren. Dieser Rahmen soll die internationale Zusammenarbeit und den Austausch von Informationen und vorbildlichen Verfahrensweisen verstärken und dadurch die Umsetzung der nationalen und regionalen Programme zur Förderung eines nachhaltigen Konsums und einer nachhaltigen Produktion erleichtern. Im Rahmen des globalen Marrakesch-Prozesses wird versucht, die Durchführung des Aktionsplans für nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion und die Ausarbeitung des 10YFP voranzutreiben; dies geschieht über internationale und regionale Treffen und die Marrakesch-Arbeitsgruppen.

Im Anschluss an das Grünbuch über die Bewirtschaftung von Bioabfall wird möglicherweise ein Vorschlag für eine entsprechende Richtlinie erstellt. Bei der Überarbeitung der thematischen Strategie für Abfälle wird es darauf ankommen, Konzepte zu klären, beispielsweise die Begriffsbestimmungen, die Kohärenz mit den bestehenden Rechtsvorschriften und die Überwachung der Einhaltung der Ziele.

Was den Bodenschutz betrifft, so muss die EU-Strategie wirksam und uneingeschränkt umgesetzt werden. Die drei Vorsitze werden sich um eine Einigung über die vorgeschlagene Bodenschutzrichtlinie bemühen.

Wasserressourcen

Die drei Vorsitze werden einen integrierten Ansatz für eine nachhaltige Wasserpolitik entwickeln.

Dabei werden sie sich insbesondere auf die für 2012 geplante neue Strategie gegen Wasserknappheit und Dürren und auf die Überarbeitung der Trinkwasserrichtlinie konzentrieren. Sie werden zudem Schritte unternehmen, um die Bewertung und Bewältigung dringender Probleme im Zusammenhang mit Wasser, wie beispielsweise extreme Naturereignisse (Überschwemmungen, Wasserüberschuss, Wasserknappheit und Wasserverschmutzung infolge eines Unfalls), Klimawandel, gefährdete Ökosysteme usw. zu fördern. Dabei wird die Bewertung der Erfahrungen, die mit den ersten Bewirtschaftungsplänen für die Einzugsgebiete gemacht wurden, ebenfalls eine wichtige Rolle spielen. Was die externe Dimension der EU-Wasserpolitik betrifft, so werden sich die drei Vorsitze für ein stärkeres europäisches Engagement und die Ausarbeitung eines Finanzrahmens für die internationale Zusammenarbeit einsetzen.

Die Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie muss bis zum Juli 2010 in nationales Recht umgesetzt werden. Was die Einhaltung der in der Richtlinie festgelegten Verpflichtungen betrifft, so ist der technisch-wissenschaftliche Austausch unter den Mitgliedstaaten ausschlaggebend für die Kohärenz der umweltpolitischen Ziele und die Herstellung eines guten Umweltzustands. Die drei Vorsitze werden bei der Koordinierung in diesem Bereich Hilfestellung leisten.

Bessere Instrumente für die Umweltpolitik

Die drei Vorsitze werden für die Folgemaßnahmen zur Bewertung der Ergebnisse des sechsten Umweltaktionsprogramms und seiner thematischen Strategien sorgen. Dies wird in Verbindung mit der Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 und der Strategie für nachhaltige Entwicklung erfolgen.

Die drei Vorsitze werden mit der Agenda für bessere Rechtsetzung fortfahren und versuchen, den gemeinschaftlichen Besitzstand (Abfälle) weiter zu vereinfachen, eine bessere Um- und Durchsetzung der Unionsvorschriften (Harmonisierung der Kriterien für Umweltinspektionen) zu erreichen sowie neue und bessere Instrumente auszuarbeiten, die dies erleichtern (beispielsweise Berichterstattung mit Hilfe des Gemeinsamen Umweltinformationssystems).

Geplant sind Maßnahmen gegen umweltschädliche Beihilfen, zur Ökologisierung der steuerpolitischen Instrumente und zur Förderung energie- und ressourceneffizienter Erzeugnisse.

-
- ◦

Bei den vorgenannten Themen dürfte es sich um die politischen Instrumente handeln, die für eine Ökologisierung der politischen Maßnahmen erforderlich sind. Um diese vorrangigen Politikbereiche zur Geltung zu bringen, kommt es vor allem darauf an, dass das siebte Umweltaktionsprogramm auf den Weg gebracht wird. Gemeinsam mit der Bewertung und Überarbeitung der Lissabon-Strategie sowie der Bewertung und Weiterentwicklung der Strategie für nachhaltige Entwicklung bietet es eine einmalige Chance, diese Entwicklungen in die richtige Richtung zu lenken.

ALLGEMEINE UND BERUFLICHE BILDUNG, JUGEND, SPORT, KULTUR UND AUDIOVISUELLE MEDIEN

Die allgemeine und berufliche Bildung ist unabdingbare Voraussetzung für die Gewährleistung und Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit, Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, kulturellen Entwicklung, sozialen Eingliederung und damit für größeren wirtschaftlichen Wohlstand. Sie hat einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der langfristigen Ziele der Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung geleistet und wird zweifellos auch im Rahmen der Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 eine wichtige Rolle spielen.

Strategischer Rahmen für die allgemeine und berufliche Bildung für die Zeit bis 2020

Die drei Vorsitze werden dazu beitragen, dass der Zusammenhang zwischen dem neuen strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung (E&T 2020) und der Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 definiert und stärker zur Geltung gebracht wird, wobei sie auch die Aspekte der allgemeinen und beruflichen Bildung, die in keinem direkten Zusammenhang zu Wachstum und Beschäftigung stehen, in vollem Umfang berücksichtigen werden. Dabei wird den Ergebnissen der 2010 vorzunehmenden Bewertung der Fortschritte, den (bis Ende 2010 vorzulegenden) Kommissionsvorschlägen für mögliche Benchmarks in den Bereichen Mobilität und Beschäftigungsfähigkeit und dem (ebenfalls bis Ende 2010 vorzulegenden) Bericht der Kommission über den vom Rat im Mai 2007 angenommenen kohärenten Rahmen von Indikatoren und Benchmarks Rechnung getragen.

Damit faktengestützte Maßnahmen im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung ergriffen werden können, müssen zuverlässige Daten zur Verfügung stehen. Daher verdient der Beitrag der internationalen Bewertungsstudien (PISA, PIRLS usw.) besondere Aufmerksamkeit.

Bei den vier strategischen Zielen (lebenslanges Lernen und Mobilität, Qualität und Effizienz, Gerechtigkeit, sozialer Zusammenhalt und aktiver Bürgersinn sowie Innovation und Kreativität) wird an der offenen Koordinierungsmethode (Indikatoren, Benchmarks, kollegiales Lernen und Austausch von vorbildlichen Vorgehensweisen) festgehalten.

Was das lebenslange Lernen betrifft, so wird die Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) aufmerksam verfolgt; zudem werden flexiblere Lernwege und eine größere Offenheit gegenüber nicht formalen Formen des Lernens geprüft.

Die Synergien zwischen dem Bologna-Prozess für die Hochschulbildung, dem Kopenhagen-Prozess für die Berufsbildung und dem Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung müssen weiter verstärkt werden.

Soziale Dimension der allgemeinen und beruflichen Bildung

Die drei Vorsitze werden der Förderung der Gerechtigkeit, des sozialen Zusammenhalts und des aktiven Bürgersinns besondere Beachtung schenken. Sie werden sich mit der Frage befassen, wie der Zugang frühkindlicher Bildung in gerechter Weise sichergestellt und der vorzeitige Schulabgang bekämpft werden kann und wie integrative Bildungsmaßnahmen für Lernende aus benachteiligten Gruppen gefördert werden können.

2010 ist zum Europäischen Jahr der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgerufen worden, und 2011 wird das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit sein. Beide Themen sind von großer Bedeutung für die allgemeine und berufliche Bildung.

Schulen für das 21. Jahrhundert

Die Schulbildung spielt bei den vorgenannten Fragen eine zentrale Rolle. Die drei Vorsitze werden die Umsetzung der Agenda für die Schulen des 21. Jahrhunderts vorantreiben, insbesondere im Hinblick auf Fragen wie Schulverwaltung und -leitung, Verbesserung der Lehrerausbildung, Vermittlung von Schlüsselkompetenzen und Förderung innovationsfreundlicher Einrichtungen.

Berufsbildung - Kopenhagen-Prozess

Die Berufsbildung (VET) ist eine entscheidende Voraussetzung sowohl für die sozioökonomische Entwicklung als auch für den Fortschritt der Gesellschaft im Allgemeinen.

Ziel bleibt es weiterhin, die gemeinsamen politischen Prioritäten in Europa für die Berufsbildung zu überarbeiten, neu zu formulieren und umzusetzen. In diesem Zusammenhang sind das Europäische Leistungspunktesystem für die Berufsbildung (ECVET) und der Europäische Bezugsrahmen für die Qualitätssicherung in der Berufsbildung (EQARF), die kürzlich verabschiedet worden sind, von höchster Bedeutung. Besondere Aufmerksamkeit wird der Förderung der Erwachsenenbildung, der Antizipation und Erfüllung der Erfordernisse des Arbeitsmarkts, der Verbesserung der Beratungssysteme und der institutionellen Steuerung sowie einer engeren Kooperation zwischen Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung einerseits und Wirtschaft und Industrie andererseits zuteil werden.

Auf der nächsten halbjährlichen Tagung zur Überwachung des Kopenhagen-Prozesses, die unter belgischem Vorsitz stattfindet, wird sich Gelegenheit bieten, die Ergebnisse der Überprüfung des Kopenhagen-Prozesses zu erörtern.

Modernisierung der Hochschulbildung

Am 11. und 12. März 2010 wird in Budapest und Wien eine Ministertagung zur Bewertung der Fortschritte im Rahmen des Bologna-Prozesses stattfinden.

Die Gruppe für die Überwachung des Bologna-Prozesses wird den Auftrag erhalten, das Arbeitsprogramm für 2009-2012 anhand der zuvor in Budapest und Wien vorgelegten Ergebnisse der unabhängigen Bewertung zu überarbeiten. Um Synergien zwischen Hochschulbildung, Forschung und Innovation zu erzielen, wird zudem ein besonderer Schwerpunkt auf die Kohärenz zwischen dem Bologna-Prozess und dem neuen strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung gelegt werden.

Die drei Vorsitze werden an der Umsetzung der Modernisierungsagenda für die europäischen Hochschulen arbeiten, damit sie in der Öffentlichkeit stärker wahrgenommen wird und im Wissensdreieck (Hochschulbildung, Forschung und Innovation) als Katalysator wirken kann.

Außerdem wird vor dem Hintergrund der zunehmenden Globalisierung die Zusammenarbeit von Hochschulen über die Grenzen der Union hinaus gefördert werden.

Halbzeitüberprüfung des Programms für lebenslanges Lernen

Das Aktionsprogramm im Bereich des lebenslangen Lernens läuft 2013 aus. Im Rahmen der 2010 anstehenden Halbzeitüberprüfung werden die Grundzüge des Nachfolgeprogramms zu erörtern sein.

Mobilität ist ein wesentlicher Aspekt des lebenslangen Lernens und ein wichtiges Instrument zur Förderung der Beschäftigungsfähigkeit und Flexibilität. Die Mobilität von Lernenden und Lehrern steht daher weiterhin ganz oben auf der Tagesordnung.

Jugendfragen

Im Anschluss an die Entschließung des Rates über einen erneuerten Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa werden die Vorsitze auf Grundlage der Kommissionsmitteilung *"Eine EU-Strategie für die Jugend – Investitionen und Empowerment"* vom April 2009 Initiativen ausarbeiten. Dabei werden sie den Wert der offenen Koordinierungsmethode in diesem Bereich hervorheben und Initiativen, die die kulturelle und persönliche Entwicklung, soziale Eingliederung, Beschäftigung und Teilhabe junger Menschen fördern, Vorrang einräumen.

Bei der Umsetzung der vorgenannten Ratsentschließung werden die Vorsitze darauf hinwirken, dass Schlussfolgerungen für die besonderen Aktionsfelder, die in dem neuen Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit aufgeführt sind (u.a. allgemeine und berufliche Bildung, Beschäftigung, Kreativität, Unternehmergeist, Gesundheit und Wohlbefinden, Teilhabe, soziale Eingliederung, Freiwilligentätigkeit sowie die Jugend in der Welt), verabschiedet werden. Die Jugenddimension wird auch im Rahmen der Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 zu erörtern sein. Außerdem besteht aus Sicht der Vorsitze ein Zusammenhang zwischen den jugendpolitischen Fragen und den kommenden "Europäischen Jahren", die 2010 der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung und 2011 der Freiwilligentätigkeit gewidmet sind.

Kultur

Kultur ist eine entscheidende Voraussetzung für die Förderung der Toleranz, des Dialogs und des gegenseitigen Verständnisses.

Mit der Annahme der europäischen Kulturagenda im November 2007 hat der Rat einen wichtigen Beitrag zur Weiterentwicklung der Zusammenarbeit im Kultursektor und zur Verbesserung der Kohärenz und Außenwirkung der EU-Maßnahmen in diesem Bereich geleistet. Mit Hilfe der Agenda konnte ein neues, strategisches und horizontales Konzept entworfen werden; zudem dient sie der Förderung der Vielfalt und des interkulturellen Dialogs. Kultur ist darüber hinaus ein Katalysator für Kreativität und Innovation, und die Kultur- und Kreativwirtschaft spielen bei der Bewältigung der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise eine wichtige Rolle.

Die drei Vorsitze werden den Arbeitsplan im Kulturbereich 2008-2010 weiterhin umsetzen und mit Blick auf die Ausarbeitung eines neuen Arbeitsplans für die darauffolgenden Jahre einer Bewertung unterziehen. Dabei werden sie der im Rahmen der offenen Koordinierungsmethode geleisteten Arbeit besondere Aufmerksamkeit schenken.

Die Kultur- und Kreativwirtschaft, insbesondere KMU, tragen in erheblichem Maße zu Wachstum und Beschäftigung sowie zur lokalen und regionalen Entwicklung bei. Ihre Rolle sollte daher im Rahmen der Lissabon-Strategie für die Zeit nach 2010 thematisiert werden.

Das kulturelle Erbe Europas ist besonders reichhaltig und trägt – vor allem durch den Kulturtourismus – zur wirtschaftlichen Anziehungskraft und nachhaltigen Entwicklung der Regionen bei. Es fördert zudem die Entwicklung der Unionsbürgerschaft. Die drei Vorsitze werden daher die Verwirklichung der Initiative "Europäisches Kulturgut-Logo" unterstützen und die Arbeit betreffend die diesbezüglichen Rechtsakte abschließen.

Bei der Vorbereitung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens werden die drei Vorsitze der Vorbereitung der nächsten Phase der EU-Kulturprogramme Beachtung schenken. Zudem werden sie im Rahmen der Tätigkeiten die Ziele der Europäischen Jahre 2010 und 2011 berücksichtigen.

Audiovisuelle Politik

Was die Filmpolitik betrifft, so werden die drei Vorsitze der Überarbeitung der "Kino-Mitteilung" der Kommission von 2001 und den Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates von 2005 zum Filmerbe und zur Wettbewerbsfähigkeit der einschlägigen Industriezweige Aufmerksamkeit widmen; dabei werden sie berücksichtigen, dass die Verbreitung von europäischen Filmen gefördert werden muss.

Die Initiativen der Europäischen Union für kreative Online-Inhalte sind eine solide Grundlage für weitere Maßnahmen zur Förderung der europäischen audiovisuellen und Online-Industrie. Die drei Vorsitze werden sich besonders auf die Entwicklung der Industrie für audiovisuelle Inhalte und die damit verbundenen positiven Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft konzentrieren. Zu den weiteren Themen zählen die Sicherung der Interessen der Rechteinhaber, alternative Methoden für die Verbreitung von audiovisuellen Werken (digitale Verbreitung, E-Kino) sowie digital verbreitete kulturelle und kreative Inhalte.

Die drei Vorsitze werden sich ferner mit dem Sachstandsbericht und mit den Aussichten für den Aufbau der Europäischen Digitalen Bibliothek EUROPEANA sowie mit dem Problem der langfristigen Bewahrung des digital verbreiteten europäischen Kulturerbes befassen. Sie werden sich dafür einsetzen, dass die Zusammenarbeit auf europäischer Ebene mit dem Ziel fortgesetzt wird, das Bewusstsein für den drohenden Verlust zu schärfen und angemessene Lösungen zu finden.

Sport

Die drei Vorsitze werden die gesellschaftliche Rolle des Sports in den Mittelpunkt stellen, die im diesbezüglichen Weißbuch der Kommission ausführlich beschrieben wird. Dabei werden sie sich – unter Berücksichtigung der EU-Leitlinien für körperliche Aktivität, die von den EU-Sportministern im November 2008 verabschiedet wurden – mit dem gesundheitlichen Nutzen körperlicher Bewegung befassen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Förderung eines gemeinsamen Vorgehens der Mitgliedstaaten im Kampf gegen Doping.

Im Rahmen des Europäischen Jahres der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung 2010 und des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit 2011 werden die drei Vorsitze die Anerkennung der Möglichkeiten fördern, die der Sport im Hinblick auf die soziale Eingliederung, die Armutsbekämpfung und die Freiwilligentätigkeit bietet.

Des Weiteren wird es darum gehen, die strategischen Grundsätze, Ziele und Kriterien des künftigen sportpolitischen Programms auf der Grundlage des Weißbuchs "Sport" und unter Berücksichtigung der besonderen Merkmale des Sports festzulegen und die positiven Auswirkungen des Sports auf die mentale und körperliche Gesundheit der Bevölkerung, den sozialen Zusammenhalt und die Wirtschaft zur Geltung zu bringen.

LANDWIRTSCHAFT

Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2013

Auf Grundlage der im Rahmen des Gesundheitschecks verabschiedeten Schlussfolgerungen zur derzeitigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und mit Blick auf die Aussprache über den nächsten Finanzrahmen werden die Beratungen über die Ziele und neuen Herausforderungen für die künftige GAP intensiviert werden; dabei wird insbesondere die für 2010 angekündigte Kommissionsmitteilung, mit der eine öffentliche Debatte angestoßen werden soll, als Grundlage herangezogen.

Besondere Beachtung wird der Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen, in erster Linie des Wassers, geschenkt, in der Erkenntnis, dass Wasser für die landwirtschaftliche Erzeugung strategische Bedeutung hat und zwischen ihm und dem Klimawandel ein Zusammenhang besteht.

Milchsektor

Die Lage auf dem Milchmarkt wird während der gesamten Amtszeit der drei Vorsitze weiterhin ein großes Problem darstellen. Vor diesem Hintergrund werden die Vorsitze dem Kommissionsbericht über die Entwicklung der Marktlage und die sich daraus ergebenden Bedingungen für ein reibungsloses allmähliches Auslaufen der Milchquotenregelung, dem gegebenenfalls entsprechende Vorschläge beizufügen sind, besondere Beachtung schenken. Gebührende Beachtung wird auch den Beratungen der von der Kommission eingesetzten hochrangigen Gruppe über die mittel- und langfristigen Perspektiven zuteil werden.

Qualität der landwirtschaftlichen Erzeugnisse

Die Vorsitze werden auf eine Einigung über die vorgeschlagenen Gesetzgebungsakte für Produktnormen, Bewirtschaftungsaufgaben und Qualitätsregelungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse hinarbeiten.

Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Verarbeitungs- und Nahrungsmittelindustrie

Des Weiteren werden die drei Vorsitze vorrangig die Initiativen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen landwirtschaftlichen Verarbeitungs- und Nahrungsmittelindustrie fördern und voranbringen.

Entwicklung des ländlichen Raums

Was die neue Abgrenzung der benachteiligten Gebiete betrifft, so werden die drei Vorsitze die einschlägige Mitteilung weiterverfolgen und mit der Arbeit an einem Gesetzgebungsvorschlag beginnen, der im zweiten Halbjahr 2010 unterbreitet werden soll.

Im Einklang mit dem ersten Aktionsprogramm zur Umsetzung der Territorialen Agenda sind Arbeiten in Bezug auf die obligatorischen Angaben zum Stand der Durchführung dieses Programms im Verlauf des Jahres 2010 erforderlich.

Forstwirtschaft

Die Vorsitze werden bestrebt sein, eine Einigung über den Vorschlag für eine Verordnung über die Verpflichtungen von Marktteilnehmern, die Holz und Holzzeugnisse in Verkehr bringen, zu erreichen.

Vereinfachung

Die drei Vorsitze werden der weiteren Vereinfachung des EU-Rechts weiterhin besondere Aufmerksamkeit schenken. Dabei werden sie der Cross-Compliance und dem Aspekt, dass die Vereinfachung nicht nur den europäischen und nationalen/regionalen Behörden, sondern auch und vor allem den Erzeugern zugute kommt, besondere Aufmerksamkeit widmen.

Kohärenz

Bei ihrer Arbeit werden die Vorsitze besonderen Wert auf Kohärenz und Synergien zwischen der Umweltpolitik und der GAP (vor allem in Bezug auf die "neuen Herausforderungen" im Zusammenhang mit dem Gesundheitscheck), zwischen der territorialen Politik und der GAP sowie zwischen der Politik in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovation und der GAP legen. Darüber hinaus werden sie versuchen, die strategischen Ziele für die Entwicklung des ländlichen Raums in vollem Umfang in die GAP einzubeziehen.

WTO/DDA-Verhandlungen

Die drei Vorsitze werden den Fortgang dieser Verhandlungen aufmerksam verfolgen, unter besonderer Beachtung des Kapitels Landwirtschaft; eine mögliche endgültige Einigung in diesem Bereich sollte sich gegebenenfalls im Rahmen der GAP-Reform von 2003 bewegen, ausgewogen sein und die Interessen der EU-Landwirte wahren.

Die Vorsitze werden ferner die Arbeit betreffend die Überarbeitung der Verordnungen einleiten, die auf Grundlage der letztendlichen Ergebnisse der DDA-Verhandlungen möglicherweise geändert werden müssen.

POSEI-Verordnung

Die Kommission wird voraussichtlich einen Bericht über die Durchführung der POSEI-Verordnung vorlegen, dem sie möglicherweise Gesetzgebungsvorschläge beifügen wird. Die Vorsitze werden die Prüfung des genannten Berichts vornehmen und die Arbeit an etwaigen Gesetzgebungsvorschlägen einleiten.

Tiergesundheit und Tierschutz

Die drei Vorsitze fassen einen Nachfolgeplan zum Aktionsplan zur Umsetzung der Tiergesundheitsstrategie (2007-2013) ins Auge. Zudem wird die Arbeit am vorgeschlagenen einheitlichen EU-Tiergesundheitsrecht beginnen.

Die Beratungen über den Vorschlag betreffend den Schutz von Tieren beim Transport werden vorangebracht werden. Die Vorsitze werden möglicherweise mit der Arbeit an einem Gesetzgebungsvorschlag betreffend die Angabe von Tierschutzindikatoren auf Lebensmitteln beginnen.

Pflanzenschutz

Die drei Vorsitze begrüßen die Initiative zur Überarbeitung des Rechtsrahmens für den Pflanzenschutz. Ein Bericht über die Bewertung der geltenden Rechtsvorschriften wird die Grundlage für künftige Erörterungen bilden.

GVO

Die Vorsitze werden sicherstellen, dass Erörterungen im Anschluss an den Bericht über die Bewertung der sozio-ökonomischen Auswirkungen des Inverkehrbringens von GVO, den die Kommission bis Juni 2010 unterbreiten wird, stattfinden werden.

Derzeit werden beide Rechtsakte über GVO (die Verordnung 1829/2003 und die Richtlinie 2001/18) einer externen Überprüfung unterzogen, deren Ergebnisse voraussichtlich Mitte 2010 vorliegen werden. Möglicherweise werden in Anschluss daran Gesetzgebungsvorschläge vorgelegt.

Hygienepaket

Der Bericht zur Wirksamkeit und Kohärenz der sanitären und phytosanitären Kontrollen bei der Einfuhr von Lebensmitteln, Futtermitteln, Tieren und Pflanzen wird geprüft, und gegebenenfalls wird mit der Arbeit an etwaigen sich hieraus ergebenden Gesetzgebungsvorschlägen begonnen.

Drittländer

Die drei Vorsitze haben beschlossen, dass sie für mehrere Untergruppen der Potsdam-Gruppe jeweils nur einen einzigen Vorsitzenden für den gesamten Achtzehnmonatszeitraum ernennen wollen.

Die geltenden Rechtsvorschriften über die Einfuhr von lebenden Tieren und Erzeugnissen tierischen Ursprungs werden überprüft. In diesem Zusammenhang sehen die Vorsitze einem Bericht der Kommission über die Anwendung der EU-Vorschriften für die Herstellung der Einfuhrerzeugnisse, in dem sie insbesondere der Frage nachgeht, ob sich die Erzeuger in den Drittländern an die Auflagen der EU in Bezug auf Tiergesundheit, öffentliche Gesundheit und Tierschutz halten, mit Interesse entgegen.

FISCHEREI

Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik

Die drei Vorsitze werden der Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) höchsten Vorrang einräumen. Während des Achtzehnmonatszeitraums werden einige entscheidende Schritte bei dem Reformprozess (Folgenabschätzung, Schlussfolgerungen des Rates, erste Gesetzgebungsvorschläge) unternommen.

Reform der Gemeinsamen Marktorganisation für Erzeugnisse der Fischerei und der Aquakultur

Die Vorsitze werden die Arbeit betreffend die Reform der Gemeinsamen Marktorganisation einleiten und vorantreiben; die Kommission will ihren diesbezüglichen Vorschlag gleichzeitig mit ihrem Vorschlag zur Reform der GFP vorlegen.

Umsetzung der Aquakulturstrategie

Entsprechend den Schlussfolgerungen des Rates über die nachhaltige Entwicklung der Aquakultur in der Gemeinschaft werden die Vorsitze die Überarbeitung der Aquakulturstrategie in Angriff nehmen.

TAC und Quoten für 2011

Die drei Vorsitze messen der alljährlich erfolgenden Festlegung der TAC und Quoten große Bedeutung bei. Die bilateralen und multilateralen Verhandlungen (auch über das Abkommen mit Norwegen), die für den Fischereisektor der EU eminent wichtig sind, werden in den letzten Monaten des Jahres 2010 ebenfalls oben auf der Tagesordnung stehen.

Mehrjährige Bewirtschaftungs- und Wiederauffüllungspläne

Die drei Vorsitze werden einigen mehrjährigen Bewirtschaftungs- und Wiederauffüllungsplänen, darunter auch der Bewertung des Bewirtschaftungsplans für die Fischereien auf Scholle und Seezunge in der Nordsee, besondere Aufmerksamkeit schenken.

JUSTIZ UND INNERES

Nach dem Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon wird im Rat ein Ständiger Ausschuss für die operative Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit eingesetzt. Die drei Vorsitze werden sicherstellen, dass dieses neue Gremium aufgrund seiner Struktur und seines Wirkens einen effizienten Beitrag zur Stärkung der inneren Sicherheit der EU leisten wird.

In diesem Zusammenhang werden die drei Vorsitze ihr Möglichstes tun, um die Durchführung des Stockholmer Programms sicherzustellen, und es wird alles daran gesetzt, dass der Aktionsplan im ersten Halbjahr 2010 angenommen werden kann.

INNERES

Asyl und Einwanderung

Der Europäische Rat wird einmal jährlich eine Aussprache über die Einwanderungs- und Asylpolitiken führen, um die Umsetzung des Europäischen Pakts zu Einwanderung und Asyl wie auch die damit zusammenhängenden Aspekte des Stockholmer Programms zu überprüfen, und für die Arbeiten in diesem Bereich fortlaufende strategische Leitlinien zur Verfügung zu stellen.

Legale Einwanderung

Eine gut gesteuerte legale Migration und eine wirksame Abstimmung zwischen Arbeitsmarktnachfrage und -angebot auf der Grundlage des Bedarfs der Zielarbeitsmärkte werden weiterhin gefördert. Es müssen Synergien zwischen Migration und Entwicklung geschaffen werden.

Vorangetrieben werden daher die Beratungen über die noch offenen Aspekte des Strategischen Plans zur legalen Zuwanderung - einzige Genehmigung, Saisonarbeitnehmer, innerbetrieblich Auszubildende; ferner wird die Durchführung der bestehenden Richtlinien evaluiert.

Integration von Drittstaatsangehörigen

Weiterhin werden Anstrengungen unternommen, um Praktiken, die sich im Rahmen der Integrationspolitiken bewährt haben, untereinander auszutauschen. Darüber hinaus wird Maßnahmen, die in den Bereichen Aus- und Fortbildung und Anerkennung von Qualifikationen und Fähigkeiten erforderlich sind, sowie einer aktiven Arbeitsmarktpolitik besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Illegale Einwanderung

Die EU hat sich auf höchster politischer Ebene verpflichtet, den Kampf gegen die illegale Einwanderung und den Menschenhandel fortzusetzen. Diese Verpflichtungen werden im Hinblick auf alle relevanten Politikbereiche vorangetrieben: Entwicklung des Integrierten Grenzmanagements für die Außengrenzen, auch unter Sondierung der durch neue Technologien gebotenen Möglichkeiten, Stärkung der Rolle von FRONTEX, Weiterentwicklung einer effizienten und nachhaltigen Rückführungs- und Wiederaufnahmepolitik unter uneingeschränkter Wahrung der Menschenrechte sowie Bekämpfung der illegalen Beschäftigung. Darüber hinaus werden neue Wege zur Maximierung der Wirksamkeit der bestehenden EU-Rechtsinstrumente ausgelotet, um die operative Zusammenarbeit zu stärken und Synergien im Rahmen einer integrierten EU-Strategie der inneren Sicherheit zu entwickeln.

Besondere Aufmerksamkeit wird auch unbegleiteten Minderjährigen – im Rahmen eines globalen Konzepts mit Präventiv- und Schutzmaßnahmen – sowie der nachhaltigen Rückführung in das Herkunftsland unter Wahrung des Kindeswohls zukommen.

Visumpolitik

Die Einführung des Visa-Informationssystems (VIS) hat weiterhin Vorrang. Die konsularische Zusammenarbeit vor Ort wird weiter gefördert; ferner werden die Möglichkeiten zur Einrichtung gemeinsamer Visumantragszentren geprüft. Die Evaluierung der Visumerleichterungsabkommen wird als eine Priorität betrachtet.

Schengen-Raum

Der weitere Auf- und Ausbau des Schengen-Raums im Einklang mit den bestehenden Kriterien wird nicht nur die Sicherheit in diesem Raum erhöhen, sondern es auch mehr europäischen Bürgern als bisher ermöglichen, in den Genuss der Freizügigkeit zu kommen. Die abschließende Entwicklung und erfolgreiche Einführung des Schengener Informationssystems der neuen Generation sind dafür unabdingbare Voraussetzung. Die Beratungen über eine Verbesserung des Schengen-Bewertungsprozesses werden fortgesetzt.

Internationaler Schutz

Die Beratungen über die legislativen Maßnahmen, die der Einführung der zweiten Phase des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) dienen – mit Letzterem soll ein gemeinsames Asylverfahren und ein einheitlicher ambitionierter Status für diejenigen geschaffen werden, die internationalen Schutz genießen – werden auch weiterhin Vorrang haben. Ein Schwerpunkt wird ferner die Stärkung der praktischen Zusammenarbeit, auch durch Einrichtung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen, sein. Solidarität bei der Verwaltung der Schutzsysteme, sowohl zwischen den Mitgliedstaaten als auch gegenüber Drittländern, ist weiterhin eine Säule des GEAS bei gleichzeitiger Wahrung des Grundsatzes der freiwilligen Beteiligung.

Zusammenarbeit mit Drittländern im Rahmen des Gesamtansatzes der EU

Der Gesamtansatz zur Migrationsfrage ermöglicht neue Formen des Dialogs und der Zusammenarbeit mit Drittländern in diesem Bereich und trägt zur Förderung von Synergien zwischen Migration und Entwicklung bei. Die EU wird weiterhin auf eine effiziente und ausgewogene Umsetzung des Gesamtansatzes und die Weiterentwicklung seiner drei Hauptkomponenten hinwirken. Dementsprechend wird die Durchführung des Gesamtansatzes im Süden, Osten und Südosten der EU fortgesetzt. Die EU wird ferner einen verbesserten, strukturierten und umfassenden Dialog mit Lateinamerika und der Karibik zu Migrationsfragen führen.

Strategie der inneren Sicherheit

Die drei Vorsitze werden an einer multidimensionalen nachhaltigen EU-Strategie der inneren Sicherheit arbeiten, die den derzeitigen Stand, die künftigen Herausforderungen und die strategischen Maßnahmen der EU in diesem Bereich widerspiegelt. Diese Strategie wird die wichtigsten prioritären Politikbereiche, die bei der Zusammenarbeit der EU für die Zwecke der Strafverfolgung zum Tragen kommen, erfassen. Eine konkrete vorrangige Maßnahme wird die Entwicklung des Europäischen Modells für kriminalpolizeiliche Verfahren (ECIM) sein.

Terrorismusbekämpfung

Die Bekämpfung des Terrorismus in all seinen Erscheinungsformen – unter gleichzeitiger Wahrung der Menschenrechte und des Völkerrechts bei allen internationalen Arbeiten betreffend die Terrorismusbekämpfung – ist auch weiterhin eine oberste Priorität der EU. Die drei Vorsitze werden sich auf die Durchführung der EU-Strategie und des EU-Aktionsplans zur Terrorismusbekämpfung sowie auf die Entwicklung der multidisziplinären Reaktion auf den Terrorismus, die operative Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten, die Zusammenarbeit zwischen europäischen Stellen wie Europol und Eurojust und die Zusammenarbeit mit wichtigen Drittländern konzentrieren. Besondere Aufmerksamkeit wird auf der Grundlage der EU-Strategie und des EU-Aktionsplans den Phänomenen der Radikalisierung und der Anwerbung geschenkt. Zu den Zielen der drei Vorsitze werden auch Maßnahmen zur Bekämpfung des Missbrauchs des Internets zu terroristischen Zwecken und zur Verbesserung der Sicherheit von Sprengstoffen sowie die Koordinierung des Austauschs und der Analyse von Informationen und Erkenntnissen über den Terrorismus gehören.

Bekämpfung des Menschenhandels

Die Bekämpfung des Menschenhandels wird weiterhin eine wichtige Priorität sein. Ausgehend von den Ergebnissen der Evaluierung des EU-Aktionsplans zur Bekämpfung des Menschenhandels werden die drei Vorsitze neue Leitlinien für Maßnahmen vorschlagen; sie werden dabei allen Formen der Ausbeutung Rechnung tragen und den Schwerpunkt insbesondere auf äußerst schutzbedürftige Opfer legen.

Drogenbekämpfung

Die drei Vorsitze werden die Umsetzung des EU-Drogenaktionsplans 2009-2012 fortführen. Sie bekräftigen die Bedeutung eines multidisziplinären, umfassenden und ausgewogenen Konzepts, das auf die Prävention sowie auf die Bekämpfung der Drogengrundstoffe, der illegalen Herstellung von Drogen und des illegalen Handels mit Drogen abzielt. Darüber hinaus werden die drei Vorsitze neue Wege für eine effizientere und koordinierte Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung mit Blick auf die Bekämpfung des illegalen Drogenhandels sondieren.

Was die internationale Zusammenarbeit betrifft, so wird dasselbe Konzept angewandt. Schwerpunkt wird dabei eine verstärkte Zusammenarbeit mit wichtigen Drittländern im Mittelmeerraum, im westlichen Balkan, in Westafrika, Lateinamerika und Zentralasien sein, um so gegen den Handel mit Vorläufersubstanzen und Drogen vorzugehen.

Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden

Die drei Vorsitze werden die operative Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden und den europäischen Stellen, wie z.B. Europol, intensivieren. In diesem Zusammenhang wird alles daran gesetzt, um die reibungslose Anpassung der Europol-Arbeitsmethoden an den neuen gesetzlichen Rahmen sicherzustellen.

Die drei Vorsitze werden die Möglichkeiten zur Verbesserung des derzeitigen rechtlichen Rahmens der EU für die Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung, insbesondere für die Zusammenarbeit in den Grenzregionen, ausloten. Der Ausbau der praktischen Zusammenarbeit wird auf der Grundlage der Prümer Beschlüsse gefördert. Erfahrungen und bewährte Praktiken bei der Arbeit mit Gemeinsamen Polizei- und Zollzentren sollten auch weiterhin ausgetauscht werden, und es könnten Mindeststandards für die Arbeitsweise dieser Zentren erarbeitet werden. In dieser Hinsicht werden die drei Vorsitze versuchen, die Interoperabilität zwischen den für die Strafverfolgung eingesetzten Funkkommunikationssystemen zu verbessern. Das Europäische Netzwerk der für Technologien im Bereich der inneren Sicherheit zuständigen Ressorts wird in vollem Umfang genutzt werden.

Die Förderung gemeinsamer polizeilicher Fortbildungsmaßnahmen und die Entwicklung einer europäischen Polizeikultur werden auch künftig angestrebt; in diesem Zusammenhang wird, was die eigentlichen Aufgaben der EPA betrifft, auch weiterhin auf eine effiziente Arbeitsweise und Organisation hingewirkt.

Im Hinblick auf die Sicherheit bei Fußballspielen mit internationaler Dimension werden die drei Vorsitze das laufende Arbeitsprogramm evaluieren und ein neues Arbeitsprogramm für 2011-2013 ausarbeiten. Sie werden ferner an einer Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den in den Mitgliedstaaten für den privaten Sicherheitssektor verantwortlichen Behörden, die Einführung von Maßnahmen zur Verbesserung der Zusammenarbeit betreffend den Schutz von Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sowie die Ermittlung bewährter Praktiken zwischen den Netzen europäischer Verbindungsbeamter arbeiten.

Die Durchführung der EU-Strategie für die Zusammenarbeit im Zollwesen innerhalb des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts wird durch Vorlage eines neuen Aktionsplans für die Zusammenarbeit im Zollwesen fortgesetzt.

Kriminalprävention und Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität

Die drei Vorsitze haben sich zur Fortführung der Zusammenarbeit im Bereich der Kriminalprävention verpflichtet. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der Prävention und Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Förderung von Methoden zur gewaltlosen Konfliktbeilegung, mit denen Gewalt vorgebeugt und/oder ausgleichend auf Beziehungen eingewirkt werden soll. Der Durchführung der Richtlinie über den strafrechtlichen Schutz der Umwelt sollte besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Die Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität erfordert ein multidisziplinäres, erkenntnisgestütztes Konzept, das es gestattet, langfristig effizientere Ergebnisse zu erzielen. In diesem Zusammenhang wird ein Mehrwert bei der Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der organisierten Kriminalität (OCTA), auch durch Entwicklung des diesbezüglichen regionalen Ansatzes, angestrebt.

Die drei Vorsitze werden die konzertierte Arbeitsstrategie und die konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung der Cyberkriminalität weiter umsetzen. Besondere Aufmerksamkeit wird der Bekämpfung aller Arten des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet geschenkt.

Das Aufspüren und Abschöpfen von durch Straftaten erlangten Vermögensgegenständen sowie die Bekämpfung der Geldwäsche haben weiterhin hohe Priorität. Das Thema Identitätsbetrug wird ein besonderer Schwerpunkt sein; in diesem Zusammenhang werden Initiativen im Hinblick auf die Überprüfung der Echtheit von Ausweispapieren auf europäischer Ebene ergriffen werden. Schließlich werden Überlegungen betreffend die neuen sozio-ökonomischen Kreise, in denen die organisierte Kriminalität an Einfluss gewonnen hat und die erhebliche Auswirkungen auf den Alltag unserer Bürger haben, eingeleitet.

Informationsaustausch

Die Entwicklung einer globalen und kohärenten langfristigen EU-Politik betreffend den Informationsaustausch zum Zwecke der Strafverfolgung wird unter uneingeschränkter Wahrung des Datenschutzes fortgesetzt. Anstrengungen werden unternommen, damit die im Rahmen der Strafverfolgung bestehenden nationalen und europäischen Informationssysteme effizienter genutzt werden und so Überschneidungen vermieden und Kosten und Potenziale für die Endnutzer optimiert werden können. Die Einrichtung einer Agentur zur Verwaltung von IT-Großanlagen wird als Priorität betrachtet.

Die drei Vorsitze werden versuchen, ein operatives SIS II innerhalb des vereinbarten Zeitrahmens zu lancieren und durchzuführen, und sie werden an der Umsetzung des "schwedischen" Rahmenbeschlusses und der Prüm-Beschlüsse mit Blick auf den Beginn des EU-weiten automatisierten Datenaustauschs spätestens im August 2011 arbeiten.

Katastrophenschutz

Die drei Vorsitze werden die Arbeiten zur Verbesserung der Abwehrkapazitäten bei Katastrophen und Krisen sowohl in der EU als auch in Drittländern fortsetzen und dabei für ein ausreichendes Gleichgewicht zwischen Prävention, Vorsorge und Abwehr sorgen. In dieser Hinsicht werden die drei Vorsitze Folgemaßnahmen aufgrund der beiden Mitteilungen der Kommission zur Verstärkung der Reaktionsfähigkeit der Union im Katastrophenfall sowie der Mitteilung der Kommission über ein EU-Konzept zur Prävention von natürlichen und vom Menschen verursachten Katastrophen ergreifen.

Alle Initiativen betreffend die Aus- und Weiterbildung werden sorgfältig verfolgt; besondere Schwerpunkte werden die Durchführung und Entwicklung von Katastrophenschutzmodulen und die Verstärkung des Beobachtungs- und Informationszentrums für den Katastrophenschutz (MIC) im Rahmen des Katastrophenschutzverfahrens sein. Die drei Vorsitze werden auch Arbeiten im Bereich Prävention durchführen. Ferner wird der Vorsitz der Evaluierung des Katastrophenschutzverfahrens und des Finanzierungsinstruments, mit der während der Amtszeit der nächsten drei Vorsitze begonnen wird, besondere Aufmerksamkeit schenken.

In diesem Kontext wird die Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen fortgesetzt. Während der drei Vorsitze werden die Fortschritte in Bezug auf die einzelnen Aspekte des Europäischen Programms für den Schutz kritischer Infrastrukturen (EPSKI) beobachtet, und es wird den CBRN-Bedrohungen und der Prävention von Waldbränden besondere Beachtung geschenkt.

JUSTIZIELLE ZUSAMMENARBEIT

Praktische justizielle Zusammenarbeit

Was die **Querschnittsthemen im Bereich Justiz** betrifft, so werden die drei Vorsitze den Schwerpunkt auf den Schutz und die Förderung von **Grundrechten**, den Schutz personenbezogener Daten, die **E-Justiz** und die **Fortbildung von Richtern, Staatsanwälten und Justizbediensteten** legen.

Die Förderung der **Grundrechte** und -freiheiten innerhalb der EU und in ihren Außenbeziehungen ist ein charakteristisches Ziel der Union. Die drei Vorsitze werden durch Förderung einer engen Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und der Kommission zur Erlangung dieses Ziels beitragen. Sie werden sich ferner bemühen, die Mechanismen der Zusammenarbeit zwischen der Agentur für Grundrechte und den EU-Organen zu verbessern. Der zügige Beitritt der EU zur Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten ist eine Priorität für die drei Vorsitze.

Die EU sollte für den **Schutz personenbezogener Daten**, insbesondere bei der Ausgestaltung einer globalen Strategie für Informationssysteme im Bereich der inneren Sicherheit, einen proaktiven und konsequenten Ansatz erarbeiten.

In Anerkennung der Bedeutung der Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien im Bereich Justiz sind die drei Vorsitze entschlossen, die in dem **E-Justiz-Aktionsplan 2009-2013** enthaltenen Projekte voranzutreiben und unter Berücksichtigung ihres offenen Charakters ggf. zusätzliche Projekte zu lancieren. Eine Bewertung der Tätigkeiten der Durchführungsstelle sollte vor Juni 2011 erfolgen. Dementsprechend werden Projekte wie z.B. die Vernetzung der Testamentsregister und die Fortbildung von Rechtspraktikern lanciert. Die Beratungen über die Zustellung von gerichtlichen und außergerichtlichen Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen, die Prozesskostenhilfe, das europäische Mahnverfahren sowie das Verfahren für geringfügige Forderungen sollten in Angriff genommen werden. Darüber hinaus wird auch dem Querschnittsthema Übersetzung und Verdolmetschung Beachtung geschenkt werden.

Die drei Vorsitze werden die Durchführung der allgemeinen Leitlinien, wie sie von den Mitgliedstaaten in der Entschließung zur Weiterbildung von Richtern, Staatsanwälten und Justizbediensteten akzeptiert wurden, fördern. Insbesondere zielen die drei Vorsitze auf die Entwicklung einer effizienten Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Netz für die Aus- und Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten (EJTN) und den zuständigen nationalen Aus- und Fortbildungszentren ab.

Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen

Der Grundsatz der **gegenseitigen Anerkennung** von Entscheidungen in Strafsachen ist der Eckpfeiler der justiziellen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten. Hier wird der Schwerpunkt auf die Verbesserung der unmittelbaren justiziellen Zusammenarbeit, insbesondere durch eine verstärkte Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung bei der Beweisaufnahme im Strafverfahren, auf die Durchführbarkeit eines allgemeinen Rechtsinstruments, das die Europäische Beweisanordnung ersetzt (möglicherweise "Europäischer Ermittlungsbefehl" genannt), bzw. auf die Zulassung von in einem anderen Mitgliedstaat erhobenen Beweismitteln gelegt.

Darüber hinaus werden die drei Vorsitze sich auch mit einer Verbesserung hinsichtlich der Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung auf den Austausch von Informationen aus dem Strafregister, mit der Annäherung des Strafprozessrechts, der Zusammenarbeit zwischen Justizbehörden hinsichtlich der Verfahrensführung sowie dem Schutz von schutzbedürftigen Personen und dem Opferschutz befassen.

Um die justizielle Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten zu erleichtern, werden die drei Vorsitze darauf hinarbeiten, den Austausch von Informationen aus dem Strafregister durch Einführung eines Europäischen Registers für verurteilte Drittstaatsangehörige zu intensivieren, und Möglichkeiten prüfen, Informationen über in anhängigen Strafverfahren erlassene Überwachungsmaßnahmen sowie über nichtrechtskräftige Urteile auszutauschen.

Die drei Vorsitze werden ferner die Annäherung der prozessrechtlichen Vorschriften vorantreiben, die ein wichtiges Element für mehr gegenseitiges Vertrauen und für die Erleichterung der gegenseitigen Anerkennung darstellt. Die Arbeiten sollten sich auf die Verbesserung des rechtlichen Rahmens konzentrieren, und zwar durch Annahme von Rechtsinstrumenten, mit denen gemeinsame Mindeststandards in Bezug auf Verfahrensrechte und Garantien für den Einzelnen im Strafverfahren festgelegt werden, sowie durch Überarbeitung des Rahmenbeschlusses des Rates vom 15. März 2001 über die Stellung des Opfers im Strafverfahren (2001/220/JI).

Die drei Vorsitze werden im Lichte der Rechtsprechung des Gerichtshofes weiterhin an der Ausarbeitung gemeinsamer Vorschriften über den Grundsatz *ne bis in idem* arbeiten.

Die drei Vorsitze werden einen neuen rechtlichen Rahmen ausarbeiten, der die Übertragung von Strafverfahren von einem Mitgliedstaat auf einen anderen ermöglicht.

Die drei Vorsitze werden auf eine Verbesserung des Rechtsrahmens für den Schutz von Kindern hinwirken und einen Aktionsplan gegen sexuelle Ausbeutung von Kindern und gegen Kinderpornografie erstellen.

Schwerpunkt wird die Hilfe für Opfer sein, u.a. für Opfer des Terrorismus sowie für Opfer geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt. Dementsprechend werden die Beratungen über einen europäischen Rechtsrahmen fortgeführt, mit dem alle Hindernisse, die einer wirksamen Durchführung von Schutzmaßnahmen in der gesamten EU entgegenstehen, beseitigt werden sollen, damit bedrohte Opfer ungeachtet ihres Wohnsitzes den notwendigen Schutz erhalten. Im Einklang mit dem Stockholmer Programm werden die drei Vorsitze die Arbeiten betreffend einen Europäischen Schutzbefehl vorantreiben.

Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen

Für die drei Vorsitze wird das Familienrecht als ein das alltägliche Leben der Unionsbürger betreffender entscheidender Bereich im Mittelpunkt stehen. Die Beratungen über die Harmonisierung der Kollisionsnormen betreffend die gerichtliche Zuständigkeit und das anwendbare Recht werden fortgesetzt. Ferner wird an anderen Aspekten des Familienrechts gearbeitet, insbesondere an der Annahme einer Verordnung betreffend die ehelichen Güterstände sowie an einer Verordnung über das anwendbare Recht und die gerichtliche Zuständigkeit in Scheidungssachen.

Die Beratungen betreffend die Verordnung über Testamente und Erbrechtssachen werden vorangetrieben.

Darüber hinaus werden die Arbeiten zur Weiterentwicklung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung fortgeführt. Dabei räumen die drei Vorsitze der Überarbeitung der Verordnung 44/2001/EG Priorität ein, wobei die Abschaffung des Exequaturverfahrens für Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen den Schwerpunkt bilden wird. Schließlich werden die Vorsitze daran arbeiten, die grenzüberschreitende Vollstreckung von in einem Mitgliedstaat ergangenen Entscheidungen in einem anderen Mitgliedstaat zu verbessern, insbesondere durch Analyse der Verfahren zur Pfändung von Bankkonten.

Außenbeziehungen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Die drei Vorsitze werden auf die Förderung der externen Dimension des Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts hinwirken.

Was die **thematischen Prioritäten** betrifft, so sind die drei Vorsitze entschlossen, die Anstrengungen der vorhergehenden Vorsitze in den Bereichen Einwanderung, Terrorismusbekämpfung, Kampf gegen organisierte Kriminalität, justizielle Zusammenarbeit in Zivil- und in Strafsachen sowie Stärkung und Schutz von Grundrechten fortzusetzen. Ferner wird die Zusammenarbeit zwischen Europol, Eurojust und Drittländern intensiviert werden.

Was die **geografischen Prioritäten** betrifft, so wird der Zusammenarbeit mit Bewerberländern, westlichen Balkanstaaten und an der Europäischen Nachbarschaftspolitik bzw. der Östlichen Partnerschaft beteiligten Staaten besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Der strategische Dialog EU-USA, die Partnerschaft mit Russland, der Dialog und die Zusammenarbeit mit Afrika, der verbesserte, strukturierte und umfassende Dialog mit Lateinamerika und der Karibik sowie die Zusammenarbeit mit asiatischen Ländern werden unter den drei Vorsitzen weiterhin Priorität haben.

Die drei Vorsitze werden versuchen, die Koordinierung des Standpunkts der EU in allen internationalen Organisationen zu verbessern.

AUSSENBEZIEHUNGEN

Die Schaffung des neuen Amtes eines Hohen Vertreters und die Einrichtung des Europäischen Auswärtigen Dienstes werden das außenpolitische Handeln der EU in starkem Maße verbessern. Von entscheidender Bedeutung wird es sein, Anfang 2010 eine Einigung betreffend den Beschluss über die Organisation und die Arbeitsweise des EAD zu erzielen. Die Union wird weiterhin im Rahmen der Europäischen Sicherheitsstrategie arbeiten, wobei neuen Bedrohungen, wie den mit dem Klimawandel und der Energieversorgungssicherheit zusammenhängenden Bedrohungen, besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Krisenbewältigung

Die EU wird die GSVP weiterhin in all ihren Komponenten verstärken, damit die Union ihre Rolle als globaler und autonomer Akteur in den Bereichen Konfliktverhütung, Krisenreaktion, Krisenbewältigung und Konfliktnachsorge unter besonderer Berücksichtigung der zivil-militärischen Synergien noch besser wahrnehmen kann. Im Hinblick auf die Verbesserung der Wirksamkeit der Krisenbewältigung werden neue Wege der Zusammenarbeit, einschließlich multinationaler Lösungen, wie z.B. gemeinsame Nutzung von Ressourcen, Aus- und Fortbildungsmaßnahmen und Logistik, sowie neue Möglichkeiten nach dem Lissabonner Vertrag gefördert.

Besondere Aufmerksamkeit wird der Umsetzung der zivilen und militärischen Planziele gelten, und die Verbesserung der Krisenreaktionsfähigkeit der EU wird eine Priorität sein. Neue Möglichkeiten für die Entwicklung ziviler Fähigkeiten werden weiter ausgelotet, und die Tätigkeit der Europäischen Verteidigungsagentur wird im Hinblick auf die Fähigkeitenentwicklung weiter ausgebaut.

Die EU wird sich um eine enge Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, der NATO, der OSZE, der AU und anderen internationalen und regionalen Organisationen bemühen. Besondere Aufmerksamkeit wird der weiteren Verbesserung der Beziehungen zur NATO auf politisch-strategischer Ebene, auch im Hinblick auf die Entwicklung von Fähigkeiten, gewidmet.

Die Vorsitze werden eine Bilanz der Fortschritte der letzten zehn Jahre auf dem Gebiet der Krisenverhütung ziehen und aus Anlass des 10. Jahrestags der Annahme des EU-Programms zur Verhütung gewaltsamer Konflikte (Göteborg-Programm) weitere Schritte vorschlagen.

Vorrang wird die Verbesserung der Planung und Durchführung von sowohl militärischen als auch zivilen Operationen haben. Unter gebührender Berücksichtigung der finanziellen Situation wird der Bereitstellung ausreichender Finanzmittel für die wachsende Rolle der EU bei der Krisenbewältigung Priorität eingeräumt.

Aus Anlass des 10. Jahrestags der Annahme der EntschlieÙung 1325 (2000) des VN-Sicherheitsrates zu "Frauen und Frieden und Sicherheit" werden die Vorsitze die durchgängige Berücksichtigung der Menschenrechte und der Gleichstellung der Geschlechter bei der Planung und Durchführung von ESVP-Missionen/Operationen vorantreiben.

Die Vorsitze werden die europäische Sicherheits- und Verteidigungskultur fördern und das Europäische Sicherheits- und Verteidigungskolleg (ESVK) weiter stärken.

Nichtverbreitung und Abrüstung

Die Umsetzung der EU-Strategie gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen wird fortgeführt. Zu diesem Zweck wird das Potenzial internationaler Tagungen, die in der Zeit der drei Vorsitze anberaumt werden, wie z.B. der Tagung zur Revision des NVV, weiter ausgeschöpft. Darüber hinaus wird sich die EU in Zusammenarbeit mit Drittländern aktiv an der Umsetzung der EntschlieÙung 1887 (2009) des VN-Sicherheitsrates beteiligen.

Die Arbeiten betreffend die EU-Strategie zur Bekämpfung der Anhäufung von Kleinwaffen und leichten Waffen und dazugehöriger Munition wie auch das aktive Engagement bei den Verhandlungen über einen Waffenhandelsvertrag werden fortgesetzt.

Terrorismusbekämpfung

Die Arbeiten betreffend die externen Aspekte der Umsetzung der EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung und der Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung werden fortgeführt.

Multilaterale Zusammenarbeit

Die Union wird den Prozess der VN-Reform weiterhin unterstützen und dabei durch eine ausgewogene Entwicklung der drei Säulen, nämlich Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und Menschenrechte besonderen Nachdruck auf die Verbesserung der Kohärenz und die Stärkung des institutionellen Systems legen. Der finanzielle Beitrag der EU muss in der Tätigkeit der Organisation angemessen zum Ausdruck kommen.

Es wird auch weiterhin von größter Bedeutung sein, die Zusammenarbeit zwischen der EU und den Vereinten Nationen im Bereich Frieden und Sicherheit zu fördern und die Wirksamkeit von VN-Friedenssicherungseinsätzen zu verbessern.

Europäische konsularische Zusammenarbeit und Schutz der Unionsbürger

Die drei Vorsitze werden auf eine Verbesserung des konsularischen Schutzes der Unionsbürger innerhalb und außerhalb der Europäischen Union hinarbeiten, soweit es die Unterstützung und den Schutz von Reisenden und von im Ausland lebenden Bürgern betrifft.

Die Arbeiten betreffend Mindeststandards für die konsularische Unterstützung, die Bürgern der Mitgliedstaaten außerhalb der EU angeboten werden soll, werden vorangetrieben.

Die Koordinierung in Krisensituationen außerhalb des Gebiets der Union muss weiterentwickelt werden.

Besondere Aufmerksamkeit wird einer Evaluierung des Konzepts des "federführenden Staats" sowie einer verbesserten konsularischen Zusammenarbeit durch gegenseitige Nutzung konsularischer Ressourcen geschenkt werden. Vorrang wird dabei die Aus- und Fortbildung des konsularischen Personals haben, um so die Zusammenarbeit in Krisensituationen und die Kenntnis des EU-Rechts zu verbessern.

Die konsularische Hilfe für Unionsbürger wird im gesamten Gebiet der Europäischen Union verstärkt werden. Die Förderung der diplomatischen Unterstützung bei der Behandlung von Rechtshilfeersuchen in Drittländern wird ebenfalls gebührend berücksichtigt.

Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit

Die Union wird sich darauf konzentrieren, dass alle Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie ihre Universalität noch stärker gefördert und geschützt werden. Die Abschaffung der Todesstrafe wird auf der internationalen Agenda der EU weit oben stehen.

Besonderer Schwerpunkt wird die durchgängige Berücksichtigung der Menschenrechte und der Gleichstellung der Geschlechter in allen EU-Politiken, einschließlich der ESVP, sein, insbesondere durch Einbeziehung der Menschenrechte in politische Diskussionen und Dialoge mit Drittländern. Besondere Aufmerksamkeit wird der internationalen Verhütung von Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit gelten.

Die Union wird ferner ihre Arbeiten zur Förderung der Rechtsstaatlichkeit verstärken. Die Bekämpfung der Straflosigkeit ist auch weiterhin einer der Ecksteine des Konzepts der EU für den Aufbau und die Wahrung dauerhaften Friedens. Die EU wird den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) auch künftig nachdrücklich unterstützen, und in diesem Zusammenhang sollte die EU sich um Universalität und uneingeschränkte Umsetzung des Römischen Statuts des IStGH bemühen. Die Konferenz zur Revision des Römischen Statuts, die im Laufe des Jahres 2010 stattfinden wird, wird Gelegenheit bieten, auch weiterhin breite Unterstützung für die fortlaufende Entwicklung des internationalen Strafrechts zum Ausdruck zu bringen.

Handelspolitik

Die erste weltweite Wirtschaftsrezession in über 50 Jahren hat das operative Umfeld der EU-Handelspolitik grundlegend verändert. Die EU wird weiterhin für Offenheit und Engagement statt für Isolation und Rückzug werben. In diesem Zusammenhang werden die Schlussfolgerungen einer ambitionierten, ausgewogenen und umfassenden Doha-Runde eine Priorität der EU bleiben. Parallel dazu wird die EU auch künftig bilaterale und regionale Handelsabkommen mit wichtigen Handelspartnern vorantreiben.

Im Rahmen der EU-Marktzugangsstrategie werden die drei Vorsitze Initiativen unterstützen, die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen europäischer Unternehmen, insbesondere von KMU in Drittländer, unter Nutzung aller verfügbaren Instrumente zu intensivieren. Abgestimmte Maßnahmen zur Beseitigung nichttarifärer Handelshemmnisse, zur Öffnung öffentlicher Beschaffungsmärkte und zur Stärkung gewerblicher Schutzrechte sind nach wie vor von besonderer Bedeutung.

Entwicklungspolitische Zusammenarbeit

Die EU erkennt an, dass alle Zusagen, die auf den Tagungen in Monterrey und Doha gemacht wurden, eingehalten werden müssen. Zu diesem Zweck wird die EU die Einhaltung der EU-Zusagen für öffentliche Entwicklungshilfe, wie sie im Rahmen des Europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik festgelegt wurden, insbesondere das gemeinsame Zwischenziel von 0,56 % des BNE bis 2010, weiterhin genau überwachen. Die EU wird dem Bedarf der am wenigsten entwickelten Länder besondere Aufmerksamkeit schenken und zugleich alle Entwicklungsländer, einschließlich der Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen, unterstützen, damit sie eine ausgewogenere globale Entwicklung erzielen.

Die EU wird weiterhin daran arbeiten, die Wirksamkeit der Hilfe zu erhöhen, wie es im Aktionsplan von Accra vereinbart wurde. Im Hinblick auf die Tagung des Hochrangigen Forums über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit (Seoul 2011) wird sie diesen Aktionsplan unter Berücksichtigung der Spezifität der Länder, die sich in fragilen Situationen befinden, weiter aktiv umsetzen.

Die EU wird ferner die Einhaltung der Millenniums-Entwicklungsziele überwachen und auf ein Erreichen dieser Ziele hinwirken. Spanien, Belgien und Ungarn werden bei der Vorbereitung der auf hoher Ebene stattfindenden Plenartagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen (September 2010) zur Begehung des 10. Jahrestags der Millenniums-Erklärung eng zusammenarbeiten. In diesem Zusammenhang werden der Ernährungssicherheit und dem Kampf gegen Hunger und Armut durch Verstärkung der nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raums sowie Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktionssysteme und der Bewirtschaftung der Wasserressourcen und Wälder besondere Aufmerksamkeit gelten. Der Ausbau der Gesundheitssysteme und die Erstellung des EU-Aktionsplans für die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rolle der Frauen im Rahmen der europäischen Entwicklungspolitiken wird unterstützt werden. Darüber hinaus wird die Umsetzung der Zusagen, die die EU auf einschlägigen Konferenzen im Umweltbereich gegeben hat, vorangebracht.

Was die Beziehungen zu den Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP) betrifft, so wird die EU für den Abschluss der zweiten Revision des Cotonou-Abkommens sorgen, am Abschluss und an den Folgemaßnahmen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) – die den AKP-Staaten regionale Integration und Entwicklung garantieren – arbeiten und ferner die Umsetzung der WPA und anderer regionaler Integrationsmaßnahmen, auch durch Handelshilfepakete, fördern.

Die Stärkung der transatlantischen Partnerschaft im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit und die Förderung der Zusammenarbeit mit neuen Geberländern (China, Brasilien, Indien) wird ebenfalls eine Priorität sein.

Schließlich werden die drei Vorsitze das Bewusstsein der Unionsbürger dafür schärfen, dass die Anstrengungen im Hinblick auf die Solidarität mit bedürftigen Ländern, die stärker unter den Folgen der derzeitigen wirtschaftlichen Situation leiden, weitergehen müssen.

Westeuropäische Staaten, die nicht der EU angehören

Die EU wird die Zusammenarbeit mit den drei EWR-Staaten Norwegen, Island und Liechtenstein weiter ausbauen und die Zusammenarbeit mit der Schweiz, möglicherweise durch Abschluss eines neuen Rahmenabkommens, intensivieren. Die EU wird ferner die Zusammenarbeit mit Liechtenstein, Andorra, Monaco und San Marino sowie der Schweiz bei der Bekämpfung von Betrug und Steuerumgehung durch Abschluss neuer oder Aktualisierung bestehender Abkommen verstärken.

Westliche Balkanstaaten

Die europäische Perspektive der westlichen Balkanstaaten wird im Einklang mit dem im Dezember 2006 erneuerten Konsens über die Erweiterung vorangebracht werden. Der Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess wird im Einklang mit der Thessaloniki-Agenda weiterhin das diesbezüglich wichtigste Instrument sein. Die EU wird die westlichen Balkanstaaten weiterhin bei ihren politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Reformprozessen unterstützen, und es wird fortlaufende Unterstützung für die regionale Zusammenarbeit zwischen den westlichen Balkanstaaten gewährt. Der Schwerpunkt wird auf der vollständigen Umsetzung der Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit den Partnerländern sowie auf der Erfüllung der SAP-Kriterien liegen. Ferner wird weiter auf den Abschluss des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit Bosnien und Herzegowina (sowie die Ratifizierung und Durchführung des Abkommens mit Serbien) hingearbeitet. Die Umsetzung der Fahrpläne für die Visaliberalisierung wird ebenfalls weiter betrieben.

Nachbarschaftspolitik: Osteuropa und Mittelmeerraum

Die Union wird die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) als einheitlichen und kohärenten politischen Rahmen weiterhin intensivieren und dabei ihrer östlichen und südlichen Dimension gleichermaßen Aufmerksamkeit schenken.

Was die östliche Dimension betrifft, so hat die Förderung von Stabilität, verantwortungsvoller Staatsführung und wirtschaftlicher Entwicklung in ihren östlichen Nachbarländern für die Europäische Union nach wie vor strategische Bedeutung. In diesem Zusammenhang wird die Union die Umsetzung der Östlichen Partnerschaft durch ein stärkeres bilaterales Engagement mit Blick auf einen neuen multilateralen Rahmen fortführen, der die EU, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, die Republik Moldau und die Ukraine umfasst und Reformen, die Rechtsangleichung und die weitere wirtschaftliche Integration beschleunigen soll. Darüber hinaus werden die Verhandlungen über weit reichende und umfassende Freihandelsabkommen mit Partnerländern, die der WTO angehören und bereit sind, ihren Verpflichtungen nachzukommen, in den nächsten 18 Monaten fortgesetzt. Weitere Maßnahmen werden auf Einzelfallbasis zur Visaliberalisierung als einem langfristigen Ziel unter der Voraussetzung ergriffen, dass die Bedingungen für eine gut gesteuerte und sichere Mobilität erfüllt sind. Das zweite Gipfeltreffen zur Östlichen Partnerschaft wird im ersten Halbjahr 2011 stattfinden.

Was die südliche Dimension betrifft, so wird die Union für den Mittelmeerraum (UfM) durch das zweite UfM-Gipfeltreffen im ersten Halbjahr 2010 sowie die Annahme des ersten UfM-Arbeitsprogramms für 2010-2012 gestärkt werden. Das tatsächliche und effiziente Funktionieren des Sekretariats, das in Barcelona eingerichtet werden soll, wird eine weitere Priorität sein.

Auf bilateraler Ebene wird dem bilateralen Rahmen für die Beziehungen zu Marokko, Israel, Tunesien, Ägypten und Jordanien besonderes Augenmerk gelten, während die Beziehungen zu Algerien, Libanon und der Palästinensischen Behörde weiter ausgebaut werden. Die Unterzeichnung des Abkommens mit Syrien wird betrieben und die Verhandlungen über ein Abkommen mit Libyen werden fortgesetzt. Das erste Gipfeltreffen EU-Marokko wird im ersten Halbjahr 2010 stattfinden.

Die EU wird ferner die **europäischen regionalen Strategien**, wie z.B. die Nördliche Dimension, die Schwarzmeersynergie, die Sicherstellung der Komplementarität mit der ENP und andere regionale EU-Initiativen, weiter umsetzen.

Beziehungen zu Russland

Die Union wird die strategische Partnerschaft mit Russland auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und Werte weiterentwickeln. Die Anstrengungen im Hinblick auf Fortschritte bei den Verhandlungen über ein neues Abkommen EU-Russland sowie für die Umsetzung der Fahrpläne für die vier gemeinsamen Räume werden fortgesetzt. Die Union wird Russland dringend auffordern, seinen WTO-Beitritt, der Aussichten auf ein bilaterales Freihandelsabkommen eröffnet, zum Abschluss zu bringen, und auf die Lösung anderer, noch offener Fragen hinarbeiten. Die Union wird ferner für Kohärenz und Kontinuität zwischen den einzelnen Gipfeltreffen mit Russland sorgen.

Zentralasien

Während des achtzehnmonatigen Programmzeitraums wird die EU die Umsetzung ihrer Zentralasien-Strategie in ihren sieben wichtigsten Bereichen fortsetzen: Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, verantwortungsvolle Staatsführung und Demokratie, Bildung, wirtschaftliche Entwicklung, Handel und Investitionen, Energie und Verkehr, Umwelt und Wasser, gemeinsame Bedrohungen und Herausforderungen sowie interkultureller Dialog. Darüber hinaus wird sie die Möglichkeiten einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit zentralasiatischen Ländern prüfen.

Naher Osten

Die Union wird alle Anstrengungen zur Erreichung eines umfassenden Friedens im Nahen Osten auf der Grundlage der Zweistaatenlösung in Zusammenarbeit mit regionalen und internationalen Partnern auch weiterhin unterstützen. Sie wird nach wie vor eine aktive Rolle spielen und auf tiefere Beziehungen zu den Ländern der Region hinwirken, auch durch Ausloten von Möglichkeiten zur Unterstützung der Umsetzung eines Friedensabkommens sowie Vorlage entsprechender Vorschläge.

Die Union wird die Entwicklungen in Iran weiterhin genau verfolgen und in der Nuklearfrage auch künftig zu einer langfristigen Verhandlungslösung als Teil einer umfassenderen Agenda mit Iran beitragen.

Die Union wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass Irak ein sicheres, stabiles, demokratisches, wohlhabendes und geeintes Land wird, und auf den Abschluss der Verhandlungen betreffend ein Abkommen über Zusammenarbeit und Handel mit diesem Land hinwirken. Der Abschluss der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit dem Golf-Kooperationsrat ist nach wie vor ein wichtiges Ziel der EU.

Transatlantische Beziehungen

Die transatlantischen Beziehungen werden auf der EU-Agenda auch weiterhin eine wichtige Priorität sein. Es werden Anstrengungen unternommen werden, um die strategische Partnerschaft EU-USA unter besonderer Berücksichtigung wichtiger multilateraler Fragen, insbesondere Klimawandel, Energie, Wirtschafts- und Finanzkrise, Krisenbewältigung und Entwicklungszusammenarbeit, weiter zu stärken. Im Energiebereich wird alles daran gesetzt, um das Potenzial des Energierats EU-USA tatsächlich zu nutzen. Es werden Anstrengungen zur Umsetzung des Programms für wirtschaftliche Zusammenarbeit von 2007 unternommen und der regelmäßige Dialog wird, insbesondere durch die Arbeit des Transatlantischen Wirtschaftsrates, fortgesetzt. Eine erneuerte politische Agenda wird einen intensiveren Dialog und möglicherweise ein gemeinsames Vorgehen in regionalen Fragen und in Bezug auf Nichtverbreitung und Abrüstung sowie Sicherheit umfassen. Ferner werden die Möglichkeiten für eine weitere Zusammenarbeit im Hinblick auf Freiheit, Sicherheit und Recht sowie Terrorismusbekämpfung ausgelotet.

Die engen Beziehungen zu Kanada werden weiterentwickelt, und an dem neuen umfassenden Wirtschaftsabkommen sowie in anderen Bereichen wird weitergearbeitet.

Afrika

Die EU wird sich weiterhin auf die Umsetzung der gemeinsamen Strategie EU-Afrika und des entsprechenden Aktionsplans konzentrieren. Besonderes Augenmerk muss auf Maßnahmen in den Bereichen Frieden und Sicherheit, Energie, Klimawandel, Handel, Wahrung der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie auf Migrationsfragen gelegt werden. Die EU und Afrika werden das dritte Gipfeltreffen EU-Afrika im zweiten Halbjahr 2010 gemeinsam organisieren.

Die Förderung von Frieden und Sicherheit auf dem afrikanischen Kontinent ist nach wie vor eines der Hauptziele der EU-Politik in Afrika. Die EU wird weiterhin mit der Afrikanischen Union (AU) zusammenarbeiten, um sie in die Lage zu versetzen, bei der Konfliktverhütung und der Konfliktlösung auf dem gesamten Kontinent eine wichtige Rolle zu spielen. Die EU wird auch weiterhin Unterstützung bei Krisenverhütung und Stabilisierungs- und Aussöhnungsprozessen leisten und zum Kapazitätsaufbau, insbesondere was die Planung und Durchführung von friedenssichernden Missionen der AU betrifft, beitragen.

Die EU wird die Entwicklungen in krisenanfälligen Gebieten wie der Region der Großen Seen, der Sahelregion und dem Horn von Afrika (insbesondere Sudan und Somalia) weiterhin verfolgen und sich zusammen mit regionalen und internationalen Partnern für Stabilisierung und Konfliktbeilegung einsetzen.

Asien

Die Union wird sich in besonderem Maße um die Weiterentwicklung und den Ausbau ihrer Beziehungen zu ihren Partnern in Asien bemühen. In diesem Zusammenhang wird das ASEM8-Gipfeltreffen, das im zweiten Halbjahr 2010 stattfinden soll, Gelegenheit bieten, um für die politischen und wirtschaftlichen Ziele der EU zu werben und die Beziehungen zu Asien weiter zu intensivieren.

Auch die Beziehungen zu einzelnen südostasiatischen Ländern werden durch den Abschluss und die Umsetzung der bilateralen Partnerschafts- und Kooperationsabkommen und, wenn möglich, durch ein Freihandelsabkommen mit dem ASEAN vertieft. Die EU sollte ihren Beitritt zum Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit weiter betreiben, der zum Ausdruck bringt, dass die EU Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in der Region nachdrücklich unterstützt und einen entsprechenden Beitrag leistet und dass sie zu einem stärkeren konstruktiven Engagement im Rahmen regionaler Integrationsprozesse bereit ist.

Ferner werden neue vertragliche Beziehungen zu China, Südkorea und Indien angestrebt. Was China betrifft, so wird die EU sich weiter um eine Ausweitung der wirtschaftlichen Beziehungen und eine Vertiefung der politischen Kontakte mit diesem wichtigen Partner bemühen. Der Menschenrechtsdialog wird weiterhin ein wichtiger Bestandteil der Beziehungen zu China sein. In den Beziehungen EU-Indien wären Verhandlungen über ein PKA der nächste logische Schritt; die EU wird weiterhin Wege ausloten, um Indien entsprechend zu binden.

Die EU wird die Entwicklungen auf der koreanischen Halbinsel mit Blick auf die Förderung der Stabilität weiterhin genau verfolgen. Wenn der neue rechtliche Rahmen erst einmal in Kraft ist, wird die EU eine Verbesserung der Beziehungen mit der Republik Korea im Rahmen einer strategischen Partnerschaft anstreben.

Die EU wird die Entwicklungen in Myanmar/Birma aktiv verfolgen und Anstrengungen auf regionaler Ebene und seitens der VN, mit denen insbesondere im Kontext der für 2010 geplanten Wahlen ein Beitrag zum Übergang zur Demokratie geleistet werden soll, unterstützen.

Die EU wird sich in Afghanistan und Pakistan weiterhin aktiv engagieren, indem sie die Umsetzung des Plans für ein verstärktes Handeln der EU in diesen Ländern unter Berücksichtigung der regionalen Dimension weiterverfolgt. Die EU wird sich der neuen afghanischen Regierung gegenüber verpflichten, dem Land bei der Bewältigung der Herausforderungen, vor denen es steht, zu helfen.

Lateinamerika und Karibik

Die Beziehungen zu Lateinamerika werden weiterentwickelt. Das sechste Gipfeltreffen EU-LAC, das im ersten Halbjahr 2010 stattfinden soll, wird gewährleisten, dass Folgemaßnahmen zu dem Aktionsplan ergriffen werden; auf dem Gipfeltreffen wird ferner die EU-LAC-Stiftung gegründet. Das Gipfeltreffen mit Mexiko und das vierte Gipfeltreffen EU-Brasilien werden im ersten bzw. zweiten Halbjahr 2010 stattfinden. Die Beratungen über Folgemaßnahmen zu den strategischen Partnerschaften und Aktionsplänen, die mit Mexiko und Brasilien vereinbart wurden, werden ebenfalls fortgesetzt.

Darüber hinaus werden die Beziehungen zu einzelnen Ländern oder Ländergruppen gepflegt; zu diesem Zweck werden im Laufe des achtzehnmonatigen Programmzeitraums die regelmäßigen bilateralen Gipfeltreffen mit Chile, Zentralamerika, der Andengemeinschaft, den Cariforum-Staaten und dem Mercosur abgehalten.

Besondere Schwerpunkte werden der Abschluss und die Unterzeichnung der Assoziationsabkommen mit den zentralamerikanischen Staaten und die Unterzeichnung des Multilateralen Übereinkommens mit den Staaten der Andengemeinschaft sowie die Wiederaufnahme und Fortführung der Verhandlungen über das Assoziationsabkommen mit dem Mercosur sein.

=====



EUROPEAN COMMISSION

Brussels,
COM(2010) 623/2
VOL. I

PROVISIONAL VERSION

**COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN
PARLIAMENT, THE COUNCIL, THE EUROPEAN ECONOMIC AND SOCIAL
COMMITTEE AND THE COMMITTEE OF THE REGIONS**

Commission Work Programme 2011

EN

EN

EN

TABLE OF CONTENTS

1.	Introduction	3
2.	Restoring growth for jobs: Accelerating towards 2020	4
2.1.	Strengthening economic governance and initiating the European Semester	4
2.2.	Financial regulation: completing the reform.....	4
2.3.	Smart growth.....	5
2.4.	Sustainable growth.....	5
2.5.	Inclusive growth.....	6
2.6.	Tapping the potential of the Single Market for growth.....	6
3.	Pursuing the citizens' agenda: freedom, security and justice	7
4.	Europe in the World: Pulling our weight on the global stage.....	8
4.1.	A comprehensive trade policy.....	8
4.2.	EU enlargement, neighbourhood, development policies and humanitarian aid.....	8
5.	From input to impact: making the most of EU policies	9
5.1.	A modern budget for Europe's future.....	9
5.2.	Promoting smart regulation.....	10
5.3.	On-going work	10
6.	Conclusion.....	11

1. INTRODUCTION

This Commission presents its 2011 Work Programme at a particularly challenging time for the EU. There are clear signs of economic recovery after the worst crisis of recent decades – but that recovery is not yet firmly established. For this reason, the new initiatives that the Commission will propose and initiate in 2011 have a strong focus on accelerating recovery. 2011 should be the year when the Europe 2020 strategy is embedded as the backbone of efforts at EU and national level to deliver smart, sustainable and inclusive growth. It should see full agreement on the comprehensive new regulatory framework for the financial sector, the launch of the first European semester of economic policy co-ordination and a series of practical measures to leverage change. By the middle of 2011 the Commission will set out how to gear the EU budget to the delivery of Europe 2020, in its proposals for the next Multi-annual Financial Framework of the EU. This Work Programme is built on the five main political priorities for the EU set out by President Barroso in the first State of the Union Address, delivered before the European Parliament in September 2010¹:

- Dealing with the economic crisis and building the momentum of the recovery
- Restoring growth for jobs by accelerating the Europe 2020 reform agenda
- Building an area of freedom, justice and security
- Launching negotiations for a modern EU budget
- Pulling the EU's weight on the global stage

This Work Programme is the first to be adopted under the new programming cycle initiated by the Political Guidelines of the Commission President and set out in the Framework Agreement between the European Parliament and the Commission. The Work Programme can also help to inspire a new approach to programming common EU priorities, as set out in the Treaty of Lisbon.

The Commission Work Programme by nature focuses on actions to be delivered in 2011. However, within the new multiannual perspective of the programming cycle, the annual Commission Work Programmes also provide a framework for assessing ongoing policies, and pointing to areas where policy initiatives need to be developed to realise the long-term policy strategies needed to deliver the EU's goals.

Given the urgent need to complete the EU's work on key proposals in areas including economic governance and financial regulation, the Commission will explore with the European Parliament and the Council how to give priority to the rapid adoption of a certain, limited number of particularly urgent proposals.

¹ See State of the Union Address 2010 of 7 September 2010.

2. RESTORING GROWTH FOR JOBS: ACCELERATING TOWARDS 2020

2.1. Strengthening economic governance and initiating the European Semester

The Commission has recently tabled a significant package of proposals to strengthen the tools of economic governance and extend them to include the coordination of economic and fiscal policies². The new proposals would deliver broader and enhanced surveillance of fiscal policies at EU level, as well as a better coordination of macroeconomic policies to address shortcomings in the existing legislation, including through upstream action on macro-financial imbalances. New enforcement mechanisms would prevent or correct excesses that could damage Europe's fiscal or financial stability. To maintain the momentum, the Commission calls upon co-EU legislators to advance quickly in their political deliberations.

In the first half of 2011, the European Semester of policy coordination will become the central structure for the EU's common efforts to boost growth and jobs. In January 2011, the Commission will adopt its first Annual Growth Survey to launch the European Semester. The Annual Growth Survey will analyse the economic situation of the Union, including potential imbalances and systemic risks. It will look in particular at where the EU stands in relation to the five targets set in Europe 2020, so that we can start to benchmark the EU's transformation into a smart, sustainable and inclusive society.

2.2. Financial regulation: completing the reform

A comprehensive timeline for delivery of proposals to complete the EU's financial reform was presented in June 2010³. Early in 2011, the Commission will table the remaining proposals to complete the financial sector reform.

Most of the proposals to address the flaws exposed by the crisis are already agreed or on the table, with the recent agreements on the financial supervision package as a milestone. In the first half of 2011, the Commission will follow up with a further series of improvements to bank capital rules (CRD IV) to implement within the EU the outcome of international work in the Basel Committee on Banking Standards, changes to the Market in Financial Instruments Directive (MiFID) and the Market Abuse Directive to complete the move to more transparent and safer derivatives markets, a proposal on Credit Rating Agencies, as well as legislation establishing a framework for bank crisis management and resolution to equip the relevant authorities with a consistent set of tools including resolution funds.

A particular focus will be the protection of small investors and ordinary consumers: initiatives will include legislation on access to basic banking services, and action to promote responsible lending and borrowing practice on mortgages.

These and other proposals will complete the Commission's ambitious reform programme for the financial sector. A joint goal of the European institutions should be to have the full reform agreed by the end of 2011, thus putting in place an advanced system of financial regulation as one of the foundation stones for healthy, job-creating growth. Meanwhile, the EU will continue its efforts to promote a strong and coordinated global approach, notably through its

² COM(2010) 522, COM(2010) 523, COM(2010) 524, COM(2010) 525, COM(2010) 526, COM(2010) 527, 29.9.2010.

³ COM(2010) 301, 2.6.2010.

active participation in the G20. The Commission will pursue its work on a fair contribution of the financial sector.

2.3. Smart growth

Through the Europe 2020 flagship initiatives on Innovation Union⁴, Youth on the Move⁵ and the Digital Agenda⁶, the Commission has shown how the EU can act on many fronts to boost Europe's smart growth potential. During 2011, the concrete proposals announced in the flagships will be rolled out and implemented through complementary action at European and national level.

The expanding possibilities of the internet present new opportunities for audio-visual producers and broadcasters but pose new challenges for the protection of intellectual property rights. Cross-border and pan-European licensing in the audiovisual sector will stimulate creativity to the benefit of European citizens.

European standards should play a stronger role as platforms for the global competitiveness of our enterprises, especially for SMEs. The ICT sector is one of the areas with huge potential. A package of proposals during 2011 will aim at creating a more integrated European Standardisation system.

The Commission will also set out ways in which the EU level can help to modernise higher education and set out its vision for future action to foster knowledge and innovation.

2.4. Sustainable growth

As announced in Europe 2020, the Commission will set out its vision for "Resource efficiency" as a flagship initiative in 2011. This will break new ground in terms of integrated policy making at EU level. The aim will be to build progressively a framework based on resource efficiency to include the shift to a low-carbon society and which sets sectoral policies including energy, transport and the management of natural resources such as agriculture and fisheries within a long-term sustainable framework. This work will take time to develop, but the first fruits will consist of an overall approach setting out how energy, transport and the promotion of a low-carbon economy can today be put on the road to transform the EU economy by 2050. These interconnected initiatives will define medium and long-term scenarios, thus providing a solid basis for decision-making and more predictable conditions for large-scale investment. This also needs to be backed up with a broad approach to how resource efficiency can become mainstreamed into the way in which European society develops in the future.

A particular focus in 2011 will be on energy infrastructure and efficiency, which have immediate environmental, economic and energy security benefits, including huge job-creating potential.

The White Paper on the future of transport policy will examine the completion of the European transport area to provide an efficient, seamless infrastructure around a core network, building on innovation to achieve low-carbon transport.

⁴ COM(2010) 546, 6.10.2010.

⁵ COM(2010) 477, 15.9.2010.

⁶ COM(2010) 245, 19.5.2010.

Promoting the sustainable use of natural resources and releasing the innovative potential of sectors such as agriculture and fisheries will be a central theme of the Commission's proposals for the revision of the Common Agricultural Policy and the Common Fisheries Policy for the period of the new Multiannual Financial Framework.

During 2011 the Commission will continue to work to combat climate change. While continuing to drive forward international efforts to achieve an ambitious, global agreement, the Commission will also work intensively with bilateral partners to share ideas and develop common projects in areas like clean technologies, carbon trading and renewable energy. 2011 will also be a busy year in terms of the wider environment agenda - the preparations for the Rio+20 Earth Summit in 2012 will be high on the agenda and the Commission will be assessing the results of the Sixth Environment Action Programme and reviewing the thematic strategies on waste prevention and recycling.

2.5. Inclusive growth

Before the end of 2010 the Commission will publish its fifth cohesion report and propose two more Europe 2020 flagships – on "New Skills and Jobs" and "a Platform against Poverty". A number of concrete measures designed to promote inclusive growth will be set out in 2011. In close cooperation with social partners, the Commission will table a legislative proposal to improve the implementation of the Posting of Workers Directive, and update the Working Time Directive to new realities. The Commission will also work towards a quality framework, which takes full account of the specific nature of services of general economic interest, with the updating of the State aid rules as an important step. Securing inclusive growth also means addressing societal challenges such as the impact of population ageing. The Commission will support Member States' action to deliver adequate and sustainable pensions for citizens through concrete measures to be identified following the consultation launched in 2010. Promoting an ambitious agenda for economic, social and territorial cohesion will be a central theme for the revision of cohesion policy for the proposal of the new Multi-annual Financial Framework.

2.6. Tapping the potential of the Single Market for growth

The Single Market's achievements need to be constantly deepened and updated to achieve its potential. During the downturn the Union resisted the temptations of short-termism and isolation. But without a well-functioning Single Market, there will be no long-term growth for jobs in Europe. Now is the moment to push market integration to new levels, targeting the significant persistent gaps, as identified by Professor Mario Monti in his recent report for the Commission⁷.

Building on this work, the Commission has just proposed an important number of concrete proposals to re-launch the single market — in a Single Market Act⁸ — and the Europe 2020 flagship initiative on Industrial Policy⁹. Both underline the need to gear society as a whole to deliver the potential of the single market and to boost the framework conditions for Europe's economic operators.

⁷ http://ec.europa.eu/bepa/pdf/monti_report_final_10_05_2010_en.pdf

⁸ COM(2010) 608, 27.10.2010.

⁹ COM(2010) 614, 27.10.2010.

The Commission will continue to open up market access for our companies, in particular small and medium sized enterprises. An important aspect will be the presentation in 2011 of proposals for the modernisation of public procurement rules and the establishment of common rules concerning concession contracts. Other concrete initiatives targeted at SMEs during 2011 will include a regulation on the management of cross-border debt recovery.

The Commission will take a number of concrete steps including proposals for an Alternative Dispute Resolution (ADR) mechanism to facilitate the resolution of consumer problems in the EU and continuing the work on collective redress on the basis of the public consultation launched in 2010.

In the area of taxation, a proposal for a Common Consolidated Corporate Tax base (CCCTB) will aim to open the possibility for companies to opt for a system to make tax rules simpler, to reduce compliance costs and to help remove the tax obstacles that companies currently suffer, when they operate cross-border, without affecting actual tax rates. The Commission will also publish a Communication on a future VAT strategy targeting the weaknesses of the current system by modernising and simplifying it, to reduce the administrative burden of VAT on companies.

An Airports Package will aim to improve competition as well as consumers rights and environmental performance in this important sector, by dealing with airport capacity, the handling of slots and ground-handling, leading to a more optimal use of the European airport network.

3. PURSUING THE CITIZENS' AGENDA: FREEDOM, SECURITY AND JUSTICE

EU citizenship should be a tangible reality for EU citizens. Citizens' rights are firmly anchored in EU law. However, gaps remain between the rules enshrined in the Treaty and the reality that citizens face in their daily lives – as private individuals, consumers, students or as political actors.

The "Citizenship Report"¹⁰ just adopted by the Commission highlights a set of issues where action would be warranted to give practical meaning to individual rights granted at EU level. These efforts go hand-in-hand with measures taken in implementing the Action Plan for the Stockholm Programme (2010-2014) with a view to delivering an area of freedom, security and justice¹¹, using to the full the enhanced legal basis provided by the Treaty.

As part of its efforts at strengthening citizens' rights in 2011, the Commission will propose a legal instrument on European Contract Law.

In the area of criminal law, the Commission will propose a Directive on the rights of victims of crime to help ensure access to sufficient legal assistance, justice and protection for citizens across all Member States. In order to enhance mutual trust between judicial authorities and citizens, the Commission will also continue to make legislative proposals for introducing minimum standards for procedural in criminal proceedings, notably in the field of legal assistance and legal aid.

¹⁰ COM(2010) 603, 27.10.2010.

¹¹ COM(2010) 171, 20.4.2010.

The Commission will also make legislative proposals for a Registered Travellers Programme and an Entry/Exit System for third country nationals. The objective is to help keep the EU open to the world, while countering illegal immigration and preventing organised crime. In an open Europe, we must also prevent criminals from exploiting our economic system. Measures to be proposed next year will include a framework on the confiscation and recovery of illicit assets and Communications on a comprehensive policy against corruption and anti-fraud strategy.

Similarly, a revision of the civil protection legislation will enhance the EU's capacities in the field of disaster response, preparedness and prevention. Finally, the Commission will continue its work with the High Representative on a proposal to implement Art. 222 of the Treaty.

4. Europe in the World: Pulling our weight on the global stage

With the EU's new structures for external policy in place, we now have an opportunity to promote a comprehensive and cohesive policy on the external challenges we face today, demonstrating that the EU is a strong and reliable partner with a clear set of objectives expressed with unity and cohesion. The Commission will continue to support the new European External Action Service and help to develop a new phase in our external policies. The EU has already focused on the need to have a clear vision for our relations with strategic partners, as well as a strong and consistent position in international negotiations. That means making the most of policies for which the Commission is responsible such as development, trade, enlargement, humanitarian aid and the external aspects of internal policies, and coordinating them with the work of the EEAS to deliver a strategic overview of the EU's bilateral relations.

4.1. A comprehensive trade policy

A successful trade policy is a key pillar of the Europe 2020 strategy. Building on the trade strategy to be published in November 2010, the Commission will pursue ongoing negotiations with our trading partners, including through driving forward the several major bilateral agreements planned for conclusion in 2011 and keeping up the pressure for a breakthrough in WTO negotiations. In parallel, EU will take other concrete steps to position European companies on the global market place. The Commission will present in 2011 a legislative proposal for an EU instrument to improve access to public procurement markets in developed and large emerging economies, building on the implementation of our international commitments. The Commission will also propose measures to support European SMEs in developing their activities outside the EU.

In our comprehensive approach, we will also address how our trade policy can best serve developing countries in their integration into the global economy. The Commission will make a legislative proposal for a new Regulation on the Generalised System of Preference aimed at maximizing its positive impact on sustainable development and the countries most in need.

4.2. EU enlargement, neighbourhood, development policies and humanitarian aid

In 2011, the EU will continue to steer the enlargement process. Progress in negotiations, including any new negotiations which may be opened following the presentation of the Opinions on membership later in 2010, will be linked to continued progress made by candidate countries, with a special emphasis on respect for the rule of law.

The European Neighbourhood Policy has shown, over the last five years, the EU's ability to project its values and principles and to contribute to political stability and economic development in its neighbourhood – a strategic priority for the EU. The Commission will continue to help to deepen the EU's special relationship with these neighbours, including by carrying out a review of the EU's neighbourhood policy leading to proposals in 2011 for its further development in its bilateral and multilateral (Eastern Partnership, Union for the Mediterranean) dimensions.

The effective delivery of development assistance is a key objective for the EU as the world's largest development donor. A partnership approach is the best way to ensure the maximum overall EU contribution to the Millennium Development Goals, and a new generation of programmes to support development needs to be designed with this in mind. Particular attention will be given to the follow-up of the Green Paper on the future of the EU development policy which will be presented in late 2010 which will assess the Union's development instruments to focus activity, where it can make a real difference for those in need.

Helping those affected by humanitarian catastrophes also remains a central building block of the EU's world wide engagement. The basis for these life-saving efforts will be strengthened through a proposal for a Revision of Council Regulation concerning humanitarian aid.

5. FROM INPUT TO IMPACT: MAKING THE MOST OF EU POLICIES

The magnitude and pace of world changes require the EU to act swiftly, responsibly and decisively. 2011 will see the fruit of a major reflection on how the EU can modernise its policy and financial instruments and find ways of working which maximise the added value of EU action.

5.1. A modern budget for Europe's future

The "Budget Review"¹² presented last week sets out the Commission's ideas on the purpose, architecture and delivery of a new EU budget post-2013. Europe as a whole is experiencing a period of austerity in public finances. The EU budget must be targeted to policies and areas where it can make a real difference, supporting medium and long term investment, and bring real added value in support of the Union's policy objectives – most obviously the EU budget should be one of the key tools to deliver Europe 2020. It must also be delivered in ways which maximise its impact. In June 2011, the Commission will present its formal proposals for the next Multiannual Financial Framework (MFF), covering both expenditure and the financing of the budget. On the spending side, the proposal will set out how and where the Commission believes it can use the budget to deliver EU policies most effectively. On the financing side, the Commission will make a proposal for a new own resources decision. These proposals will be the fruit of a detailed analysis of how EU spending can deliver the greatest added value, how it can act as a powerful tool for delivery of common EU objectives; and of a fresh look at the way that budget is funded.

In the coming months the Commission will issue a number of Communications and reports on key policy areas, in particular the reform of the common agricultural policy, of the common fisheries and the future of cohesion policy, which will also serve as the policy basis for the

¹² COM(2010) 700, 19.10.2010.

budgetary proposals of the MFF. The Commission will present detailed legal proposals for the specific financial instruments and programmes that should implement the new MFF. These will be presented in a number of packages from the summer to the end of 2011.

5.2. Promoting smart regulation

The Commission's better regulation agenda has led to significant improvements in policy-making at EU and national level. The design of new legislation builds on views from stakeholders and evidence gathered through wide consultations and subjected to an impact assessment process that has been externally assessed as effectively raising the quality of proposals. In parallel, the Commission has carried out a thorough simplification of existing legislation and has made significant progress in reducing administrative burdens and assisting Member States in the transposition of EU law.

Building on this experience, the Commission is ready to move to a new phase of smart regulation¹³. The whole policy cycle should be seen as a whole: from the design, through the application stage and until legislation is evaluated and revised. Starting with this Work Programme, in principle a positive opinion from the Impact Assessment Board will be needed before a proposal can be put forward for Commission decision.

The Commission will continue to work with the European Parliament, the Council and the Member States to ensure that the agenda is actively pursued by all, in both the EU legislative and implementation stages.

Finally, the voice of citizens and stakeholders most affected by legislation will be further strengthened by prolonging the consultation period from 8 to 12 weeks from 2012 onwards, by carrying out a review of the Commission's consultation policy in 2011 and by increasing predictability on the Commission's planned proposals and ex-post evaluation work to allow stakeholders to prepare their engagement at a much earlier stage.

These three pillars of smart regulation should deliver on its overall objective: having relevant, effective and quality EU legislation fulfilling its intended objectives and benefiting citizens and businesses.

5.3. On-going work

New actions with a focus on political priorities are only one aspect of the Commission's work. Throughout the year, the Commission remains responsible for implementing and overseeing agreed policies, reporting and taking stock of existing strategies and action plans, participating in international negotiations, contributing to conferences and major policy events. The Commission manages a wide range of financial programmes and operational tasks. In its responsibilities for the implementation of the EU's operational budget, the Commission seeks to ensure the best use of limited resources to secure the EU's objectives, obtain the best value for money while respecting principles of sound financial management. Much of this ongoing work results in the adoption of reports and documents which do not feature in the Annex to this document – although the work of implementation and monitoring absorbs an important share of the Commission's human and financial resources, this Work programme focuses on areas where the Commission is exercising political choice rather than discharging its responsibilities as an executive.

¹³ COM(2010) 543, 7.10.2010.

In recent years the Commission has been devoting more attention and resources to the implementation of EU law. The recently launched EU pilot experience¹⁴ is beginning to show results and considerable effort is being invested in speeding up the handling of infringement cases. More systematic analysis of the reasons for late and incorrect transposition of EU law is being done to feed into the ongoing simplification programme and is also being used in the revision of existing legislation. All of this work will contribute to giving the EU a modernised, up to date legal base which is "fit for purpose" and able to deliver on the EU's promises to its citizens.

6. CONCLUSION

This Work Programme sets out the key new initiatives the Commission commits to deliver in 2011¹⁵ and the initiatives on which it will work in 2011 and the years to come¹⁶, including simplification proposals and withdrawals¹⁷. This forward planning seeks to provide all stakeholders with predictability and transparency for their work, while maintaining openness and flexibility to adapt to changing circumstances. The Commission will of course at the same time continue to work on other issues that require urgent action, or on long term preparation for the future. The Commission will now work closely with the European Parliament and the Council, as well as stakeholders, including national parliaments, to ensure that the initiatives it will promote in the coming year will rest on a sound consensus about how the EU's should meet the expectations of its citizens for an ambitious and effective Europe.

¹⁴ COM(2007) 502 - Launched in April 2008.

¹⁵ See Annex I.

¹⁶ See Annex II.

¹⁷ See Annexes III and IV.



EUROPEAN COMMISSION

Brussels,
COM(2010) 623/2
VOL. II

PROVISIONAL VERSION

ANNEXES

to the

**COMMUNICATION FROM THE COMMISSION TO THE EUROPEAN
PARLIAMENT, THE COUNCIL, THE EUROPEAN ECONOMIC AND SOCIAL
COMMITTEE AND THE COMMITTEE OF THE REGIONS**

Commission Work Programme 2011

EN

EN

EN

Annex I : Strategic initiatives scheduled for adoption in 2011

Title	Type of initiative	Description of scope of objectives	Foreseen adoption date
Restoring growth for jobs: Accelerating towards 2020			
Strengthening economic governance and initiating the European Semester			
1	Non-legislative	As part of the follow-up to the Commission's Communication on Europe 2020, the Commission will present an Annual Growth Survey accompanied by a Communication which will be the main input for discussions at the Spring meeting of the European Council. The survey will include both a review, reporting on progress, and a forward-looking part proposing strategic policy guidance horizontally across Member States.	1st quarter 2011
2	Legislative	Follow-up on Commission's proposals of 29 September 2010 aimed at reinforcing the European fiscal framework and broadening macroeconomic surveillance to the prevention of adverse macroeconomic imbalances.	1st quarter 2011
Financial Regulation: completing the reform			
3	Legislative	To address the over reliance on credit ratings by financial institutions, investors, borrowers and public bodies, the lack of competition in the CRA industry, the adequacy of the 'issuer-pays' model and the specificities of the sovereign debt ratings.	2nd quarter 2011
4	Legislative	To foster cooperation and coordination among relevant authorities, to equip them with a consistent set of tools, and to introduce ex-ante bank resolution funds.	2nd quarter 2011
5	Legislative	General objective: render the regulatory framework even more responsive to market conditions thus by enhancing financial stability, safeguarding the interest of creditors and taxpayers, enhancing level playing field globally, while ensuring international competitiveness of the EU Banking sector and further promoting the integration of the Internal Market, enhancing level playing field in the EU.	2nd quarter 2011
6	Legislative	This initiative aims at (i) enlarging the scope of the prohibition of market manipulation and insider dealing to cover new markets/instruments; (ii) increasing the deterrent effect of the Market Abuse Directive through more effective and consistent enforcement by competent administrative authorities, especially concerning sanctions; and (iii) moving towards a single rulebook by clarifying certain provisions, reducing options and discretions where appropriate and reducing administrative burdens, especially on SMEs.	1st quarter 2011
7	Legislative	To enhance investor confidence, as well as to meet the overall aim of a level playing-field delivering market efficiency and transparency.	2nd quarter 2011
8	Legislative	To assist in the creation of an integrated single market for mortgage credit by boosting consumer confidence and levels of consumer protection, cross-border lending and borrowing and competition in the marketplace. To promote financial stability throughout the EU by ensuring that mortgage credit markets do not operate in a way that can lead to over indebtedness, defaults and foreclosures. To be delivered together with the Communication on best practices in mortgages avoiding foreclosure and the Recommendation on financial inclusion.	1st quarter 2011

Title	Type of initiative	Description of scope of objectives	Foreseen adoption date
9	Legislative proposal on access to basic banking services	To enhance full participation of all EU citizens in the internal market in general, and enhance access to online goods and services in particular. The specific objective is to ensure that every EU citizen or resident has a right to basic banking services, including minimum electronic payment facilities.	1st quarter 2011
Smart growth			
10	Communication on a more integrated European Standardisation System and legislative proposal on standardisation, covering inter alia the ICT sector	The initiative aims at speeding up and modernise standard-setting to enable interoperability and foster innovation in fast-moving global markets.	1st quarter 2011
11	Communication on Modernisation of higher education	The purpose is to revise and propose new objectives for the future of this policy agenda. This may include possible proposals for a transparency and ranking system for higher education institutions.	3rd quarter 2011
Sustainable growth			
12	Low-carbon economy 2050 roadmap	This Communication analyses the temporal pathway for the transition to a low carbon economy for the EU by 2050, including milestones by 2030, with a view of making EU energy secure and promoting sustainable growth and jobs, while ensuring that the proposed measures are most cost-efficient and do not bring negative distributional consequences. The resulting vision of structural and technological changes needed contributes to the flagship initiative "Resource efficient Europe" of the Europe 2020 strategy.	1st quarter 2011
13	Energy Roadmap 2050	The roadmap will present a range of possible development paths for the EU energy system to 2050, towards a low carbon, resource efficient system, allowing implications of today's decisions to be better assessed and decisions needed today of strategic importance (e.g. infrastructure planning) to be better understood.	3rd quarter 2011
14	Roadmap to a Resource Efficient Europe	As part of the Resource Efficient Europe flagship initiative, building on and complementing the other proposals under this flagship, the roadmap will set out a coherent framework of policies and actions in a variety of policy areas, required for the shift towards a resource efficient economy. The aim is to increase resource productivity and decouple economic growth from resource use and resource use from its environmental impact, enhance competitiveness and promote security of supply and resource independence of the EU.	2nd quarter 2011
15	European Energy Efficiency Plan until 2020	The Communication will identify the key measures to fully achieve the cost-effective energy savings potentials of 20% by 2020, across all sectors, including building, utility, transport and industry. In parallel, experience from the first Energy Efficiency Action Plan will be analyzed.	1st quarter 2011
16	Directive on energy efficiency and savings	This initiative is a follow up to the European Energy Efficiency Plan. It will provide an enhanced framework for energy efficiency and savings policies of Member States, including targets, role of National Energy Efficiency Action Plans, exemplary role of public sector, financing, consumer information. It will also define instruments to develop the energy services market and the roles of energy companies in promoting energy savings throughout the energy supply chain, including supply to end-users. It will set framework conditions for	3rd quarter 2011

Title	Type of initiative	Description of scope of objectives	Foreseen adoption date
17	White Paper on the future of transport (Carry-over 2010)	increased generation, transmission and distribution efficiency, including strengthened measures for the promotion of cogeneration and district heating & cooling. It will replace the Energy Services Directive 2006/32/EC. The White Paper will outline the future of transport until 2050, to achieve an internal market for transport, innovation and modern infrastructure. It will define the overall framework for actions in the next ten years in the field of transport infrastructure, internal market legislation, decarbonisation of transport, technology for traffic management and clean vehicles, and the use of standardisation, market based instruments and incentives.	1st quarter 2011
Inclusive growth			
18	Legislative initiative on Posting of Workers	The general objective is to improve the implementation and enforcement of Directive 96/71/EC on Posting of Workers. More specifically, the aim is to ensure effective respect of the posted workers rights and clarify the obligations of national authorities and businesses. The aim is also to improve cooperation between national authorities, the provision of information for companies and workers, ensure effective enforcement through sanctions and remedial action and prevent circumvention and abuse of the rules applicable.	4th quarter 2011
19	Revision of the Directive on Working Time (Directive 2003/88) (Carry-over 2010)	The objective is to adapt the Directive to the new realities created by the evolution of working patterns and to clarify the implementation of the Directive in particular as regards the problem of on-call time. The scope of the revision will be determined taking into account the results of the consultation of the social partners.	3rd quarter 2011
20	Revision of the State aid rules applicable to the services of general economic interest (SGEI): - Framework for State aid in the for of public service compensation - Commission Decision on the application of article 106.2 TFEU to State aid in the form of public service compensation	Both the framework and the decision expire in November 2011. The objective of the revision will be to evaluate the current provisions and to explore possibilities to adjust and improve the rules.	4th quarter 2011
21	White Paper on Pensions	Rapidly approaching population ageing creates both an immediate and a long-term challenge for pension systems. If the EU is to sufficiently support and complement Member State efforts to deliver adequate and sustainable pensions for citizens, the incomplete and fragmented European framework of policy coordination and Regulation needs to be reconsidered holistically. As a follow-up to the wide-ranging consultation, launched by the Green Paper (7July 2010), the White Paper would address some or all of the issues identified.	3rdquarter 2011
Tapping the potential of the Single Market for growth			
22	Legislative proposal on collective rights management	To provide a clear and stable framework for cross-border services which rely on clearing a variety of copyrights. More cross-border services will foster a wider range of customer offers.	1st quarter
23	Legislative proposal for a Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB)	The proposal will aim to make tax rules simpler, reduce compliance costs and remove tax obstacles which companies currently suffer when they operate cross-border.	1st quarter 2011

Title	Type of initiative	Description of scope of objectives	Foreseen adoption date
24	Non-legislative	The purpose of the Communication will be to identify actions which can reduce the administrative burden, combat fraud, modernise and simplify the current system	4th quarter 2011
25	Non-legislative	The Communication aims at presenting the general principles relating to the collective redress and future policy lines, as follow-up on the public consultation launched in 2010.	4th quarter 2011
26	Legislative	ADR schemes can offer cheap, simple and quick redress for consumers. They can be a vital tool for maintaining business reputation and preserving customer relationship and trust. ADR has not reached its full potential. Not all consumer disputes can be solved through ADR due to the lack of schemes in certain sectors. Consumer and business awareness of ADR remains low. Promoting ADR will improve consumer confidence in shopping across border and the functioning of the Internal Market.	4th quarter 2011
27	Legislative / Non-legislative	A cover Communication will discuss the state of play on airport policy. It will be accompanied by revised legislative proposals on ground handling, slots and noise legislation together with a new proposal on airport capacity assessment and inventory.	2nd quarter 2011
Pursuing the citizens' agenda: freedom, security and justice			
28	Legislative	This initiative constitutes the follow-up to the 2010 Green Paper. It will set out the Commission's policy choice to reduce the transaction costs and legal uncertainty for businesses and the lack of consumer confidence in the internal market caused by differences between national contract laws.	4th quarter 2011
29	Legislative	This initiative aims at proposing a consistent approach across Member States as regards cross-border debt recovery through the attachment of bank accounts, thereby simplifying matters for creditors involved in a cross-border disputes and securing the effective enforcement of their claims abroad.	2nd quarter 2011
30	Legislative	This initiative aims at developing a comprehensive set of measures on the protection of victims, to ensure that victims of crime receive the necessary assistance (legal, psychological and other) in all Member States of the EU, that they are able to access justice and the rights applicable to them and that they receive sufficient protection when at risk of harm.	2nd quarter 2011
31	Legislative/ Non-legislative	The aim is to protect the security of our borders, whilst ensuring that Europe remains accessible to frequent travellers by using modern technologies in border management. The EES would generate information that would help identify and apprehend irregular immigrants (especially overstayers), thereby deterring irregular immigration. It would also contribute to maintaining a high level of security by generating information that would help prevent terrorism and serious criminal activity and allowing the apprehension of terrorist and criminal suspects.	2nd quarter 2011
		The RTP, on the other hand, would facilitate the crossing of EU external borders for frequent, pre-screened and pre-vetted third country travellers, while ensuring overall coherence of EU border policy. Together, the EES and RTP would therefore further develop	

Title	Type of initiative	Description of scope of objectives	Foreseen adoption date
<p>- Communication the possibility of introducing an EU ESTA</p>		<p>an integrated border management by allowing persons who have a right to enter the EU to do so in a simpler and faster way, while at the same time constituting essential tools in the fight against irregular migration and security threats.</p> <p>The Schengen Borders Code will need to be amended to take account of the technical changes that will result from the proposals for an EES and RTP.</p> <p>Following the introduction by the US and Australia of an ESTA (electronic system for travel authorization), the Communication will examine whether the EU should also introduce such an ESTA, in the context of its integrated border management and as a complement to its present visa policy.</p>	
<p>32 Initiatives on Protecting the Licit Economy:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Communication on a comprehensive policy against corruption - Proposal of a new legal framework on the confiscation and recovery of criminal assets - Communication on the Anti-fraud strategy 	<p>Non-Legislative / Legislative</p>	<p>Protecting the licit economy is a priority in order to ensure that the EU can achieve the objectives of the EU 2020 Strategy. In this context, the Communication on a comprehensive policy against corruption will look at the establishment of an evaluation mechanism to assess the anti-corruption efforts in the EU and will present modalities of cooperation with GRECO (Council of Europe group of States against corruption) for that purpose.</p> <p>The Proposal of a new legal framework to enhance the confiscation and recovery of criminal assets in the EU will aim at enhancing existing tools in order to attack the proceeds of crime more effectively.</p> <p>Comprehensive strategy against fraud, providing a framework for better protection of the EU financial interests across different policy sectors.</p>	<p>2nd quarter 2011</p>
<p>33 A new comprehensive legal framework for the protection of personal data in the EU (Carry-over 2010)</p>	<p>Legislative</p>	<p>This initiative aims at modernising the existing system for the protection of personal data in all areas of the Union's activities in order to maintain the effective application of the data protection principles, and to improve current data protection legislation, in the light of the challenges of globalisation, new technologies, and requirements of public authorities.</p>	<p>2nd quarter 2011</p>
<p>34 Proposals to renew Civil Protection Legislation</p>	<p>Legislative</p>	<p>The main objective will be to reinforce EU Disaster Response, Preparedness and Prevention capacities (by means, i.a., of enhanced coordination and enhanced arrangements aiming at guaranteeing the availability of a core set of civil protection assets), in line with the proposals set out in the November 2010 Communication on Reinforcing EU Disaster Response Capacity.</p>	<p>4th quarter 2011</p>

Europe in the World: pulling our weight on the global stage		
A comprehensive trade policy		
35	Proposal reinforcing support to EU SMEs in markets outside the EU	Non-Legislative / Legislative The main objectives of EU-level business support is to provide supplementary help needed by SMEs to access and develop their activities in the most important markets outside the EU where such assistance offers real added value. Depending on the existing or potential market, EU services might be needed related to assistance to accessing markets, protection of IPR, standard-setting and regulatory issues. These services will be adapted to the needs of the EU SMEs identified locally for each particular market concerned and to the services already offered locally by other service providers, such as the Member States or EU business associations such as European Business Organisations which already exist in many third countries. The services provided should complement, reinforce and operate in co-operation with these existing service providers.
36	Initiative on the access of third country companies and goods to the EU public procurement market (MASP - Market Access Scheme for Procurement)	Legislative The key objective of this regulation is to improve the conditions under which EU businesses can compete for public contracts outside the EU. Currently EU suppliers face restrictive procurement practices in many of EU's main trading partners. This proposal therefore seeks to provide a framework allowing the EU to take effective action in the field of the Common Commercial Policy with respect to restrictive procurement practices operated in some of the EU's trading partners.
37	Proposal for a EP/Council Regulation applying the scheme of the Generalised System of Preference (GSP) from 1 January 2014	Legislative The new Regulation will review and refine the current GSP Regulation to ensure its simplicity and predictability as well as maximising its support for sustainable development and developing countries most in need.
EU enlargement, neighbourhood , development policies and humanitarian aid		
38	Initiative to modernize EU development policy	Non-legislative This initiative will lay down new policy guidelines on development. It will build on the results of the consultation launched with the Green Paper on EU development policy in support of inclusive and sustainable growth, as well as on other elements such as the Green Paper on Budget Support. It will be accompanied by initiatives on: "Enhancing Growth and Investment (job creation in partnership with the private sector)", "Budget support" and "Sustainable Development/Climate Change and Energy as driver for Growth".
39	Modernizing Humanitarian Aid	Legislative The main objective of the revision of Council Regulation 1257/96 concerning humanitarian aid will be to adapt the legislation to the new policy/institutional environment.
From input to impact: making the most of EU policies		
A modern budget for Europe's future		
40	Proposal for a new Multiannual Financial Framework, including the proposals on the different policy areas	Legislative / Non-legislative Setting out the budgetary priorities and the proposal for a new MFF for the coming period, which will consist of: 1) Commission Communication on the next multi-annual financial framework. 2) Commission proposal for a Council Regulation on a new Multi-annual financial framework, 3) Commission proposal for a new own resources decision 4) Commission proposal for a new Inter-Institutional Agreement on sound financial management and cooperation in budgetary matters.

			<p>Drawing on the in-depth discussions with the other institutions on the EU Budget Review and on the consultations the Commission will carry out in particular on the Common Agricultural Policy, the Common Fisheries Policy, the Cohesion policy and the Research Policy, the Commission will also present ambitious proposals for the next generation of financial programmes and instruments to better align the EU budget with the policy priorities, in particular the Europe 2020 Strategy. These proposals will be put forward in a number of packages, in the second half of 2011. Important policy areas to be addressed in the financial framework will include <i>inter alia</i> agriculture, climate change, cohesion, competitiveness, employment, environment, ICT, energy, TEN-T and transport infrastructure, fisheries and maritime affairs, justice and home affairs cooperation and research and innovation. The external projection of the EU interests in the world will also be addressed. The existing architecture will be streamlined and simplified, for example with a stronger emphasis on financial engineering and leverage funding, in order to optimize management and impact.</p>	
--	--	--	--	--

Annex II: Indicative list of possible initiatives under consideration*

* Initiatives are grouped by policy area. Initiatives marked by (*) are soft law initiatives.

2011		
Nr	Title	Description of scope of objectives
Competition		
1	Review of Framework on State aid to shipbuilding	The review will cover the questions whether sector specific rules are still needed and if yes, whether and in how far amendments to the existing rules are necessary.
2	Commission Communication on quantification of harm in antitrust damages actions	The 2008 White Paper on antitrust damages actions announced non-binding and pragmatic guidance to national courts and parties on issues of quantification in civil litigation. The Commission intends to adopt a Communication that will give some economic insights into the harm caused by anticompetitive practices and the methods commonly used to quantify such harm.
3	Guidelines on State aid to maritime transport	The initiative aims at reviewing the guidelines on state aid to maritime transport.
4	Guidelines on certain State aid Measures in the context of the Greenhouse Gas Emission Allowance Trading Scheme	Guidelines will have to be adopted to establish rules for the treatment of aid connected to the Emission Trading System.
5	Guidelines for the Rescue and Restructuring of financial institutions	In the context of the financial crisis, the Commission adopted in 2009 a Bank Restructuring Communication, which details the particular conditions that banks have to observe in the specific context of crisis-related State Aid to financial institutions on the basis art. 107(3)(b). New guidelines on Rescue and Restructuring of financial institutions will be prepared, to integrate lessons learnt during the crisis and re-establish a new regime for the financial sector based on art. 107(3)(c).
Digital Agenda		
6	Review of the Directive on reuse of public sector information 2003/98/EC	Review of the Directive on reuse of public sector information 2003/98/EC that will address 1) the scope of the instrument, 2) limitations on charges for the re-use of public sector information 3) clarifying the principle that all material that is generally accessible is also re-usable for non-commercial and commercial purposes.
7	Communication on Privacy and Trust in digital Europe: ensuring citizen's confidence in new services	In the course of the revision of the Telecoms Package a number of issues were raised in order to enhance the level of protection of the rights of users of eCommunications. In particular, the EP has called for more clarity regarding the legal status of IP addresses, behavioural on-line advertising, protection of privacy in Web 2.0 applications such as social networking services, and the rights of users of private networks. The Communication should be complementary to the review of the EU data protection framework.
8	Commission Recommendation on eCall*	Recommendation to the Member States targeting Mobile Network Operators on the transmission of eCall, including the Minimum Set of Data (MSD) from the in-vehicle systems to the PSAPs. The guidelines would be based on the single European emergency number enhanced with location capabilities (E112) and the set of standards related to transmission of the eCall, including the implementation of the eCall discriminator (eCall flag) in the mobile networks.

9	Proposal for a Council Recommendation to enhance a network and information security through standards and guidelines in public procurement *			Council Recommendation to promote the adoption of IT security standards in public procurement.
10	Web accessibility action plan	Commission action		There is need for concerted actions to make sure that new electronic content is also fully available to persons with disabilities. In particular, public websites and online services in the EU that are important to take a full part in public life should be brought in line with international web accessibility standards. Based on review of options, make proposals by 2011 that will make sure that public sector websites (and websites providing basic services to citizens) are fully accessible by 2015.
11	Possible revision / clarification of universal service provisions in e-communications	Legislative / Non-legislative		The purpose of this initiative is to review the provisions on universal service (Chapter II of Universal Service Directive 2002/22/EC) in the light of the technological, market and social developments.
12	Communication on the collective use of radio spectrum	Non-legislative		In the context of the Radio Spectrum Policy Programme, the Communication is planned in order to foster the collective use of spectrum (CUS). The Communication will describe this spectrum management model and its role in the balance of various models. It will give an overview of the current use of CUS, the similarities and differences to other management approaches, the advantages and benefits of the model as well as the challenges which need to be addressed.
13	Revision of the e-signature Directive following an action plan on e-signatures and e-identification to facilitate the provision of cross-border public services in the Single Market; Directive 1999/93 of the European Parliament and of the Council on a Community framework for electronic signatures.	Legislative		The 2008 eSignature /eIdentification Action Plan seeks an EU-wide solution to cross-border use of online public services. Progress report envisaged in 2010. The Commission will assess whether further horizontal and/or sectoral initiatives are needed.
14	Mutual recognition of Identification and eAuthentication	Legislative		The Decision will aim at establishing a minimum set of principles for the mutual recognition of national identification and e-authentication mechanisms when eID is used across borders.
15	Report on the outcome of the review of the functioning of the Roaming Regulation	Non-legislative/legislative		Under the amended Roaming Regulation the European Commission must produce a report to the European Parliament and Council by 30 June 2011, reviewing the functioning of the Regulation and assessing whether its objectives have been reached. As required by Article 11(1) of the amended Roaming Regulation, the Report must review the developments in wholesale and retail roaming charges for voice, SMS and data communication services; the availability and quality of services including those which are an alternative to roaming.
16	Communication on digitisation and digital preservation	Non-legislative		The Communication will: 1) give an overview of progress in the MS on digitisation and digital preservation; 2) report on the development of Europeana, Europe's digital library; 3) report on the findings of the 'Comité des Sages on digitisation'; 4) call on MS to tackle areas where they have not delivered until now, and 5) outline the next steps from the side of the Commission.

Economic and Monetary Affairs	
17	<p>Communication on Public Finances in EMU 2011</p> <p>Non-legislative</p> <p>The communication on Public Finances in EMU-2011 distils the policy implications/challenges of the annual Public Finance Report (PFR). The PFR reviews fiscal developments in the EU Member States and discusses topical issues in the field of fiscal policy making and fiscal surveillance in the EU.</p>
18	<p>Communication on innovative financial instruments for the new MFF</p> <p>Non-legislative</p> <p>The subgroup of Commissioners on innovative financial instruments is expected to adopt principles for the design and implementation of innovative financial instruments supporting Europe 2020 and external action over the period 2014-2020. It is also expected to conclude on new joint instruments with the EIB as well as other capital market instruments like project bonds or financial instruments operated together with national public financial institutions and IFIs. This Communication will set out these principles and instruments in order to inform the EP, the Council and the stakeholders. It would support the Commission's proposals for a new MFF.</p>
Education, Culture and Youth	
19	<p>Commission Communication on a New Competences Initiative</p> <p>Non-legislative</p> <p>The Communication is linked to the New Skills for New Jobs initiative and seeks to develop the key competences approach in the fields of vocational training, adult learning and higher education, building on the 2006 Key Competences Recommendation but going beyond. It supports efforts in Member States to modernise these other areas of education and training provision, looking especially at assessment and validation questions and the development of a common language on competences between the worlds of education/training and of work, including the proposals for a High Level Forum on basic skills and for a European Skills Passport.</p>
20	<p>Recommendation on the promotion and validation of informal and non-formal learning *</p> <p>Part of the Youth on the Move initiative; it will address how national qualifications frameworks should facilitate the promotion and validation of non-formal and informal learning outcomes and provide permeability between VET and higher education, as well as how to promote professionalism and recognition of those delivering such learning experiences, in particular in the youth field.</p>
21	<p>Unlocking the potential of Cultural and Creative Industries</p> <p>Non-legislative</p> <p>The objective is to foster the right environment for cultural and creative industries (CCIs) to flourish and contribute to smart, sustainable and inclusive growth. The initiative should make it easier for CCIs (in particular SMEs) to access funding, improve the monitoring of skills needs of CCIs, better embed CCIs in regional development strategies, and set up "creative partnerships" between CCIs and education institutions / businesses / administrations.</p>
Employment, Social Affairs and Inclusion	
22	<p>Proposal for a Council Decision on Employment Guidelines</p> <p>Legislative</p> <p>As provided for by article 148 TFEU, the Council, on a proposal from the Commission shall each year draw up guidelines which the Member States shall take into account in their employment policies. The Commission proposal will be adopted each year in January, starting in 2011.</p>
23	<p>(second-phase) consultation of social partners on the protection of workers' health from risks related to exposure to Environmental Tobacco Smoke at the workplace</p> <p>Non-legislative</p> <p>Approximately 7.5 million workers in the EU are exposed to "environmental tobacco smoke" (ETS) at the workplace. This exposure to ETS can cause lung cancer, cardiovascular diseases and a range of other health problems. There is evidence that exposure to ETS at work accounted for over 7000 deaths in the EU in 2002. While many Member States have already taken actions in this area, there is no uniform or comprehensive protection for workers in the European Union as regards exposure to ETS. In December 2008, the Commission launched a first-stage consultation of the European social partners, in accordance with Article 154 TFEU, on the possible orientation of an EU initiative as regards workers exposure to ETS at the workplace.</p>
24	<p>Proposal to amend several labour law EC Directives with a view to including seafaring workers or vessels within their scope</p> <p>Legislative</p> <p>The proposal aims to provide seafarers with the same level of employment rights as on-shore workers. A number of Directives in the field of labour law currently exclude seafarers from their scope. The amendments, which should cover several Directives, will either include seafarers in their scope or provide for special treatment of seafarers so as to ensure an equivalent level of protection, while taking into account the special circumstances and the overall economic environment for this industry.</p>

25	(first-phase) consultation of the European social partners on the revision of Council Directive 2001/86/EC of 8 October 2001 supplementing the Statute for a European company with regard to the involvement of employees	Non-legislative	The consultation will aim to elicit the European social partners' position on the possible revision of Directive 2001/86 with a view to simplifying the arrangements for the representation of employees in European companies and on the scope of such a revision. The consultation will take place after the publication of the Commission Report on the implementation of Regulation 2157/2001.
26	(first-phase) consultation of the European social partners on the revision of Council Directive 2003/72/EC of 22 July 2003 supplementing the Statute for a European Cooperative Society with regard to the involvement of employees	Non-legislative	The consultation will aim to elicit the European social partners' position on the possible revision of Directive 2003/72. The consultation will take place after the publication of the Commission Report on the implementation of Regulation 1435/2003 (European Cooperative Society Statute).
Energy			
27	Initiative to support the implementation of smart grids	Legislative	This legislation will provide a framework for the implementation of smart grids in the Member States. The large scale implementation of smart grids is key to increase energy efficiency, to support the uptake of electricity from renewable energy and the setting up of an infrastructure for electric vehicles. It will inter alia define quality criteria to which smart grids need to respond and the obligation for development of national plans.
28	Communication on security of energy supply and international cooperation "	Non-legislative	The Communication presents a comprehensive analysis of the external dimension of EU energy policy. It will identify priorities for the EU external energy cooperation in order to realize the objectives of EU energy policy as in Art. 194 TFEU.
Enlargement and Neighbourhood Policy			
29	Enlargement package 2011	Non-legislative	The Commission is invited to report on the candidate and SAP countries. The Commission strategy paper allows the European Council to define main strategic orientations on enlargement at the end of each year.
30	Commission opinion on Serbia's application for EU membership	Non-legislative	Assessment of Serbia's readiness to fulfil the Copenhagen criteria for EU membership and the conditions for the Stabilisation and Association process, assessment of the impact that Serbia's accession may have on relevant EU policies and recommendations to the Council on its response to the application of Serbia.
31	Annual European Neighbourhood Policy (ENP) package	Non-legislative	A Communication drawing conclusions from a strategic review of the ENP, five years after its establishment, and based on a wide consultation process involving member states, partner countries and other stakeholders. Communication to be accompanied by 14 Staff Working Documents (12 country reports, a sectoral report and a report on the Eastern Partnership in view of the EaP Summit to be held in the first semester of 2011).
Environment			
32	Review of the list of priority substances under the Water Framework Directive	Legislative	The Water Framework Directive requires the Commission to review the list of priority substances every 4 years. Priority substances are those posing a risk to or via the aquatic environment at EU level. They are part of the basis of the EU strategy to combat chemical pollution in EU waters.
33	Communication on implementing EU environmental law and policy: a common challenge.	Non-legislative	The communication will address the shortcomings in implementing environmental legislation and propose a strategic way forward as well as exploring a number of practical avenues to improve the current gaps in implementation of the EU acquis. Issues to be addressed, among others, will be improving the coherence of legislation, enhancing compliance promotion, strengthening the effectiveness of inspections and enhancing the role of national judges in supporting the implementation of EU legislation.

Health and Consumers			
34	Proposal for a revision of the Decision on communicable diseases combined with an initiative on prevention and control of other serious cross border health threats at EU level (Health Security in the European Union)	Legislative	The Health Security initiative aims to review and update the existing EU legislation on communicable diseases (Decision 2119/98 and its implementing decisions) and to reinforce the collaboration at EU level on serious cross-border health threats from a global public health perspective ("all-hazards approach" taking account of the existing structures and mechanisms at EU level).
35	Review of Directive 2001/95/EC on general product safety (GPSD)	Legislative	The Commission report (2009) on the implementation of the General Product Safety Directive identified areas for improvement of the Directive. Experience with handling recurrent product safety alerts, the complexity of establishing useful safety benchmarks, the globalisation challenges, are the main drivers. An internal market of safe goods for consumers needs simpler, clearer rules for more effective enforcement. Businesses deserve a genuine level playing field. Better coordination of action by Member State authorities is key to improvements. The RAPEX system is already widely recognised, yet it could even better help ensure that all Europeans enjoy same levels of safety if the legislative framework were upgraded.
36	Communication on Consumer Policy Strategy (2014-2020)	Non-legislative	The current Consumer Policy Strategy covers the period 2007-2013. The new Strategy (2014-2020), to be presented as a Communication, should be done sufficiently early, in order to allow the necessary time to develop the associated Programme.
37	Proposal for a revision of the Tobacco Products Directive 2001/37/EC concerning the manufacture, presentation and sale	Legislative	Substantial developments in tobacco product regulation have taken place. Therefore, an update of the Directive is necessary in order to target better young people and vulnerable groups.
38	Communication concerning the Second EU strategy for the protection and welfare of animals (2011-2015)	Non-legislative	The aim of the initiative is to consolidate future EU policies in this area in a strategic paper that will ensure that future action will be integrated and understood both inside and outside the EU. The Strategy responds to the demand of stakeholders and the EP to develop EU policies on animal welfare with due regard to the overall costs and their impacts on competitiveness of the sector.
Home Affairs			
39	Communication on an EU agenda for integration of third-country nationals, including the development of a coordination mechanism	Non-legislative	The Communication should launch a "second phase" of the Common Agenda on Integration aimed at enhancing existing tools of coordination of integration policies and developing new instruments, including European Modules on Integration. This corresponds to the political objective of ensuring a better integration of migrants, as announced in the EU 2020 Strategy, and will be based on the new legal basis provided by the Treaty of Lisbon (art. 79§4 TFEU), which excludes harmonisation of laws while allowing for supporting measures.
40	Directive on the use of Passenger Name Records for law enforcement purposes (European PNR)	Legislative	Reformatting of the proposal for an EU PNR Framework Decision following the entry into force of the Lisbon Treaty. The proposal provides that air carriers will be required to make available PNR data of their passengers to the Member States law enforcement authorities.
41	Communication on enhanced intra-EU solidarity	Non-legislative	The Communication will aim to create a coherent and comprehensive framework for better sharing responsibility for asylum seekers and beneficiaries of international protection across the EU.

42	European Terrorist Financing Tracking Programme (European TFTP)	Legislative	<p>The EU-US Terrorist Financing Tracking Programme (TFTP) agreement holds out the longer-term prospective of the establishment within the EU of an EU system equivalent to the TFTP, implying a more targeted transfer of data in the future and allowing for the extraction of data to take place on EU soil. Article 2 of the Council Decision on the conclusion of the EU-US agreement invites the Commission to submit no later than 1 August 2011 a legal and technical framework for the extraction of data on EU territory.</p> <p>The aim of EUROSUR is to reinforce the control of the Schengen external border, especially the southern maritime and eastern land borders. EUROSUR will establish a mechanism for Member States' authorities carrying out border surveillance activities (border guards, coast guards, police, customs, and navies) to share operational information and to cooperate with each other and with FRONTEX in order to reduce the loss of lives at sea and the number of irregular immigrants entering the EU undetected, and to increase internal security by preventing cross-border crime such as terrorism, trafficking in human beings, smuggling of weapons and drugs, etc. Hence, for the purposes of establishing the technical and operational framework of EUROSUR, the legislative proposal will focus on the tasks and functions of national coordination centres, the setting up of a decentralised communication network and will provide common rules for the exchange of information between national coordination centres and with FRONTEX.</p> <p>As foreseen in the Stockholm programme, and based on the evaluation of the work done so far, this Communication will contribute to the further development and consolidation of the global approach to migration. It will be elaborated according to a broad participative process, associating all relevant stakeholders, and will promote increased coordination, coherence and synergies, as well as a more strategic and evidence based use of the global approach instruments. The Communication will be accompanied by three staff working documents which will explore the effects of climate change on migration, the connection between migration and development and labour shortages.</p> <p>Following an evaluation of the existing Data Retention Directive and recent judgments of MS constitutional courts, a review of the Directive is aimed at better matching data retention obligations with law enforcement needs, protection of personal data (right to privacy) and impacts on the functioning of the internal market (distortions).</p> <p>The existing pre-Lisbon asset freezing measures against specified persons and groups to prevent and combat terrorism contain a gap in that, due to lack of legal base, they do not allow the listing of persons suspected of terrorist activities in the EU. To close this gap, the Lisbon Treaty has added a new legal base (Art. 75 TFEU) on the basis of which a complementary listing procedure for internal terrorists needs to be developed.</p>
43	Legislative proposal on the establishment of a European Border Surveillance System (EUROSUR)	Legislative	
44	Communication on the evaluation and future development of the Global Approach to Migration	Non-legislative	
45	Proposal for a review of Directive 2006/24/EC (Data Retention)	Legislative	
46	Regulation establishing a procedure for the freezing of funds of persons suspected of terrorist activities inside the EU	Legislative	
Industry and Entrepreneurship			
47	Communication on the strategy for the Sustainable Competitiveness of the EU Construction sector	Non-legislative	<p>The Communication will define a strategy for strengthening the competitiveness of the European construction sector whilst meeting current and future societal challenges until year 2020. It will present a set of priority actions to be undertaken by the key sector operators (EU-level, Member States authorities, industry) allowing tangible steps to be taken towards meeting the foreseen objectives. This includes appropriate modalities of coordination in order to achieve maximum impact. The objectives and actions will fully take into account the different country settings in the Member States, the various construction subsectors, the differences in role and size of the operators as well as the impact of cyclical economic developments.</p> <p>The underlying policy objective is to improve the functioning of the internal market for medicines. The aim of the review is therefore to look at the opportunity to update a directive dating back from 1989, taking into account the case-law developed by the European Court of Justice, the outcomes of the Pharmaceutical Sector Enquiry and of the market monitoring as well as developments in the market and in national pricing and reimbursement regulations.</p>
48	Review of Council Directive 89/105/EEC relating to the transparency of measures regulating the pricing of medicinal products for human use and their inclusion in the scope of national health insurance systems	Legislative	

49	Registration of motor vehicles previously registered in another Member State	Legislative	The main policy objective is to improve the functioning of the internal market through the elimination of barriers to the free movement of goods, services and workers, caused by the different administrative formalities and requirements for the registration of motor vehicles previously registered in another Member State.
50	Proposal for a Regulation relating to the permissible sound level and the exhaust system of motor vehicles	Legislative	The main objective of the initiative is aiming at reducing the negative impact of noise exposure of European citizens caused by motor vehicle traffic. The specific objective is to modify and improve the applicable requirements within the European system for the type-approval of motor vehicles with regard to their noise emissions. This concerns all new types of passenger cars, trucks, lorries and buses which shall be approved after this legislative measure comes into force.
51	Regulation establishing a Third Party Liability regime for the EU Global Navigation Satellite Systems	Legislative	The general objective is to help clarify the third party liability regime applicable to EU GNSS as one of the financial aspects of the further exploitation of the EU GNSS. The specific objective is to put in place a uniform liability regime which strikes a balance between the interests of all stakeholders: - of the users and third parties, as possible claimants - and of all players in the GNSS chain, as possible defendants. The operational objective is to define rules which are compatible with the specifics of the EU GNSS implementation.
52	Proposal for a Directive amending framework directive 2007/46/EC on the type-approval of motor vehicles (introducing market surveillance provisions of the new legislative framework on the marketing of products)	Legislative	The overall policy objective is to safeguard and strengthen the internal market for motor vehicles by ensuring that all necessary mechanisms are in place for an effective and uniform implementation and enforcement of the automotive product framework legislation. It aims at achieving that all motor vehicles as well as systems, components and separate technical units intended for such vehicles which are placed on the EU market fulfil the applicable requirements, with a view to ensure a high level of safety and environmental protection, and that a level playing field is maintained for the economic operators involved.
Internal Market and Services			
53	Modernisation of the EU Public Procurement legislative framework	Legislative	This initiative will aim at modernising and simplifying the existing EU public procurement framework (Directives 2004/17/EC and 2004/18/EC). While preserving the transparency and non discrimination principles, the review will seek to ensure that the EU procurement framework is optimised, in line with smart regulation principles, so that it provides the best possible procurement outcomes with the least possible transaction costs and administrative burdens. Issues such as the simplification of the procurement procedures, the updating of e-procurement provisions, public-public cooperation, the possible use of public procurement to achieve other policy objectives will be, inter alia, addressed.
54	Directive on Insurance Guarantee Schemes	Legislative	Legislative proposal (Directive) on IGS in order to ensure that IGS exist in all Member States and that they comply with a minimum set of design features
55	Regulation on a European Foundation	Legislative	To address the cross-border problems foundations (and possibly other philanthropic legal forms) and their donors face, notably as regards excessive administrative burdens or legal limitations.
56	Initiative on Concessions	Legislative	To provide legal clarity and certainty as to the rules governing award of concessions contracts.
57	Directive ensuring consistency and effectiveness of Pre-Contractual Disclosures and Sales Rules for Packaged Retail Investment Products (PRIPs)	Legislative	To obtain a high level of consumer protection by providing for appropriate and comparable product disclosure and selling requirements for similar products.

58	Green Paper on the Professional Qualifications Directive: a way forward to a possible reform	Non-legislative	To present the evaluation report based on the ex-post evaluation of the current functioning of the Professional Qualifications Directive and a Green Paper consulting on the need for further reform of the Professional Qualifications Directive.
59	Communication and Report on the results of the implementation of the Services Directive and its "mutual evaluation process"	Non-legislative	The Communication/report will describe the process of mutual evaluation and the state of the internal market after the implementation of the Services Directive and outline a follow up (including whether further action - legislative or not - may need to be considered in certain areas.)
60	Green Paper on a framework initiative on corporate governance	Non-legislative	To consider a range of corporate governance issues for companies, including effective functioning of boards, protection of minority shareholders, shareholder/investor engagement and general issues concerning the operation of the "comply or explain" system and monitoring across the Member States.
61	Social Business Initiative	Non-legislative / Legislative	To promote social business and its development in the Single market.
62	EU framework for the approximation of sanctioning regimes in the financial sector	Legislative	To strengthen national sanctioning regimes in a consistent manner and improve enforcement of sanctions.
63	Securities Law Directive Regulation on Central Securities Depositories (CSD's)	Legislative	The main policy objective is a simplification of holding and transaction by way of harmonising Member States' law. This relates to the substantive law as well as the conflict-of-law aspect. The second policy objective is to abolish rules hampering the deposit of securities issues into a depository located in a different Member State.
64	Amendment of the UCITS Directive as regards rules on UCITS depositories and remuneration policies	Legislative	To increase the level of investor protection and a level playing field for UCITS investors across Europe by prescribing precise rules as regards the safekeeping of securities by depository institutions.
65	Review of Directive concerning Institutions for Occupational Retirement Provision (IORP)	Legislative	To maintain a level playing field with Solvency II and promote more cross-border activity in this field and thereby help address the challenges of demographic ageing and public debt.
66	Follow-up to the Green Paper on Corporate Governance in Financial institutions	Legislative	To enhance the quality of corporate governance mechanisms in financial institutions in order to avoid repetition of corporate governance problems in banks and other financial institutions that contributed to the 2008 financial crisis.
Justice, Fundamental Rights and Citizenship			
67	Proposal for a Regulation on the conflicts of laws in matters concerning matrimonial property rights, including the question of jurisdiction and mutual recognition, and for Regulation on the property consequences of the separation of couples from other types of unions	Legislative	This Regulation will provide for objective criteria to determine the applicable law governing matrimonial assets in the case of international marriages. This would also cover the case of matrimonial assets located in different Member States. The Regulation will also deal with the question of which national court is responsible and contain a mechanism of recognition and enforcement of judgments from one Member State to another.
68	EU Framework for national strategies on Roma integration	Non-legislative	Based on the first phase of the work of the Roma Task Force, the Communication will, in particular, assess the use and the effectiveness of the EU funds by Member States to support Roma integration. It will identify deficiencies in their use and make proposals for action.

69	Proposal for a Directive on Access to a Lawyer in criminal procedures	Legislative	This initiative is designed to ensure consistent and adequate access to a lawyer for suspects and accused persons in criminal proceedings throughout the EU. This proposal is part of the Roadmap for strengthening procedural rights of suspected and accused persons in criminal procedures.
70	Legislative proposal amending Decision 1995/553/EC implementing the right to consular protection	Legislative	Any EU citizen who is in a third country where his or her Member State is not represented, is entitled to receive effective consular assistance from embassies or consulates of any other Member State on the same conditions as their nationals. This proposal aims to assist the Member States with this task by proposing concrete measures to ensure that all EU citizens are informed of their rights and that the scope of protection is clarified.
71	Legislative proposal on improving financial compensation of consular protection in crisis situations	Legislative	This proposal aims at setting up a compensation system for crises situations between Member States, in line with the Commission's Action Plan 2007-2009 on providing effective consular protection in third countries.
72	Revision of the Council Directive 90/314/EEC on Package Travel, Package Holidays and Package Tours	Legislative	The aim of the proposal is to modernise the current rules for the protection of consumers buying package travel, notably over internet, and facilitate the purchase of package travel from other Member States.
73	Communication on misleading and comparative advertising Directive	Non-legislative	The Communication will identify and examine areas for possible revision of the Directive.
74	Communication on European Judicial Training	Non-legislative	In line with the Stockholm Programme, the Communication will set out ideas on how to increase the number of legal practitioners trained in EU acquis in the EU Member States, support the development and organisation of European judicial training activities, at local, national or European level, and to improve their quality and to support the development and organisation of Erasmus-type exchanges.
75	Regulation on limitation periods on cross border road traffic accidents	Legislative	This initiative aims at ensuring that victims of cross border traffic accidents do not risk losing their right to compensation because of the differences in respect to limitation and prescription periods in the MS.
76	Revision of the Framework Decision on financial penalties	Legislative	This initiative aims at ensuring consistent application of mutual recognition and enforcement of financial penalties imposed in another Member State, including for road traffic offences.
77	Legislative proposal on Communication with Relatives, Employers and Consular Authorities in criminal procedures	Legislative	This initiative is designed to ensure consistent and adequate minimum common rules on the right to have at least one person informed of the deprivation of liberty for suspects and accused persons deprived of their liberty in criminal procedures throughout the EU. This proposal is part of the Roadmap for strengthening procedural rights of suspected and accused persons in criminal procedures.
78	(first-stage and second-stage) consultation of the European social partners on reconciliation between work, family and private life (2011)	Non-legislative	In line with the 2010 Women's charter and following from the 2008 reconciliation package, the Commission will consult the European social partners on further legislative measures to improve work life balance, including paternity and filial leave. These measures will have the double aim of increasing female employment rates as women bear the main responsibilities for caring for children and other dependants as well as tackling the demographic challenge. Depending on the outcome of the consultation, the Commission may adopt a legislative proposal on reconciliation, including on paternity and filial leave, in 2012.

Maritime affairs and fisheries			
79	Proposal for a legislative action of the European Parliament and Council setting a framework for Maritime Spatial Planning.	Legislative	Ensure that Member States provide a stable, reliable and future-oriented integrated planning framework to optimise the use of marine space to benefit economic development and the marine environment and that in doing so they apply a common approach in order to facilitate cross-border maritime spatial planning.
Protection of the financial interests of the EU			
80	Communication on protection of the financial interests of the European Union, including by criminal law	Non-legislative	The purpose is to set out options for the use by the Commission of the new competences introduced by the Lisbon Treaty to protect the financial interests of the Union by providing elements for a forward-looking and coherent approach to strengthen the protection of the financial interest of the European Union, including by means of criminal law.
81	Follow-up of the Reflection paper on the reform of the European Anti-Fraud Office (OLAF) – amended proposals amending the OLAF Regulations 1073/1999 and 1074/1999	Legislative	The Commission to adopt an amended proposal for the modification of Regulation 1073/1999. The amended proposal's purpose is to improve the efficiency of OLAF's investigations and the Office's accountability.
Research and Innovation			
82	European Strategy and Action plan towards a sustainable bio-based economy by 2020	Non-legislative	The Communication will provide a vision and action plan for a sustainable and innovative European Bio economy by 2020, including : - Implementation of a European Innovation Partnership and completion the European Research Area in the bio-economy sectors - to improve framework conditions for innovation including promotion of knowledge transfer and public procurement and development of standards - to stimulate the reforms of Member States national R&D and innovation systems, in order to enable the development of the bio-economy at national level.
83	Communication on "Partnerships in Research and Innovation"	Non-legislative	The Commission will present a Communication on how partnerships for innovation and research of different nature (such as public-private and public-public), can deliver towards the EU 2020 strategy and the Innovation Union. In this context special attention will be paid to the Innovation Partnerships concept.
84	Communication on Scientific information	Non-legislative	Follow-on to the 2007 Communication on 'scientific information in the digital age' that was adopted as part of the digital libraries initiative. The Communication will take stock of the developments in the area of access to scientific information, and will outline the next steps the Commission will take. It will amongst other things define a position on the possibility to extend the open access mandate from the current pilot areas to the whole of FP8.
Taxation and Customs Union			
85	Financial sector taxation	Legislative / Non-legislative	This initiative follows the Communication adopted on 7 October which sets out a two pronged approach to the taxation of the financial sector to respond to global and European challenges. The Commission supports the idea of a Financial Transaction Tax (FTT) at global level. A Financial Activities Tax (FAT) appears to be the best way to deal with the issue in the EU. The Commission will further assess these options, in order to bring forward policy initiatives on the taxation of the financial sector in the summer 2011. The assessment of cumulative impact on the financial institutions of new regulation, possible bank levies and taxes will be important before launching any proposal.

86	Initiative on cross border inheritance taxes	Non-legislative	To promote coordination of inheritance taxation between the EU Member States in order to avoid double taxation and double non-taxation in cross-border situations and propose recommendation to Member States in this field.
Trade			
87	Communication on Trade and Development	Non-legislative	The Communication is a follow-up to the EU 2020 strategy and Commission Communication on Future Trade Policy and will complement them by setting out more precisely how future EU trade policy will have a strong development dimension and will respond to the particular developmental needs and situations of developing and least developed trading partners in order to support their integration into the world economy.
Transport			
88	Proposal on security scanners	Legislative	As a follow-up to the report on security scanners from June 2010, and depending on the results of the impact assessment, it would establish a regulatory framework for the use of security scanners at EU airports
89	Package on a Social Maritime Agenda	Legislative / Non-legislative	It will discuss various aspects of the "human element" in maritime transport, most notably training and certification of sea farers (Communication on a Social Agenda for maritime transport, Proposal for Directive on controlling the application of the ILO convention, Proposal for the revision of Directive 2008/106/EC on the training of seafarers).
90	Communication on international transport policy with regard to neighbouring countries	Non-legislative	It is a joint Communication with DGs ELARG, AIDCO and RELEX/EEAS and will discuss transport policy towards neighbourhood and enlargement countries. This roadmap brings together all the various transport policy related to the eastern partnership and enlargement under one policy umbrella, including better links to our TEN-T policy.
91	Strategic Transport Technology Plan (STTP)	Non-legislative	The STTP will provide a strategic framework for research and technological development and deployment, based on policy needs and on a vision for an integrated efficient and environmentally friendly transport system at the horizon 2050.
92	e-mobility package	Legislative / Non-legislative	This set of legislative measures will introduce deployment of new technology across various transport modes in support of an efficient and sustainable transport system. Measures will tackle integrated rail ticketing, digital tachograph, electronic tolls, integrated maritime data etc.

2012 – 2014				
Nr	Title	Type of initiative	Description of scope of objectives	Year of adoption
Climate Action				
1	Measures to include maritime transport emissions in the EU's greenhouse gas reduction commitment if no international rules agreed	Legislative	According to the EU's climate and energy legislation, measures should be taken to include maritime transport emissions in the EU's greenhouse gas reduction commitment if these emissions are not included in an international agreement's reduction targets by 2011.	2012
Cohesion Policy				
2	2nd strategic report on the implementation of cohesion policy programmes 2007-2013	Non-legislative	Article 30 of regulation 1083/2006 requires the Commission to present a strategic report at the latest by 1st April 2013.	2013
Competition				
3	Review of the State aid rescue and restructuring guidelines	Non-legislative	The current Rescue and Restructuring Guidelines are applicable until October 2012. Although the financial crisis led to a prolongation of the current R&R guidelines, preparatory work for their revision had already started in 2007, when a revision by 2009 was still aimed for.	2012
4	Review of guidelines on national regional aid	Non-legislative	- Current Guidelines are in force until 31 December 2013 - Possible review of rules on demarcation of regions, aid intensities allowed and large investment projects.	2012
5	Review of the State aid guidelines for broadband networks	Non-legislative	The current Guidelines are to be reviewed by 30.09.2012 at the latest.	2012
Development				
6	Proposal for Council Decision replacing Council Decision 2001/822/EC of 27 November 2001 on the association of the overseas countries and territories with the European Community ("Overseas Association Decision")	Legislative	Council Decision 2001/822/EC of 27 November 2001 on the association of the Overseas Countries and Territories with the European Community ("Overseas Association Decision") expires on 31 December 2013 and will need to be replaced by a new Decision.	2012
Employment, Social Affairs and Inclusion				
7	Communication on "Developing labour market intelligence and skills governance: towards an EU skills audit"	Non-legislative	As a follow-up to the flagship initiative "An agenda for new skills and jobs", the EU skills audit will aim to assess the current and future skills supply and labour market needs and their implications for education and training systems. The EU skills audit should be carried out every two years.	2012

8	Proposal for a legal instrument on enforcement of rights of EU migrant workers in relation to the principle of free movement of workers	Legislative	Removing existing barriers to mobility of EU workers by enhancing the enforcement of rights conferred by EU law.	2012
9	Commission Communication on a new EU strategy on safety and health at work (2012)	Non-legislative	The Communication will define a new strategic framework for occupational health and safety at work for the period 2013-20.	2012
10	Proposal for a Regulation amending Regulation 1612/68 (EURES)	Legislative	The proposal will support the implementation of the flagship initiative "Youth on the Move". More specifically, it aims at reforming the EURES network, improving its already existing information and advice activities and expanding it to include an EU-wide scheme for the mobility of young workers.	2012
11	Legislative proposal to amend Directive 2004/37 concerning the protection of workers against the risks associated to the exposure to Carcinogens and Mutagens at work (2013)	Legislative	The purpose is to review the current legal framework in order to address acceptable cancer risk levels, improve risk management, and assess the extension of the scope of the Directive in order to take into account new factors of risk and substances that are toxic for reproduction.	2013
Energy				
12	Regulation on reporting intra-Community transfers of nuclear items	Legislative	Establish a reporting mechanism for intra-Community transfers of nuclear items subject to a reporting requirement by the Additional Protocols to the nuclear safeguards agreements in place between the MS and the IAEA. In the framework of the adoption of a recast dual-use regulation (Regulation EC 428/2009), the MS agreed to re-consider the list of nuclear items subject to intra-Community export controls.	2012
Environment				
13	ABS Package in relation to the international regime on access to genetic resources and benefit-sharing (ABS), including Proposals for Council Decisions for the Signature and Ratification of the international agreement and appropriate implement-ting initiatives at Union level.	Legislative/Non-legislative	These initiatives are part of the preparatory process leading to the signature and ratification by the EU of an international Treaty on access to genetic resources and benefit-sharing. Signature and ratification of the ABS Protocol must be underpinned by a Communication on how the Commission would seek to implement the ABS Protocol within the Union through legislative and other measures. Follow-up with appropriate measures to implement the ABS protocol in the EU are also foreseen.	2012
14	Revision to the EIA Directive (Environmental Impact Assessment)	Legislative	The global objective of the review is to improve the functioning of the Directive, by ensuring a more consistent and effective application of the principles of environmental assessment and ensure consistency with the international obligations deriving from the Espoo Convention (including the Protocol on Strategic Environmental Assessment).	2012
15	Blue Print to safeguard Europe's water resources	Legislative/Non-Legislative	The objective is to ensure the availability of sufficient quantities of good quality water to support aquatic ecosystems and sustainable use for human needs and economic purposes.	2012

	<p>It will be based on a review of existing water policy including on water scarcity, vulnerability and on droughts and on an assessment of the implementation of the Water Framework Directive. The potential for water savings in the EU is already estimated at 40%. An initiative on water efficiency could be envisaged to promote water savings in public and private buildings.</p>		
16	<p>Revision strategy on endocrine disruptors</p>	Non-legislative	2012-2013
Health and Consumer			
17	<p>Package containing: 1. Proposal for an Animal Health Law 2. Proposal for a revision of Regulation 882/2004 on official controls along the food chain concerning in particular the financing of official controls, controls on residues of veterinary medicines (Directive 96/23/EC), and the principles governing the organisation of veterinary checks on products and animals presented for import into the EU from third countries (Directive 97/78/EC and Directive 91/496/EEC) 3. EU Plant Health Law</p>	Legislative Legislative	2012
<p>The proposal will be based on the experience gained in the implementation of the existing legislation and of the extensive evaluation of the EU animal health policy carried out. The new Animal Health law aims to establish a clearer regulatory structure for animal health in the EU combining several legislative acts into one comprehensive animal health framework.</p> <p>The revision of Regulation 882/2004 aims to take into account the outcome of a number of evaluations currently ongoing (on fees, residues, import controls), which aim to improve the efficiency of official controls along the food chain by looking at specifically regulated areas (residues) and at inconsistencies and discrepancies in enforcement (fees), and by introducing a more flexible risk-based approach to border controls.</p> <p>It also aims at ensuring a fully integrated control system including animal health and plant health and to simplify the framework for enforcement cooperation between the Commission and the Member States.</p> <p>The proposal will also aim to simplify and rationalise the general framework under which the Commission and the Member States cooperate under the provisions of the Regulation.</p> <p>The initiative reflects the need to modernise the existing plant health regime, building on its recent ex-post evaluation. Improved prevention of the introduction of new pests and diseases will avoid expensive campaigns to eradicate or control in a later stage, will prevent avoidable increases in pesticide use, will enable sustainable production and agricultural competitiveness and will help to ensure food security and protection of forests, landscape and gardens. Improved legislation and better harmonised implementation provisions will allow to more effectively addressing the plant health impacts of globalisation and climate change.</p>			

18	<p>Package;</p> <p>1) Proposal for a revision of the Directive on veterinary medicinal products</p> <p>2) Proposal for revision of medicated feed</p>	Legislative	<p>The veterinary medicines legislation will be evaluated to identify excessive administrative burdens and to specify the problems, e.g. the lack of authorised veterinary medicines to treat diseases of minor animal species or diseases occurring rarely. The objective of the review is to increase the availability of medicines on the market and to decrease the burden on enterprises by streamlining the authorisation processes of veterinary medicines while respecting public health, animal health as well as the environment.</p> <p>The initiative aims to clarify the scope of medicated feed legislation with respect to other parts of the feed law and with the legislation on veterinary medicinal products (VMPs), to assess the relationship between the administration of VMPs and the administration via MF, and to assess the different routes of administration of VMPs in terms of costs, safety and efficacy. The initiative seeks to establish a level playing field in the EU that ensures safe and efficient use of MF.</p>	2012
19	Communication on consumer empowerment	Non-legislative	<p>Markets, marketing, products and services become ever more complex and sophisticated. Consumers have difficulties to make informed choices and take the decisions that are in their interest. In this context, the Communication's objective is to put together best practices on consumer empowerment with regard to information, education, media, representation and redress). This will involve: identifying best practices in information of consumer rights, consumer advice provision, consumer complaint handling, consumer education and capacity-building, as well as development of guidelines on transparent price and quality/performance information.</p>	2012
20	Proposal for a revision of the Directive on clinical trials to foster clinical research and innovation in the pharmaceutical sector	Legislative	<p>The objective is to revise the Directive on clinical trials to address the shortcomings identified in various evaluations conducted by the Commission in previous years. The aim is to strengthen knowledge and innovation in clinical research. The proposal would respond to the fact that the vast majority of larger clinical trials are conducted in a pan-European setting. Possible issues that would be addressed are reduction of administrative delays prior to the commencement of clinical trials, avoiding divergent decisions throughout the EU and streamlining of reporting procedures.</p>	2012
21	Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council concerning medical devices and repealing Directives 90/385/ECC and 93/42/ECC and proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council concerning in vitro diagnostic medical devices and repealing Directive 98/79/EC	Legislative	<p>Medical devices: The objective is to simplify and strengthen the rules in order to ensure a high level of health protection while at the same time ensuring the smooth functioning of the internal market and the competitiveness and innovation capacities of the sector. An evaluation of the current regime shows that there are legal gaps regarding products falling outside any specific Union legislation and that it is necessary to address some weaknesses in the system.</p> <p>In vitro diagnostic medical devices: The objective is to simplify and strengthen the rules in order to ensure a high level of health protection while at the same time ensuring the smooth functioning of the internal market and the competitiveness and innovation capacities of the sector. An evaluation of the current regime shows that there are some issues which need clarification, some aspects that need to be introduced in the legislation and some convergence with the regulations of our main trade partners which should be ensured.</p>	2012

Home Affairs			
22	European strategy on identity management, including legislative proposals on criminalisation of identity theft and on electronic identity (eID) and secure authentication systems	Non-legislative / Legislative	To propose measures to maintain the integrity of identity data in all the phases of the "identity chain" and to ensure the EU wide criminalization of identity related fraud. This should allow disrupting criminal activity before more serious crimes are committed. A specific offence of identity theft and identity fraud could also facilitate the investigation and prosecution of offenders across the borders.
23	Communication on the European Information Exchange Model, followed by an Action Plan	Non-legislative	The European Information Exchange Model (EIXM) seeks to map, assess and recommend ways to consolidate cross-border information exchange among law enforcement authorities in the EU
24	Amendment of the CEPOL Decision	Legislative	To widen the policy making tools of the European Policy College - CEPOL (accreditation) and re-organise the institutional set-up of CEPOL (increase Commission monitoring powers and the autonomy of the Director)
25	Proposal for a Regulation establishing the European Police Office (Europol)	Legislative	Change of the legal framework of Europol following the entry into force of the Treaty of Lisbon (in line with Article 88 TFEU).
26	EU Immigration Code		Consolidation of all legislation in the area of immigration, starting with legal migration, and where necessary extending the existing provisions foreseen by the Stockholm Programme.
Humanitarian Aid and Crisis Response			
27	Proposal for a Regulation for the setting-up of a European Voluntary Humanitarian Aid Corps (EVHAC)	Legislative	The objective is to establish a framework for joint contributions from young Europeans to the humanitarian aid operations of the Union. Preparatory actions in 2011 an external study will help in identifying possible options, including on preparatory actions.
Industry and Entrepreneurship/Environment			
28	Review of REACH	Non-legislative/ Legislative	The Commission is required to conduct an evaluation of the REACH regulation in 2012, taking into account the following minimal requirements for the scope: Review of the experience acquired with the operation of this Regulation and the amount and distribution of funding made available by the Commission for the development and evaluation of alternative test methods (art 117.4 of REACH). An assessment to whether to amend (or not) the scope of REACH regulation to avoid overlaps with other relevant Community provisions (art 138.6 of REACH). Review of the European Chemicals Agency (art 75.2 of REACH)
Industry and Entrepreneurship			
29	Review of Europe's Standardisation System	Legislative	Major review of the existing standardisation system aiming i.a. at strengthening the innovation dimension.

Internal Market and Services				
30	Proposal to amend the Financial Conglomerates Directive (2002/87/EC)	Legislative	Following ongoing developments on revised regulatory approaches for financial conglomerates at Joint Forum level (adoption of Final Report scheduled for November 2011), appropriate amendments will be made to the FICOD with a view to a) integrating non regulated entities in the scope of FICOs supervision and b) ensuring better cross-sectoral consistency on relevant aspects.	2012
31	Review of Professional Qualifications legislation	Legislative	Following the evaluation of the professional qualifications acquis, appropriate amendments will be made to the legislative framework.	2012
32	Venture capital funds initiative	Legislative	The Commission will ensure by 2012 that venture capital funds established in any Member State can operate and invest freely across the European Union, including without unfavourable tax treatment (through additional legislative regime, if necessary).	2012
33	Initiatives promoting citizens' savings and private investments	Legislative	The Commission will explore measures which could promote longer term savings and private investments to invest in infrastructures and innovative projects.	2012
34	Evaluation of European System of Financial Supervision	Non-legislative	Evaluation due to take place by end of current mandate to assess the functioning of the new supervisory structures in the EU.	2012-2014
35	Evaluation of regulatory reform in the financial sector	Non-legislative	An evaluation of crisis-related financial sector regulation should be undertaken before the end of the current mandate to review whether the objectives of the legislation are being met.	2012-2014
Justice, Fundamental Rights and Citizens				
36	Legislative proposal on a comprehensive regime on obtaining evidence in criminal matters based on the principle of mutual recognition and covering all types of evidence	Legislative	This initiative aims at ensuring a comprehensive regime on obtaining evidence in criminal matters, covering all types of evidence, containing deadlines for enforcement and limiting grounds for refusal.	2012
37	Legislative proposal to introduce common standards for gathering evidence in criminal matters in order to ensure its admissibility	Legislative	This initiative aims at facilitating admissibility of evidence in criminal matters.	2012
38	Legislative proposal on an ECRIS-TCN system regarding convicted third country nationals	Legislative	This initiative aims at setting up a register of third-country nationals who have been convicted by the courts of the Member States.	2012

39	Revision of Regulation (EC) No 1393/2007 on service of documents in civil and commercial matters which could include the establishment of common minimum standards	Legislative	Proposal on the application of the Regulation (EC) No 1393/2007 on service of documents in civil and commercial matters, paying special attention to the effectiveness of the transmitting and receiving agencies and focusing on the practical application of the execution of a request for forwarding a request for service.	2012
40	Legislative proposal on Special Safeguards in criminal procedures for Suspected or Accused Persons who are Vulnerable	Legislative	This initiative aims at ensuring that special attention is shown in criminal procedures throughout the EU to suspected or accused persons who cannot understand or follow the content or the meaning of the proceedings, owing, for example, to their age, mental or physical condition. This proposal is part of the Roadmap for strengthening procedural rights of suspected and accused persons in criminal procedures.	2012
41	Regulation on EU hotlines for missing children	Legislative	This initiative is a follow-up of the communication on the 116 children hotlines of 2010 and aims at ensuring appropriate functioning of the 116 hotline in all Member States.	2012
42	Legislative proposal on the strengthening and the future of Eurojust	Legislative	This initiative aims at developing and reinforcing Eurojust's functioning and its capacity to tackle offences against the financial interests of the EU.	2013
44	Legislative proposal on mutual recognition of the effects of certain civil status documents	Legislative	Follow-up to Green Paper on the free circulation of documents, civil status documents, authentic acts and the simplification of legislation. The proposal should cover mutual recognition of effects of certain civil status documents (e.g. relating to birth, affiliation, adoption, name, death).	2013
45	Legislative proposal for dispensing with the formalities for the legalisation of documents between Member States	Legislative	Follow-up to Green Paper on the free circulation of documents, civil status documents, authentic acts and the simplification of legislation. The proposal should cover the dispensing with the formalities of legalisation of documents between Member States.	2013
46	Legislative proposal on mutual recognition of disqualifications	Legislative	This initiative aims at ensuring mutual recognition to disqualifications imposed by a judicial decision in criminal proceedings in order to execute such measures in a Member State other than the one that imposed it.	2013
47	Proposal for a Regulation amending Regulation (EC) No 2201/2003 concerning jurisdiction and the recognition and enforcement of judgements in matrimonial matters and the matters of parental responsibility, including establishment of common minimum standards in relation to the recognition, of decisions on parental responsibility	Legislative	Following a report on the application of Regulation (EC) No 2201/2003, this proposal aims at amending this legal instrument and establishing common minimum standards in relation to the recognition of decisions on parental responsibility with a view to abolishing exequatur proceedings for these decisions.	2013

Maritime Affairs and Fisheries			
48	New sources of growth from seas and oceans: Commission Communication on "blue growth" – a new vision for sustainable growth in coastal regions and maritime sectors.	Non-legislative	The Communication will build on a study exploring future growth scenarios for coastal regions and the maritime economy, with a particular emphasis on positive effects on employment.
49	Proposal for a Regulation of EP and Council to support growth and sustainability through better Marine Knowledge.	Legislative	To finance a more effective European architecture for marine knowledge.
50	Commission Communication on the integration of maritime surveillance. And Proposal for a legislative action from the EP and Council setting a framework for the establishment of the Common Information Sharing Environment.	Non-legislative / Legislative	The Commission has been requested to identify the financial implications of creating a Common Information Sharing Environment.
Protection of the financial interests of the EU			
51	Legislative proposal on protection of the financial interests of the European Union, including by criminal law	Legislative	This initiative is a follow-up on the Communication on protection of the financial interests of the European Union, including by criminal law, under Treaty art 325, para 4.
Research and Innovation			
52	Framework directive on European Research Area (ERA)	Legislative	As announced in the "Innovation Union" flagship initiative, the Commission will propose a European Research Area framework and supporting measures to remove obstacles to mobility and cross-border cooperation.
Services of General Interest			
53	Communication on a quality framework for services of general interest	Non-legislative	This initiative will build on Protocol N° 26 annexed to the Treaty.

Taxation and Customs Union			
54	Evaluation of the state of the Customs Union	Non-legislative	Overall assessment of the functioning of the Customs union to support future customs initiatives and needs.
55	Proposal to amend Council Regulation (EC) No 111/2005 of 22 December 2004 laying down rules for the monitoring of trade between the Community and third countries in drug precursors	Legislative	The Commission Report (COM (2009) 709) highlighted the risk of diversion of medicinal products containing drug precursors. Council invited the Commission to propose legislative amendments (Council Conclusions on the functioning and implementation of the EU drug precursor legislation of 25th May 2010 – 3016th Competitiveness Council).
56	Communication on cross-border withholding taxes on dividend distribution to Portfolio Investors and Collective Investment Vehicles	Non-legislative	To suggest possible solutions to the problems raised by the levying of withholding taxes by the Member States of residence of the distributing company on cross-border dividends paid to portfolio investors. Withholding taxes play an important role in the taxation of cross-border dividends but may cause both juridical and economic double taxation problems, creating distortions detrimental to the Internal Market
Transport			
57	Legislative proposal for the revision of Regulation 261 on Air Passenger Rights	Legislative	The revision of the legislation on air passenger rights will clarify some provisions in the existing rules.
58	Communication and legislative proposal on rail market access	Legislative / Non-legislative	Review of the rail market organisation, including the market for domestic passenger transport.
59	Revising the Regulation establishing the European Railway Agency	Legislative	It will suggest extending the competencies of ERA to the field of safety.

Commission Work Programme for 2011 - Annex III

Simplification Rolling Programme and Administrative Burden Reduction initiatives

Chief de File	Full title	Process	Scope and objectives	Foreseen adoption
1 AGRI	<p>Commission Communication establishing formal recognition that a certain number of acts have become obsolete, like:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Commission Regulation (EC) No 1412/2003 of 7 August 2003 suspending Regulation (EC) No 934/2003 opening an invitation to tender for the refund on common wheat exports to certain third countries • Commission Regulation (EC) No 1323/2002 of 22 July 2002 derogating from Regulation (EC) No 800/1999 as regards the export of cereals products to third countries other than Hungary • Commission Regulation (EC) No 1677/2002 of 20 September 2002 laying down detailed rules for the application of Council Regulation (EC) No 1151/2002 as regards import licences for oats and barley originating in the Republic of Estonia 	Repeal	<p>The objective of the proposal is to declare obsolete Commission texts that are of no practical relevance or broader interest, thus contributing to the objectives of updating and simplifying the Community Acquis. Their removal will clarify the "essential" acquis of acts that are active and generally applicable.</p> <p>The initiative covers all agricultural sectors in which obsolete acts exist.</p>	2011

2	CLIMA	Decision No 280/2004/EC of the European Parliament and of the Council concerning a mechanism for monitoring Community greenhouse gas emissions and for implementing the Kyoto Protocol + Commission Decision 2005/166/EC laying down rules implementing Decision No 280/2004/EC	Revision	The legislation on monitoring and reporting of greenhouse gas emissions needs to be revised in particular to reflect the experience gained through the implementation of the Kyoto Protocol and the adoption of the Climate and Energy Package. This initiative will also aim at simplifying the current legislation and reducing unnecessary administrative burden in particular by introducing clearer and simpler reporting procedures and tools.	2011
3	EMPL	Community initiative on work-related musculoskeletal disorders (follow-up of the second phase of consultation of the social partners) Council Directive 90/269/EEC of 29 May 1990 on the minimum health and safety requirements for the manual handling of loads where there is a risk particularly of back injury to workers (fourth individual Directive within the meaning of Article 16 (1) of Directive 89/391/EEC) Council Directive 90/270/EEC of 29 May 1990 on the minimum safety and health requirements for work with display screen equipment (Fifth individual Directive within the meaning of article 16 (1) of Directive 89/391/EEC)	Recast	The objective of this initiative is to integrate into a single legislative instrument the provisions on the protection of the health and safety of workers from the risks of musculo-skeletal disorders at work. These provisions are currently fragmented over Council Directive 90/269/EEC and Council Directive 90/270/EEC.	2011
4	EMPL	Council Directive 2001/86/EC of 8 October 2001 supplementing the Statute for a European company with regard to the involvement of employees	Revision	The objective would be to simplify the arrangements for the involvement of employees in the SE (Societas Europaea) and address the problems identified in the Commission Communication COM 2008(591) (the fate of employee involvement when changes occur in the SE after the registration, the participation at group level, the scope of the 'before and after' principle and the complexity of the procedure) as well as in the forthcoming report on the SE Regulation (the complexity of the procedure on employee involvement). As to the scope, subject to the consultation of Social partners under Article 154 TFEU, the revision could concern Articles 2, 3, 5, 11 and 12.	2012
5	EMPL	Council Directive 2003/72/EC of 22 July 2003 supplementing the Statute for a European Cooperative Society with regard to the involvement of employees	Revision	The aim is to examine possible simplification of the provisions on involvement of employees once the full evaluation report on related Regulation (EC) No 1435/2003 (European Cooperative Society Statute) has been completed. The options can only be developed in terms of actions to be proposed once the Commission has analysed the results of the evaluation and decided on the course of action as concerns the possible revision of the Regulation. The action proposed will have to be coordinated with any development in the revision of the ECS Regulation as well as with the SE Directive 2001/86/EC.	2012

6	ENER	Council Directive 96/29/EEC laying down basic safety standards for the protection of the health of workers and the general public against the dangers arising from ionising radiation	Recast	2011	<p>This initiative will extend the requirements of the directive to medical exposure, outside workers exposure, public information, and high-activity sealed sources through the merge of five Directives into one. The main objectives are:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. to update Euratom radiation protection legislation responding to latest scientific data and operational experience; 2. to simplify and clarify radiation protection requirements (introduction of a coherent system for the protection of workers, outside workers, patients and the public; introduction of a consistent set of definitions; facilitation of the free movement of outside workers; facilitation of mutual recognition of radiation protection expertise across borders); 3. to harmonise its requirements with International Basic Safety Standards to the extent possible.
7	ENER	2003/796: Commission Decision on establishing the European Regulators Group for Electricity and Gas	Repeal	2011	The European Regulators Group for Electricity and Gas will become obsolete when the Agency for the Cooperation of Energy Regulators is established. Commission Decision 2003/796 will then be repealed.
8	ENTR	Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council amending Directive 97/68/EC on emissions of gaseous and particulate pollutants from engines in non-road mobile machinery	Revision	2011	The purpose of its revision is to identify and prescribe new emission limits for all engine types covered and to extend the scope to new engine categories. Another objective is to simplify testing procedures based on international standards and reduce costs of producers linked to them.
9	ENTR	Directive amending the Directive 1999/5/EC of the European Parliament and Council of 9 March 1999 on radio equipment and telecommunications terminal equipment and the mutual recognition of their conformity	Revision	2011	<p>The objectives are</p> <ul style="list-style-type: none"> - to replace many impractical and ineffective administrative provisions which do not allow to retrieve the manufacturers or importers of a number of mass market radio equipment by more modern electronic means; and - to create an environment more conducive to innovative technologies and mitigate risks when interference phenomena are not known yet, and in particular when there is no harmonised standard.

10	ENTR	Recast	2011
<p>Alignment of ten directives to the New Legislative Framework (Decision 768/2008)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Directive 2006/95/EC on the harmonisation of the laws of Member States relating to electrical equipment designed for use within certain voltage limits; • Council Directive 2009/105/EC on the harmonisation of the laws of the Member States relating to simple pressure vessels; • Directive 2009/23/EC on non-automatic weighing instruments; • Council Directive 93/15/EEC on the harmonisation of the provisions relating to the placing on the market and supervision of explosives for civil uses; • Directive 94/9/EC of the European Parliament and the Council on the approximation of the laws of the Member States concerning equipment and protective systems intended for use in potentially explosive atmospheres; • European Parliament and Council Directive 95/16/EC of 29 June 1995 on the approximation of the laws of the Member States relating to lifts • Directive 97/23/EC of the European Parliament and of the Council on the approximation of the laws of the Member States concerning pressure equipment; • Directive 2004/22/EC of the European Parliament and of the Council on measuring instruments; • Directive 2004/108/EC on the approximation of the laws of the Member States relating to electromagnetic compatibility and repealing Directive 89/336/EEC • Directive 2007/23/EC on the placing on the market of pyrotechnic articles 	<p>Communication and proposal to align 10 existing Directives to the goods package and Lisbon Treaty. The overall objective is to ensure that products on the EU market are safe and fulfill all the requirements guaranteeing a high level of protection. Furthermore, this initiative also aims at simplifying the regulatory environment for products by making it much more coherent and user-friendly for economic operators and national authorities.</p> <p>Specific Objectives:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Reduce the number of non-compliant products, in particular of unsafe products • Ensure equal treatment of non-compliant products throughout the EU market and equal treatment of economic operators in the enforcement process • Ensure the reliability and high quality of conformity assessment activities carried out by notified bodies • Ensure more consistency of terminology and procedural requirements throughout the directives to facilitate their interpretation and implementation. 		

11	ENTR	Regulation of the European Parliament and of the Council relating to fertilisers and repealing Regulation (EC) No 2003/2003	Revision	<p>The main policy objectives are :</p> <ul style="list-style-type: none"> - To cover the broad range of products that are currently only subject to national legislation, including organic fertilisers, organo-mineral fertilisers, growing media and soil improvers. - To reduce the administrative burden for authorities (Member State and the Commission) and for industry in the technical adaptation of the current harmonised legislation. - To simplify the rules and accelerate procedures to allow for new nutrient combinations/delivery forms from different origins to be able to come to the market more quickly and in line with the agricultural needs in different regions of the EU - To guarantee the safety of fertilisers placed on the market with regard to human health and the environment (in particular content of natural impurities, contaminants and pathogens). - To ensure that farmers can rely on the agronomic efficacy of the product bought. 	2012
12	ENTR	Directive 89/686/EC on personal protective equipment	Revision	<p>Review and alignment with the new legal framework for the marketing of products.</p> <p>Clarification of the scope of the Directive to facilitate its application by manufacturers, market surveillance authorities as well as Notified Bodies.</p> <p>Simplification of Annex II basic health and safety requirements for placing the products on the market. Simplification/clarification of the conformity assessment procedures, in particular by harmonising requirements for the EC type-examination certificates.</p>	2012
13	ENTR	Directive 2000/9/EC relating to cableway installations designed to carry persons	Revision	<p>Review and alignment with the new legal framework for the marketing of products.</p> <p>Simplifying the text of the Directive clarifying major concepts and definitions and scope to make the text more coherent, and facilitate its application by manufacturers, national authorities and all stakeholders.</p>	2012
14	ENV	Legislative proposal on the coherence/simplification of the waste acquis	Revision	<p>The aim will be to carry out a full screening of the EU recycling directives. It will align product-specific waste legislation (including the Directives on end-of-life vehicles, batteries and packaging) to the Waste Framework Directive.</p>	2012
15	ENV	Directive 2004/107 of the European Parliament and of the Council relating to arsenic, cadmium, mercury, nickel and polycyclic aromatic hydrocarbons in ambient air	Recast	<p>It is envisaged to include this Directive in the general review of Directive 2008/50/EC in 2013 with the objective of merging those two Directives. This merger would ensure that all ambient air quality objectives are contained in one legal instrument.</p>	2013
16	ENV	Directive 1999/32/EC on the sulphur content of certain liquid fuels	Recast	<p>Codification will be considered after the review of the directive will have been adopted by co-legislation.</p>	2013
17	ESTAT	Regulation 1221/2002 of the European Parliament and of the Council on quarterly non-financial accounts for general government	Recast	<p>Regulation 1221/2002 provides for the transmission of non-financial sector accounts of governments (STPFS (Short term Public Finance Statistics) / table 25). However, with the adoption of regulation 1161/2005 (QSA / table 801Q), a similar set of data has started being collected for all institutional sectors including government. With a view to reduce the burden on Member States, the Commission is planning to merge both tables and collect STPFS data through the QSA (Quarterly Sector Accounts) questionnaire.</p>	2014

18	HOME	Regulation (EC) No 562/2006 of the European Parliament and of the Council of 15 March 2006 establishing a Community Code on the rules governing the movement of persons across borders (Schengen Borders Code)	Codification	The objective is to codify the Schengen Borders Code following technical amendments	2011
19	HOME	EU Immigration Code	Consolidation	Consolidation of all legislation in the area of immigration, starting with the 5 existing Directives on legal migration, foreseen by Stockholm Programme. This exercise will improve coherence between the instruments and will allow the identification of any gaps. It will take into account the results of the forthcoming application reports on the individual Directives. Having all the EU legal migration rights and obligations in one text will also lead to greater transparency.	2013
20	INFSO	Directive 1999/93 of the European Parliament and of the Council on a Community framework for electronic signatures	Revision	2008 e-Signature / e-Identification Action Plan seeks an EU-wide solution to cross-border use of online public services. Progress report envisaged in 2010. The Commission will assess whether further horizontal and/or sectoral initiatives are needed.	2011
21	JUST	Council Directive 90/314/EEC on Package Travel, Package Holidays and Package Tours	Revision	The revision aims at improving the protection for consumers going on holidays and the legal certainty for businesses. Due to the minimum harmonisation of the Directive, the legal fragmentation in Member States is significant, causing compliance costs for businesses eager to trade cross-border and can also cause detriment for consumers trying to pursue their legal rights in a cross border context.	2011
22	JUST	Decision 2004/757/JHA laying down minimum provisions on the constituent elements of criminal acts and penalties in the field of illicit drug trafficking	Revision	The Decision calls for the Commission to submit a Report to the Council and the Parliament by 12 May 2009 to assess measures taken by MS to comply with the Decision. Possibilities of simplification can also be assessed at the same occasion.	2012
23	JUST	Directive 93/109/EC on EP elections, with a view to reduce administrative burden on citizens and on national administrations	Amendment	The proposal aims at reducing administrative burden on citizens and on national administrations in the electoral process and at improving efficiency of the current mechanism for enforcing the prohibition of voting in two Member States in the same European elections.	2012
24	MARE	Regulation of the European Parliament and the Council amending Regulation (EC) No 1185/2003 on the removal of fins of sharks on board vessels ("shark finning")	Amendment	The objectives are: - Improve the implementation of the ban on shark finning; - Facilitate the relevant control; - Enhance the collection of data; - Ensure coherence of EU legislation with international rules. Control would be greatly simplified under certain options envisaged, as finning would become impossible and the use of weight ratios which in reality vary by species, fishing location and cutting technique would be abolished. Administrative burden would either remain the same or be reduced.	2011

25	MARE	Regulation of the European Parliament and the Council amending Regulation (EC) No 1954/2003 on the management of the fishing effort relating to certain Community fishing areas and resources	Amendment	The proposal will amend the effort management system applicable in the Western Waters, with a view to simplification, more effective and transparent management, and an orientation of effort management towards exploiting the related resources at the maximum sustainable yield. Attaining that objective by 2015 was adopted by Member States at the 2002 UN World Summit on Sustainable Development.	2011
26	MARKT	Fourth Council Directive 78/660/EEC of 25 July 1978 based on Article 54 (3) (g) of the Treaty on the annual accounts of certain types of companies Seventh Council Directive 83/349/EEC of 13 June 1983 based on the Article 54 (3) (g) of the Treaty on consolidated accounts	Recast	Review of the Accounting Directives: An ambitious proposal to bring about substantial burden reduction simplification of regulatory environment and harmonisation of financial reporting obligations focusing on SMEs. It entails a completely different approach to SME accounting requirements with 'think small first'.	2011
27	MARKT	Directive 2009/101/EC of the European Parliament and of the Council of 16 September 2009 on coordination of safeguards which, for the protection of the interests of members and third parties, are required by Member States of companies within the meaning of the second paragraph of Article 48 of the Treaty, with a view to making such safeguards equivalent Eleventh Council Directive 89/666/EEC of 21 December 1989 concerning disclosure requirements in respect of branches opened in a Member State by certain types of company governed by the law of another State	Amendment	The aim of the initiative is to lay down additional legal requirements on the cooperation between business registers, not only in terms of scope, but also methods/channels to use. There may be ways to contribute to the improvement of the network of business registers by making use of the ISA programme. The amendments to the two Directives will introduce new elements which will ultimately make life easier for companies.	2011
28	MARKT	Directive on Transparency Obligations of listed companies	Revision	Modernisation of the Directive to increase the attractiveness of "regulated markets" for smaller listed companies seeking capital; to increase the legal clarity and effectiveness of the existing transparency regime on disclosure of financial information about issuers of securities. This initiative is related to the on-going discussions before Council and EP on the modification of the Prospectus Directive (2003/71) and the financial supervision legislative package.	2011
29	MARKT	Directive 2003/41/EC of the European Parliament and of the Council of 3 June 2003 on the activities and supervision of institutions for occupational retirement provision (IORP)	Revision	To maintain a level playing field with Solvency II and promote more cross-border activity in this field and thereby help address the challenges of demographic ageing and public debt. Certain options envisaged - the "review" policy option - leading to greater harmonisation in the EU, would simplify procedures and reduce administrative burden for employers wishing to sponsor pension funds in another Member State. No specific difficulties to transpose a revised IORP Directive in specific Member States are expected.	2011

30	MARKT	Directive 2002/92/EC of the European Parliament and of the Council of 9 December 2002 on insurance mediation (IMD)	Revision	<p>The aim of the revision is to improve harmonization and legal certainty; to facilitate cross-border provision of insurance mediation services and to reduce existing difficulties in the application of the current IMD at national level.</p> <p>The initiative will simplify / clarify the complex regulatory patchwork so as to create more consistent and clear European insurance conduct of business rules. This should reduce administrative burdens for some entities (especially those working across markets and across sectors). It will however also lead to new administrative burdens for those distribution channels that are currently not subject to regulation (e.g. insurance undertakings and their employees), and possibly increased burdens for other distributors already regulated but where new requirements will apply (e.g. insurance intermediaries subject to new MiFID-style rules on insurance PRIIPs sales).</p>	2011
31	MARKT	Council Regulation (EC) No 207/2009 on the Community Trademark (codified version) and Revision of the Trade Mark Directive	Revision	<p>The aim is to upgrade, streamline and modernise both the EU Regulation and Directive, where appropriate, and to establish an enhanced cooperation between the OHIM and National Trade Mark Offices with the purpose of making the trade mark system in Europe, as a whole, more effective, efficient and consistent.</p>	2011
32	MARKT	Regulation 2157/2001 on the Statute for a European Company	Revision	<p>Possible simplification of the rules for setting up a European Company (SE) and transferring its seat.</p>	2012
33	MOVE	Regulation (EC) No 3821/85 on recording equipment in road transport	Recast	<p>This will update the legislative framework to enhance the security and functionality of the digital tachograph used by professional drivers. It will reduce the administrative burden on business while making controls more reliable to ensure fair competition between road transport operators.</p>	2011
34	MOVE	Commission Regulation on licensing of pilots	New	<p>Regulation (EC) 216/2008 mandates the Commission to adopt technical requirements and administrative procedures in the area of licensing of pilots. The objective is to provide for a set of binding, homogeneous requirements and privileges linked to a given licence to allow for a mutual recognition of pilot licences throughout the EU.</p>	2011
35	MOVE	Directive 2003/42 of the European Parliament and of the Council on occurrence reporting in civil aviation	Recast	<p>The Directive aims at preventing aviation accidents by collecting and analysing information on civil aviation occurrences ('accident precursors'). The objective of the revision will be to more efficiently use occurrence data at the EU level, in particular by better integration of occurrence data in a central database and improving and simplifying the flow of quality data between the aviation authorities for accident prevention purposes.</p>	2011

36	OLAF	Regulation n° 515/97 on mutual assistance between the administrative authorities of the Member states and cooperation between the latter and the Commission to ensure the correct application of the law on customs and agricultural matters, as amended by Regulation 766/2008 and Decision 2009/917/JHA on the use of information technology for customs purposes	Recast	Regulation 766/2008 and Council Decision 2009/917/JHA of 30 November 2009 on the use of information technology for customs purposes partially deal with the same issues. The objective is under the provision of the TFUE (article 33 and 325), to have a single instrument instead. Impact: in particular improve accessibility to law.	2011
37	SANCO	Regulation revising Directive 2009/39/EC on foodstuffs intended for particular nutritional uses (Dietetic food)	Revision	The main aim of the revision is to simplify the regulatory environment of foods intended for particular nutritional uses (dietetic foods) without compromising existing levels of food safety and consumer information. In particular, to provide food business operators and Member States with clearer and simpler rules regarding the notification procedure for dietetic foods. Replacing a directive by a regulation will reduce the risk differences in implementation by Member States.	2011
38	SANCO	Regulation revising the legislation (12 Directives) on the marketing of seed and propagating materials to foster innovation in seeds	Revision	The core objective is to replace the 12 Directives on seed and plant propagating material (S&PM) and to modernise and simplify the legislation in the context of Better Regulation. Ensuring identity and availability of healthy and qualitative S&PM, which meet the expectations of users continues to form the basic aim of the legislation. At the same time the initiative seeks to reduce overall administrative burden and introduce flexibility within the regulatory framework with a view to globalisation, specialisation and development of new uses of agricultural commodities, together with changes in the societal expectations on the interplay of agriculture and the natural environment. Thus the initiative aims to foster innovation in the area and to contribute to halt the loss of biodiversity as well as to achieve a harmonised implementation of the legislation throughout the EU and to improve economic competitiveness by ensuring free circulation of S&PM in the EU.	2011

39	SANCO	Hygiene Package (decision 2007/205 on composite products and meat inspection)	Revision	2011	<p>Composite products: First objective is to change the transitional measures for the import of composite products (Commission Decision 2007/275) as promised by the Commission in SCOFCAH (Standing Committee on the Food Chain and Animal Health) when the transitional measures were prolonged. The proposal aligns current animal health rules on import of composite products with the rules for public health and partially lifts unfair competition between third countries and Member States. The proposal would add public health certification, but would introduce one certificate for both public health and animal health certification and for all types of food of animal origin (simplification of administrative burden). As a second step, provisions in Regulation 853/2004 should be reconsidered to ensure risk-based requirements on composite products.</p> <p>Meat inspection: The objective is to review meat inspection in order to adapt to trends in epidemiological situations of certain zoonoses. New emerging risks should be better covered while attention to limited risks may be reduced in order to guarantee a more risk-based approach. The initiative will be developed in consultation with major trade partners in third countries, to facilitate export.</p>
40	SANCO	Proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council concerning medical devices and repealing Directives 90/385/ECC and 93/42/ECC and proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council concerning in vitro diagnostic medical devices and repealing Directive 98/79/EC	Recast - Revision	2012	<p>Medical devices: The objective is to simplify and strengthen the rules in order to ensure a high level of health protection while at the same time ensuring the smooth functioning of the internal market and the competitiveness and innovation capacities of the sector. An evaluation of the current regime shows that there are legal gaps regarding products falling outside any specific Union legislation and that it is necessary to address some weaknesses in the system. In vitro diagnostic medical devices: The objective is to simplify and strengthen the rules in order to ensure a high level of health protection while at the same time ensuring the smooth functioning of the internal market and the competitiveness and innovation capacities of the sector. An evaluation of the current regime shows that there are some issues which need clarification, some aspects that need to be introduced in the legislation and some convergence with the regulations of our main trade partners which should be ensured.</p>
41	SANCO	Directive on clinical trials to foster clinical research and innovation in the pharmaceutical sector	Revision	2012	<p>The objective is to revise the Directive on clinical trials to address the shortcomings identified in various evaluations conducted by the Commission in previous years. The aim is to strengthen knowledge and innovation in clinical research. The proposal would respond to the fact that the vast majority of larger clinical trials are conducted in a pan-European setting. Possible issues that would be addressed are reduction of administrative delays prior to the commencement of clinical trials, avoiding divergent decisions throughout the EU and streamlining of reporting procedures.</p>
42	SANCO	New proposal for an Animal Health Law (first item in package of three) -- (Regulation)	New	2012	<p>The proposal will be based on the experience gained in the implementation of the existing legislation and of the extensive evaluation of the EU animal health policy carried out. The new Animal Health law aims to establish a clearer regulatory structure for animal health in the EU combining several legislative acts into one comprehensive animal health framework.</p>

43	SANCO	Regulation 882/2004 on official controls along the food chain concerning in particular the financing of official controls, controls on residues of veterinary medicines (Directive 96/23/EC), and the principles governing the organisation of veterinary checks on products and animals presented for import into the EU from third countries (Directive 97/78/EC and Directive 91/496/EEC). (second item in package of three)	Revision	The revision of Regulation 882/2004 aims to take into account the outcome of a number of evaluations currently ongoing (on fees, residues, import controls), which aim to improve the efficiency of official controls along the food chain by looking at specifically regulated areas (residues) and at inconsistencies and discrepancies in enforcement (fees), and by introducing a more flexible risk-based approach to border controls. It also aims at ensuring a fully integrated control system including animal health and plant health and to simplify the framework for enforcement cooperation between the Commission and the Member States. The proposal will also aim to simplify and rationalise the general framework under which the Commission and the Member States cooperate under the provisions of the Regulation.	2012
44	SANCO	EU Plant Health Law (third item in package of three)		The initiative reflects the need to modernise the existing plant health regime, building on its recent ex-post evaluation. Improved prevention of the introduction of new pests and diseases will avoid expensive campaigns to eradicate or control in a later stage, will prevent avoidable increases in pesticide use, will enable sustainable production and agricultural competitiveness and will help to ensure food security and protection of forests, landscape and gardens. Improved legislation and better harmonised implementation provisions will allow to more effectively addressing the plant health impacts of globalisation and climate change.	2012
45	SANCO	Directive on veterinary medicinal products	Revision	The veterinary medicines legislation will be evaluated to identify excessive administrative burdens and to specify the problems, e.g. the lack of authorised veterinary medicines to treat diseases of minor animal species or diseases occurring rarely. The objective of the review is to increase the availability of medicines on the market and to decrease the burden on enterprises by streamlining the authorisation processes of veterinary medicines while respecting public health, animal health as well as the environment.	2012
46	TAXUD	Legislative proposal for a Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB)	New	The proposal will aim to make tax rules simpler, reduce compliance costs and remove tax obstacles which companies currently suffer when they operate cross-border.	2011
47	TAXUD	Directive on the taxation of interest and royalty payments between associated companies of different Member States	Recast	To extend the scope of the Directive by reducing the participation thresholds, the inclusion of indirect holdings and by updating the annex (types of companies). This proposal will be accompanied by a Communication on double taxation of companies.	2011
48	TAXUD	Legislative initiative on VAT on public authorities and exemptions	New	To ensure a level-playing field between private and public operators through a neutral VAT system. To analyse and quantify the current problems linked to the application of VAT rules to public bodies and activities carried out in the public interest	2012

Annex IV: list of withdrawals of pending proposals

DGs	COM/SEC - Inter-institutional reference	Title	Justification
ENER	SEC(2008) 1903	Proposal for a COUNCIL DECISION On establishing the European Community position within the Ministerial Council of the Energy Community (Brussels, 27 June 2008)	Obsolete.
ENER	COM(2003)032	Proposal for a COUNCIL DIRECTIVE (Euratom) on the management of spent nuclear fuel and radioactive waste.	The new Nuclear Waste Directive should be adopted by the College in 2010.
ENV	COM(1992) 316/2	Draft - COUNCIL DECISION authorizing the Commission to negotiate, on behalf of the Community, a protocol amending the international Convention on the regulation of whaling, Washington, 2 December 1946	The Council took a pluriannual Council Decision on this subject in 2009. This proposal is obsolete.
ENV	COM(2008) 174	Proposal for a COUNCIL DECISION establishing the position to be taken on behalf of the European Community on the interpretation of Article 14 of the Aarhus Convention	This proposal can be withdrawn as the Aarhus Meeting of the Parties for which it was prepared took place in 2008 and it is now obsolete.
ENV	COM(2008) 695	Proposal for a COUNCIL DECISION establishing the position to be adopted on behalf of the European Community with regard to proposals for amending Appendices I and II to the Convention on the conservation of migratory species of wild animals at the ninth meeting of the Conference of the Parties	The CITES meeting has already taken place and this proposal is obsolete.
MARE	COM(2009) 505	Proposal for a COUNCIL REGULATION amending Regulation (EC) No 754/2009 excluding certain groups of vessels from the fishing effort regime laid down in Chapter III of Regulation (EC) No 1342/2008	Obsolete: linked to Council Regulation (EC) No 43/2009 of 16 January 2009 fixing for 2009 the fishing opportunities and associated conditions for certain fish stocks and groups of fish stocks, applicable in Community waters and, for Community vessels, in waters where catch limitations are required.
MARE	COM(2009) 506	Proposal for a Council Regulation amending Regulation (EC) No 43/2009, as regards fishing opportunities and associated conditions for certain fish stocks.	Obsolete: linked to Council Regulation (EC) No 43/2009 of 16 January 2009 fixing for 2009 the fishing opportunities and associated conditions for certain fish stocks and groups of fish stocks, applicable in Community waters and, for Community vessels, in waters where catch limitations are required.
MARE	COM(2009) 122 2009/0039(CNS) 2009/0039 COD	Council Regulation : establishing a long-term plan for the northern stock of hake and the fisheries exploiting that stock	The Commission has changed its position on the subject.
MOVE	COM(2008) 650 2008/0650(COD)	Proposal for a DIRECTIVE OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL amending Directive 2002/15/EC on the organisation of the working time of persons performing mobile road transport activities	The Commission has changed its position on the subject. As announced by the Commission in the Transport Council on 24 June 2010, it intends to withdraw this proposal rejected by the EP.

RELEX	COM(2006) 704 2006/0232/APP	COUNCIL DECISION on the approval of an exchange of letters between the European Community and its Member States, of the one part, and the Swiss Confederation, of the other, authenticating the Maltese-language version of the Protocol of 26 October 2004 to the Agreement between the European Community and its Member States, of the one part, and the Swiss Confederation, of the other, on the free movement of persons, regarding the participation, as contracting parties, of the Czech Republic, the Republic of Estonia, the Republic of Cyprus, the Republic of Latvia, the Republic of Lithuania, the Republic of Hungary, the Republic of Malta, the Republic of Poland, the Republic of Slovenia and the Slovak Republic, pursuant to their accession to the European Union	The two proposals are obsolete. They were never adopted by the Council, as the adoption of a formal Council decision was not deemed necessary. Instead, the Council authenticated the texts in question through I-/A-item notes (based on a separate Protocol with the Swiss Confederation). Both I-/A-item notes were adopted by the Council on 14 May 2007.
RELEX	COM(2006) 717 2006/0235/APP	COUNCIL DECISION on the approval of an exchange of letters between the European Community and its Member States, of the one part, and the Swiss Confederation, of the other, authenticating the Agreement between the European Community and its Member States, of the one part, and the Swiss Confederation, of the other, on the free movement of persons, as drawn up in the Czech, Estonian, Hungarian, Latvian, Lithuanian, Maltese, Polish, Slovak and Slovenian language	
SG	COM(2009)0142 2009/0048(COD)	Proposal for a REGULATION OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL adapting a number of instruments subject to the procedure referred to in Article 251 of the Treaty to Council Decision 1999/468/EC, with regard to the regulatory procedure with scrutiny)	This proposal aimed at adapting legislative instruments to the regulatory procedure with scrutiny. After the entry into force of the treaty of Lisbon, it is no longer possible to make use of the regulatory procedure with scrutiny in new legislative acts. Therefore, the proposal has no legal grounds any more.
SJ	COM(1995) 622/4 1995/0305(COD)	PROPOSAL FOR A COUNCIL DIRECTIVE ON THE MARKETING OF FODDER PLANT SEED (CONSOLIDATED VERSION)	Obsolete. Converted to a recast to be presented.
SJ	COM(1995) 628/2 1995/0321(COD)	PROPOSAL FOR A COUNCIL DIRECTIVE ON THE MARKETING OF CEREAL SEED (CONSOLIDATED VERSION)	Obsolete. Converted to a recast to be presented.
SJ	COM(2003) 243 2003/0096(COD)	Proposal for a COUNCIL REGULATION on the common organisation of the market in raw tobacco (Codified version)	Obsolete. Amendment to basic act adopted and amended codified proposal under preparation.
SJ	COM(2007) 848 2007/0287(COD)	Proposal for a REGULATION (EC) No 1601/91 OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL concerning the general rules on the definition, description and presentation of aromatized wines, aromatized wine-based drinks and aromatized wine-product cocktails (Recast)	Obsolete. Converted to a recast to be presented.
SJ	COM(2007) 302 2007/0103(CNS)	Proposal for a COUNCIL REGULATION (EURATOM) laying down maximum permitted levels of radioactive contamination of foodstuffs and of feeding stuffs following a nuclear accident or any other case of radiological emergency (Codified version)	Obsolete. Amended codified proposal under examination by the legislative authority.
SJ	COM(2008) 26 2008/0009(COD)	Proposal for a DIRECTIVE OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL concerning mergers of public limited liability companies (Codified version)	Obsolete. Amended codified proposal under examination by the legislative authority.
SJ	COM(2008) 91 2008/0039(COD)	Proposal for a COUNCIL DIRECTIVE 68/193/EEC on the marketing of material for the vegetative propagation of the vine (Codified version)	Obsolete. Converted into recast.

SJ	COM(2008) 544 2008/0173(COD)	Proposal for a DIRECTIVE 77/91/EEC OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL on coordination of safeguards which, for the protection of the interests of members and others, are required by Member States of companies within the meaning of the second paragraph of Article 48 of the Treaty, in respect of the formation of public limited liability companies and the maintenance and alteration of their capital, with a view to making such safeguards equivalent (Codified version)	Obsolete. Amended codified proposal under preparation.
SJ	COM(2008) 873 2008/0253(COD)	Proposal for a COUNCIL DIRECTIVE laying down the principles governing the organisation of veterinary checks on animals entering the Community from third countries (codified version)	Obsolete. Converted to a recast to be presented.
SJ	COM(2008) 891 2008/0265(COD)	Proposal for a COUNCIL REGULATION (EC) 1683/95 down a uniform format for visas (codified version)	Candidate for withdrawal ... No priority anymore.
SJ	COM(2006)0346 2006/0808(CNS)	DRAFT COUNCIL DECISION adapting the provisions concerning the Court of Justice in fields covered by Title IV of Part Three of the Treaty establishing the European Community	Obsolete.

ROADMAP	
TITLE OF THE INITIATIVE	Communication on a more integrated European Standardisation System and legislative proposal on standardisation, covering inter alia the ICT sector
TYPE OF INITIATIVE	<input checked="" type="checkbox"/> CWP <input type="checkbox"/> Non-CWP <input type="checkbox"/> Implementing act/Delegated act
LEAD DG – RESPONSIBLE UNIT	ENTR/C/5
EXPECTED DATE OF ADOPTION	Month/Year: 2011
VERSION OF ROADMAP	No: 6 Last modification: Month/Year: 9/2010

This indicative roadmap is provided for information purposes only and is subject to change. It does not prejudice the final decision of the Commission on whether this initiative will be pursued or on its final content and structure.

A. Context, problem definition
<p>(i) What is the political context of the initiative?</p> <p>(ii) How does it relate to past and possible future initiatives, and to other EU policies?</p> <p>(iii) What ex-post analysis of the existing policy has been carried out and what results are relevant for this initiative?</p>
<p>Standardisation is one of the key factors of the internal market. The use of standards facilitates cross-border trade and increases the competitiveness of European enterprises, inter alia by allowing suppliers to achieve economies of scale through lower per-unit costs by producing large homogeneous batches. The European standardisation bodies and their members were frontrunners in developing very successful and widely accepted standards. Standards are the fruit of close cooperation between economic actors as well as between businesses and non-governmental organisations within civil society. Yet, the increasing globalisation, the necessity to further develop a European economy based on knowledge and innovation and the ambition to transform Europe into a more resource efficient, greener and more competitive economy present new challenges for standardisation bodies and the users of standards. This initiative implements the Europe 2020 Strategy and will be one of the principal initiatives of the EU2020 Flagship on the Innovation Union [COM(2010)546], the forthcoming "Single Market Act", the forthcoming EU2020 Flagship on Industrial Policy and the Digital Agenda [COM(2010)245].</p> <p>The future of European standardisation was discussed extensively at the European Parliament. In October 2010, it adopted a report on the future of European standardisation [A7-0276/2010] according to which the review of the European standardisation should preserve its many successful elements, improve its deficiencies and strike the right balance between the European, national and international dimensions. The European Parliament stressed that the proposed review should build on the strengths of the existing system, which constitute a solid basis for improvement, while refraining from any radical changes that would undermine the core values of the system</p> <p>The standardisation package will be the conclusion of a long process of reflection and broad consultation of stakeholders. In its Communication COM(2008)133 of 11 March 2008, the Commission pleaded for a reform of the European Standardisation System (ESS), in order to make it more reactive to innovation and more supportive to competitiveness of EU enterprises. In its Conclusions of 25th September 2008, the Council encouraged the reform of the ESS, and invited the Commission to review its action plan for standardisation. In addition, the Small Business Act [COM(2008)394] encouraged the European Standards Organisations to review their Business Model and called for an adaptation of the ESS to the needs of SMEs. In addition, the consultation on the "White Paper" for a new ICT Standardisation Policy [COM(2009)324] has demonstrated the urgency of a reform of the ICT standardization system in Europe. A study on "access to standardisation" examined how all interested parties could be more closely involved in the standardisation process (final report published in April 2009). An independent advisory Expert Panel for the Review of the European Standardisation System (EXPRESS) made recommendations on how standardisation can bring greater value to Europe and can capitalise on its strengths and values in the global standardisation context.</p>

What are the main problems which this initiative will address?

Standards fulfill a variety of functions. They convey information, allow interoperability between products and processes, guarantee minimum levels of quality and safety, and result in economies of scale by reducing variety. Positive economic effects of standards include their ability to exploit network externalities, to enhance productive and innovative efficiency, to reduce imperfect information, to diffuse information on innovation, and to promote competition. Although European standardisation is highly beneficial for the EU and the functioning of the internal market, the following main problems will be addressed by this initiative:

1. The contribution of European standardisation to innovation within the EU and its role in the internal market is tremendous, especially in the field of product standards:
 - a) Standards play an important role for innovation. By codifying information on the state of the art of a particular technology, they enable dissemination of knowledge, interoperability between new products and services and provide a platform for further innovation. For example, the opening of the telecommunications market combined with the GSM standard laid the foundation for Europe's success in mobile phones. However, standards play this useful role only if they keep pace with the development of new technologies. The rapid shortening of innovation cycles and the convergence of technologies across the boundaries of the three European standardisation organisations are a particular challenge. If not able to adapt, the European standardisation system risks becoming irrelevant with companies turning instead to other instruments (as could be seen in the ICT sector) or worse could start to work as a brake on innovation. A dynamic standardisation system is also a pre-condition for the EU to maintain and further reinforce its impact on the setting of standards at global level, where other countries are increasingly seeking to set the rules. In addition, new standardisation needs and integration of standards into R&D projects could be much improved.
 - b) Compliance with harmonised standards provides a presumption of conformity with the corresponding requirements of the 'New Approach' directives and other relevant directives. Manufacturers can use harmonised standards to demonstrate that products comply with EU legislation. In other fields, however, European standardisation did not yet fully play the role which it deserves or evolved outside the formal channels, such as in the field of services. Moreover, other fora have elaborated innovative solutions that stakeholders recognize as de facto standards. However, their lack of formal status prevents Member States to use them, for example for public procurement.
2. In the digital economy, Europe does not yet reap the maximum benefit from interoperability. Weaknesses in standard-setting, amongst others, prevent digital services and devices used by Europeans from working together as well as they should. The Digital Agenda can only take off if its different parts and applications are interoperable and based on standards and open platforms. However, the currently applied specifications which are widely accepted by the relevant stakeholders are not recognised as having the same value as a formal standard.
3. A greener European economy requires greener standards. In several fields, there is hardly a legal basis for the development of standards to support green policies, e.g. the measurement of greenhouse gas emissions, the introduction of renewable energies, the improvement of energy management, etc. Furthermore, the revision of environmental parts of existing harmonised or other European standards in order to adapt them to new technological development is often a laborious process so that the development of the internal market of green products often does not keep pace with the technological evolution of these products .
4. Standards share four major characteristics: they are the result of a work carried out among interested parties, they are based on scientific and technical data, they rely on consensus, and their application remains voluntary. European standards institutes provide for the participation of various representatives: from trade unions, consumer groups, local governments, national government officials, individual firms, and trade associations. Standard-setting thus constitutes a procedure in which the participants have formally the same rights and the same influence. However, there are generally profound inequalities between them in terms of access to information and technical expertise. For example, small and medium enterprises (SMEs) and non-commercial stakeholders rarely have the capacity to take an active part in standardization work. Despite the consensual mode of establishment of standards, there are risks that standards development may be biased in some cases by an over-representation of specific vested interests.

Who will be affected by it?

Businesses, European and national standardisation bodies, public authorities and civil society.

- (i) Is EU action justified on grounds of subsidiarity?
(ii) Why can Member States not achieve the objectives of the proposed action sufficiently by themselves?
(Necessity Test)
(iii) Can the EU achieve the objectives better? (Test of EU Value Added)

European standards are an inherent part of the internal market for goods since more than 25 years. European standardisation necessarily takes place at EU-level. Around 90 % of standards applicable in the EU are either European or international standards. More than three quarters of European standards do not come under a directive but result from a market initiative. At European level, there are three recognised European Standards Organisations (ESOs): CEN, CENELEC and ETSI. National standards bodies are members of CEN and CENELEC, which are based on the principle of national delegation in their governance and procedures: national members take decisions at European level. In contrast with this, ETSI functions on the basis of direct membership of companies, administrations and other organisations. There are 3 recognised international standards organisations: ISO, IEC and ITU. National standards bodies are also the members of ISO and IEC, whereas the members of ITU, which is part of the system of United Nations, are national governments. Consequently, problems related with European standardisation can only be solved by action at European level.

B. Objectives of the initiative

What are the main policy objectives?

The main objective of the initiative, which will inter alia cover the ICT sector, is to speed up and modernise standard-setting to enable interoperability and foster innovation in fast-moving global markets. Moreover, new standardisation needs should be anticipated and standards should be integrated into R&D projects in the research Framework Programme. In a longer term perspective, the initiative should ensure that the standardisation system is able to adapt to the quickly evolving environment and to contribute to Europe's strategic internal and external objectives (relating, among others, to innovation and technological development).

Do the objectives imply developing EU policy in new areas?

No.

C. Options

- (i) What are the policy options being considered?
(ii) What legislative or 'soft law' instruments could be considered?
(iii) How do the options respect the proportionality principle?

Option 1 : No action

Option 2 : a Communication accompanied by a legislative proposal on standardisation, which will inter alia cover the ICT sector, in order to speed up and modernise standard-setting to enable interoperability and foster innovation in fast-moving global markets. It would consist of the following main elements:

- a) Standardisation in the field of services;
- b) Increase transparency and efficiency of European standardisation;
- c) Possibility to recognise existing de facto standards in certain fields, especially IT services and products;
- d) Strengthen involvement of stakeholders.

Option 3: a Communication accompanied by a legislative proposal in order to improve the functioning of EU standardisation by an increase of the budgets and the revision of Decision 1673/2006/EC (partly legislative initiative):

- a) Increase budgets for standardisation;
- b) Include IT operability in Decision 1673/2006/EC and repeal Decision 87/95/EEC;
- c) Conclusion of separate agreements with ESOs;
- d) Formal Commission recommendation on fundamental principles of European standardisation.

Option 4: a Communication setting out the main elements of new agreements with ESOs and other interested bodies that play an important role in European standardisation (non-legislative)

Option 5: Abolish the involvement of the EU in European standardisation (legislative).

The last option is clearly disproportionate. All other options fully respect the proportionality principle.

D. Initial assessment of impacts
What are the benefits and costs of each of the policy options?
<p>Option 1 does not solve any problem. It would deny requests from the EP, the Council, ESOs and all other stakeholders to address certain problems.</p> <p>The benefit of option 2 is its general and overall approach whereby the fragmented legal framework would be put together and adapted to the new needs. If a regulation or decision would be used, the costs would be minimal.</p> <p>The benefit of option 3 is its flexibility and the possibility to react fairly quickly to new developments, which could be interesting in the field of innovation. An amendment of Decision 1673/2006/EC could permit an extension of the situations in which activities in the area of standardisation could be financed. The main disadvantage is that it does not offer an appropriate solution for the formal recognition of existing de facto standards for IT interoperability. Option 3 could also suffer from budgetary constraints.</p> <p>The advantages and drawbacks of option 4 are more less the same as those of option 3. Yet, an complementary drawback would be the fact that any possibility to finance new standardisation activities would not necessarily be possible under Decision 1673/2006/EC.</p> <p>Option 5 would have probably no benefits and would only create additional costs for all stakeholders.</p>
Could any or all of the options have significant impacts on (i) simplification, (ii) administrative burden and (iii) on relations with other countries, (iv) implementation arrangements? And (v) could any be difficult to transpose for certain Member States?
<p>Option 5 would cause a heavy additional administrative burden for national authorities, national standardisation bodies and businesses. None of the other options would have significant impacts on administrative burden.</p> <p>At the moment, none of the options seem to have significant impacts on simplification, relations with other countries and implementing arrangements. No transposition difficulties could be identified at this stage.</p>
(i) Will an IA be carried out for this initiative and/or possible follow-up initiatives? (ii) When will the IA work start? (iii) When will you set up the IA Steering Group and how often will it meet? (iv) What DGs will be invited?
Yes. The IA work is ongoing since 1 December 2009 under the auspices of an IA Steering Group. The most important services users of standards within the Commission, i.e various units of DG ENTR, ENV, SANCO, MARKT, TRADE, INFSO, BUDG, SG, COMP and TREN, have been invited.
(i) Is any of options likely to have impacts on the EU budget above €5m? (ii) If so, will this IA serve also as an ex-ante evaluation, as required by the Financial regulation? If not, provide information about the timing of the ex-ante evaluation.
An increase of or re-orientation within the EU-Budget for standardisation (currently around 20 to 24 Million €/year) might be necessary under options 2, 3 and 4. According to Article 6(1) of Decision 1673/2006/EC, the Commission is obliged to evaluate the relevance of the standardisation activities receiving Community financing in the light of the requirements of Community policies and legislation and inform the European Parliament and the Council about the outcome of such evaluation at least every five years.

E. Evidence base, planning of further work and consultation
<p>(i) What information and data are already available? Will existing impact assessment and evaluation work be used?</p> <p>(ii) What further information needs to be gathered, how will this be done (<i>e.g. internally or by an external contractor</i>), and by when?</p> <p>(iii) What is the timing for the procurement process & the contract for any external contracts that you are planning (<i>e.g. for analytical studies, information gathering, etc.</i>)?</p> <p>(iv) Is any particular communication or information activity foreseen? If so, what, and by when?</p>
<p>(i) The initiative is the result of preparatory work, which is available as reports and documents :</p> <ul style="list-style-type: none"> - a report drafted by an independent group, the Expert Panel for the Review of the European Standardisation System (EXPRESS): this group was established by the European Commission in January 2009 to review the entire ESS, its functioning, coherence, financing and legal framework. The Panel was composed of 30 individual experts from European, national and international standards organisations, industry, SMEs, NGOs, academia, and public authorities from EU Member States and EFTA countries. The European Commission is using the Panel's advice via the report that EXPRESS delivered in February 2010. - Evaluation of the contribution of community financing of standardisation to the fulfilment of policy objectives of the Commission (30 June 2009)

- Access to standardisation – Study for the European Commission, Enterprise and Industry Directorate General (Final report, 10 March 2009)
- SME Access to European Standardisation (Report commissioned by CEN and CENELEC – Final version available in September 2009)
- Reforming the European standardisation system (Internal DG ENTR Note dated 29 October 2008)
- CEN/CENELEC/ETSI common objectives (June 2006)
- Economic benefit of standardisation – DIN (2000)
- The empirical economics of standards (DTI – 2005)
- Impact économique de la Normalisation (AFNOR – June 2009)
- Standards and economic growth in Denmark (DS – 2003).

(ii) and (iii) At the moment, sufficient information seems to be available.

(iv) The outcome of the IA and the corresponding decision of the Commission on the preferred option will be the subject of a press release and specific messages to stakeholders via the specialised channels of the DGs. A press conference could be envisaged.

Which stakeholders & experts have been or will be consulted, how, and at what stage?

The following stakeholders were closely involved in all the preparatory works:

- the European Standards Organisations, CEN, CENELEC and ETSI as well as some of their national members
- Industry federations (e.g : BusinessEurope, Orgalime, UEAPME)
- Organisation representing stakeholders in standardisation (ANEC, ECSO, ETUI and NORMAPME)

The open consultation took place from 23.03.2010 until 21.05.2010. Its results are available on http://ec.europa.eu/enterprise/policies/european-standards/public-consultation/index_en.htm

ROADMAP	
TITLE OF THE INITIATIVE	European Strategy and Action plan towards a sustainable bio-based economy by 2020
TYPE OF INITIATIVE	X CWP • Non-CWP • Implementing act/Delegated act
LEAD DG – RESPONSIBLE UNIT	DG RTD
EXPECTED DATE OF ADOPTION	November 2011
VERSION OF ROADMAP	No: 2 Last modification: 10/2010:

This indicative roadmap is provided for information purposes only and is subject to change. It does not prejudice the final decision of the Commission on whether this initiative will be pursued or on its final content and structure.

A. Context, problem definition

- (i) What is the political context of the initiative?
- (ii) How does it relate to past and possible future initiatives, and to other EU policies?
- (iii) What ex-post analysis of the existing policy has been carried out and what results are relevant for this initiative?

The proposed initiative responds to the Europe 2020 strategy which calls for an innovative and a resource efficient Europe and highlights the building of a bio-economy by 2020 as one of the deliverables under the Innovation Union.

On 13-14 September the Belgian Presidency held a high-level conference "Knowledge Based Bio-Economy towards 2020" which concluded that "The Knowledge Based Bio-Economy will play a key role for the new EU 2020 strategy: it can provide new solutions for the food and energy crisis, for climate change mitigation and adaptation, as well as for the conservation of biodiversity and the optimisation of the use of our natural resources."

The bio-economy concept brings under one umbrella all sectors of the economy that produce and process biological resources from land and sea. It relies on research in bio-sciences, information technologies, robotics, and materials and aims to transform the knowledge and new technologies into agricultural, industrial and social innovation. In economic terms, the bio-economy is worth around two trillion Euros and provides more than 22 million jobs in Europe, across sectors as diverse as agriculture, forestry, fisheries, food, feed and chemicals.

The bio-economy strategy and action plan will offer a framework for stronger coherence between our various policies and funding instruments; and it aims to ensure the utilisation of the full potential of Europe's resources, knowledge and industrial capabilities in all of the bio-economy sectors, taking into account the needs of farmers, fishermen, industry and consumers, and society in general. The initiative is of high relevance to CAP reform. It takes forward the Life sciences and biotechnology strategy, which finished in 2010. It also closely links to a range of current policies such as DG ENV Communication on Roadmap for Resource Efficiency, DG ENTR Lead Market Initiative; DG ENTR Industrial Policy; Environmental Technologies Action Plan; rural and coastal initiatives.

A number of ex-post studies are considered in preparation of the proposed initiative (e.g. reports in Member States including ERANETS, OECD, third countries and internal documents based on the development of the Knowledge-Based Bio-Economy as part of FP7); Ex-post impact assessment of FP6 TP5; Biotech clusters study; Taking bio-based from products to market report prepared in relation to the LEAD market initiative on biobased products. Report KBBE in Europe: achievement and challenges (prepared in relation to conference on 14 September 2010). The studies suggest the high potential of the bio-economy in addressing the societal challenges, as well as the importance of the development of the integrated bio-economy framework in order to better link education, research and innovation.

What are the main problems which this initiative will address?

What is at stake? The bio-economy has a potential in:

- Creating new markets and employment opportunities for European coastal and rural communities;
- Greening the industry - reducing costs, pollution and waste;
- Increasing the use of the bio-based raw materials in chemical industry;
- Securing food supply in the context of climate change and growing population;
- Strengthening competitiveness of European food industry;
- Building a socially inclusive and healthy Europe;
- Moving towards a zero waste society.

While Europe has a strong life sciences and biotechnology research base to support the development of a sustainable and smart bio-economy and a leading position in related industrial sectors such as chemical and enzyme industries (e.g. EU produces about 75% of the world's enzymes), the bio-economy sectors are fragmented and subject to increasing competition from overseas. There is also a lack of speed and critical mass in deploying research results and new technologies in the markets for industrial and social innovation, and for addressing societal challenges. Supply-side and demand-side policy actions at European and Member State level are often launched in isolation and with weak engagement of the end-users. In addition, certain technologies engender public concern, which may limit the potential in Europe if these cannot be properly addressed. A shift from fossil resource-based industries to more sustainable, efficient and competitive bio-industries requires more investment in technology development and the expansion of the supply chain.

Who will be affected by it?

The trends and problems outlined above are directly affecting academia, industries concerned, rural and coastal communities, public policy makers and the general public.

The Strategy and action plan would bring together the knowledge markets (education, research, innovation), economic sectors, including financial partners/actors, public policy makers and social actors and will identify the structural and technical changes needed to implement the incentives and targets needed to achieve the objectives listed above, taking into account existing tools and measures. The implementation will need actions at EU and MS level with a strong coordination mechanism from subgroups related to the main big economic sectors.

(i) Is EU action justified on grounds of subsidiarity?

(ii) Why can Member States not achieve the objectives of the proposed action sufficiently by themselves?
(Necessity Test)

(iii) Can the EU achieve the objectives better? (Test of EU Value Added)

The development of the bio-economy is closely linked to a series of policies for which there is an EU competence:

- the European Research Area, whose role is strengthened under the Lisbon Treaty, leading to a stronger coordination between EU and Member States (e.g. JPIs);
- EU Innovation and Industrial policy;
- CAP;
- regulatory frameworks to protect the environment, health and safety;
- regulatory frameworks related to waste;
- EU role in standard setting at the European and international level.

An improved coordination at EU level of public investments (and the stimulation of private investment), as well as of the development of coherent policy and legislative framework, is essential. The action plan should enable a balanced, coherent and efficient approach to the bio-economy, which would bring stronger synergies while allowing Member States to take their own initiatives according to the principle of subsidiarity, within an EU policy framework. The implementation of the bio-economy strategy will require coordinated actions at EU and MS level.

B. Objectives of the initiative

What are the main policy objectives?

The overall aim of the initiative is to optimise the beneficial impact of the bio-economy on economic growth, the environment and employment so as to increase the quality of life and well being of European Citizens. It will anticipate and shape proactively the transition to a low carbon, renewable-based economy, maximising benefits to society.

Through the development of new biological products and processes, the bio-economy concept will contribute to the attainment of a broad range of policy goals in the following domains:

- ***Reinforcing European leadership and creativity in the biosciences***
Developing the relevant technologies will require investment in the knowledge triangle of education, research and innovation, across the biosciences in order to ensure that Europe has the skills it will need to maintain and further develop its leadership in biotechnology.
- ***Optimising innovation and the systems for knowledge transfer***
In order to fully exploit the knowledge developed, to optimise innovation, and promote smart growth, better policy and regulation for demand side and a more efficient framework for the monitoring and transfer of scientific results into marketable products/services need to be developed. This will involve a broad range of partners and build on known structures such as Knowledge Transfer Networks and the strength of European clusters in the biosciences.
- ***Research into safe, nutritious and affordable food***
In order to ensure a socially inclusive and healthy Europe, a research approach that will assist in the prevention of diet related diseases will need to be developed. This will entail moving to knowledge-intensive systems using advanced technologies to enhance the functionality, quality and nutritional value of food. There is also a need to make policy and regulation more coherent, simple, and harmonised so as not to place unnecessary additional burdens on food businesses operators that may hinder innovation. At the same time, Europe has to assume its role in improving food security and keeping food prices affordable at global scale by assisting its agriculture in adapting to climate change. The move to a bio-economy has to be socially sustainable.
- ***Making rural and coastal economies more sustainable***
Using land and water to produce raw materials, and processing these into high-value products, will be a growing market for agricultural, forest and ocean based products. Thus, the development of the bio-economy will support the economies, and employment opportunities, in rural and coastal areas while ensuring the protection of our natural resources.. At the same time, rural and coastal economies will gradually use less finite resources, supported by new technologies.
- ***Improving the efficiency of agricultural, food and industrial production and distribution systems***
It is necessary to properly integrate land and marine production of biomass for food, feed, energy use and industrial use. This will entail efficient processing of raw materials – adding value to the production chain – prioritisation of land use, avoiding waste, low energy consumption, improved use of waste streams, and the deployment of novel technologies. These complex, interlinked demands will require a broadly based life-cycle approach.
- ***Maintaining the competitiveness of European industry and agriculture.***
In the light of the emergence of powerful economies, it is important that European industries, including agriculture, food and service sector, remain competitive in order to generate the economic growth. This will require a move to knowledge intensive economy which will foster more innovation leading to more efficient advanced technologies, in addition to investment in the modernisation of industrial plant and equipment and more efficient services.
- ***Building low-carbon industries***
Improved efficiency, such as using enzymatic rather than traditional chemical processes, will reduce the

demand for energy, while the use of crops as a sustainable carbon source will enable the replacement of a proportion of fossil based carbon, thus potentially reducing Europe's dependence on imported oil and gas.

- **Reducing emissions of GHG and waste**

Careful use of renewable materials, waste reducing strategies, efficient use of energy and the recycling of organic waste streams will help reduce the emissions of GHG.

The operational objectives are:

- to implement European Partnership initiatives, link with Joint Programming Initiatives and complete European Research Area in the bio-economy sectors;
- to better link education with research and innovation in the bio-economy sectors, also taking into account existing tools and measures – such as EIT;
- to improve framework conditions for innovation in bio-economy sectors;
- to encourage the reform of Member States' national (and regional) level of their R&D and innovation systems to enable the development of the bio-economy at national level
- to better integrate the bio-economy approach into the forthcoming reform of the CAP as well as in waste treatment legislation.

Do the objectives imply developing EU policy in new areas?

No. They aim at making current policy more coherent and including of targets into existing legislation revision. Some examples are provided under section 6.

C. Options

- (i) What are the policy options being considered?
- (ii) What legislative or 'soft law' instruments could be considered?
- (iii) How do the options respect the proportionality principle?

PO1: continuation without a new Strategy and Action Plan, including:

- Funding through FPs, coordination of policies and actions through existing instruments (ERA-NETs, JPIs, etc)
- No legislative or 'soft law' instruments applied

PO2: Strategy covering research priorities and ERA creation only

- Implementation of ERA in the bio-economy sectors
- Proposing mechanism for common research priority setting
- Implementation of mechanism fostering better communication of research results and knowledge transfer –
- Funding through FPs, coordination of policies and actions through existing instruments (ERA-NETs, JPIs, etc)
- Linking with activities of the Joint Programming Initiatives in the bio-economy sectors
- Supporting 'research side' of the Innovation Partnerships in the Bio-economy sectors

PO3: A new policy framework for bio-economy (to be implemented at the EU and Member States level).

A framework would:

- Build the ERA in the Bio-Economy sectors as in option 2
- bring together key actors and relevant policies and instruments throughout all value chain;
- strengthen links between the research and innovation component of the Bio-Economy;
- coordinate education/research/innovation initiatives both at European as well as at the Member States level.
- address some legislative or standardisation bottlenecks, for example in the area of waste treatment and bio-based products.

Based on the invitation in Europe 2020 strategy to build bio-economy by 2020, the Strategy and action plan would set a vision until 2020 accompanied by an action plan (3 years, renewable in 2014 and 2017).

Specific, innovative deliverables of the strategy will be defined during the drafting process. They might require specific targets and might include actions in relation to: strengthening European research and innovation capacities in biosciences; recommendations on education and training needs; recommendations for infrastructure, biorefinery demonstration plants, experimental farming facilities; stimulating the creation of bioclusters and creating links between clusters, stimulating economic growth, providing new opportunities to coastal and rural communities; improving the efficiency of agricultural, food and industrial production and distribution systems; reduction on water use in food production systems through innovative new technologies; providing safe, nutritious and affordable food; reducing dependence on fossil based resources, reducing emissions of GHG and waste.

The Communication builds on current policies and actions, seeking to provide coherence to improve their delivery. It also proposes new actions for better integrating funding streams and for providing incentives for knowledge transfer and for stimulating the integration of new technologies into industrial and social innovation. It should, therefore, improve efficiency and effectiveness.

D. Initial assessment of impacts

What are the benefits and costs of each of the policy options?

The impact of three outlined policy options will be assessed against a number of criteria and possible impacts. These, for example, relate to:

Economic impacts

- Increase competitiveness of the European bio-economy sectors
- Maintain EU leadership in bio-sciences
- Support sustainable agriculture and rural incomes by further diversification of rural economy
- Stimulate research and development
- Facilitate the development of new production methods, technologies and products
- Reduce Europe's dependence on imported fossil fuels

Environmental impacts

- Promote greater resource efficiency
- Reduce GHG emissions
- Reduce water and energy use in industry and primary production

Social impacts

- Ensure affordable food to low income groups
- Reduce food related diseases
- Support development in coastal and rural areas

Could any or all of the options have significant impacts on (i) simplification, (ii) administrative burden and (iii) on relations with other countries, (iv) implementation arrangements? And (v) could any be difficult to transpose for certain Member States?

The proposed communication should enable a balanced, coherent and efficient approach to the bio-economy, which would bring stronger synergies while allowing Member States to take their own initiatives according to the principle of subsidiarity, within an EU policy framework. The implementation of the bio-economy strategy would require coordinated actions at EU and MS level. The Communication could offer more coherence across the EU and would improve simplification with third countries, for example on cross-border trade in biomass.

(i) Will an IA be carried out for this initiative and/or possible follow-up initiatives? (ii) When will the IA work start? (iii) When will you set up the IA Steering Group and how often will it meet? (iv) What DGs will be invited?

The Impact Assessment will be carried out during November 2010 – June 2011. The following DGs are invited to the Interservice coordination group: DG AGRI, DG JRC, DG SANCO, DG MARE, DG ENV, DG ENTR, DG EAC, DG REGIO, DG DEV, DG CLIMA, DG BEPA, DG EMPL, DG TRADE, DG ENER and SG. It is

proposed to meet every 2 months starting from November 2010.

- (i) Are any of the options likely to have impacts on the EU budget above €5m?
 (ii) If so, will this IA serve also as an ex-ante evaluation, as required by the Financial regulation? If not, provide information about the timing of the ex-ante evaluation.

The initiative will not have a direct impact for the EU budget. For all the implementation issues in the new strategy and action plan, the budgetary impacts will be strictly limited to the means that are planned in consecutive work programmes of FP7 and its likely successor and within the specific policies themselves. Thus, any budgetary impacts within the policies will be considered as part of the assessment of those policies. The strategic action plan will *not* in itself lead to an increase of the foreseen budgets, but specific actions will be funded through allocation of existing budgets. Other Community funding instruments may also play a role, according to the same principle (e.g. EIT, CIP, structural funds). Certain activities may be funded at the Member State level.

E. Evidence base, planning of further work and consultation

- (i) What information and data are already available? Will existing impact assessment and evaluation work be used?
 (ii) What further information needs to be gathered, how will this be done (e.g. internally or by an external contractor), and by when?
 (iii) What is the timing for the procurement process & the contract for any external contracts that you are planning (e.g. for analytical studies, information gathering, etc.)?
 (iv) Is any particular communication or information activity foreseen? If so, what, and by when?

- (i) The following sources are considered:
- Range of information from reports in Member States including ERANETS, OECD, third countries and internal documents based on the development of the Knowledge-Based Bio-Economy as part of FP7;
 - Studies from DG AGRI, DG ENTR, DG ENV, JRC, etc;
 - Ex-post impact assessment of FP6 TP5;
 - Bio-clusters study;
 - KBBE in Europe: achievement and challenges report, prepared in relation to conference on 14 September 2010.
- (ii) Evaluation results in relation to preparation of FP8 will feed into preparatory work; expert groups will be called for socio-economic implications measurement and also on education and skill needs in the bio-economy. Ex-ante impact study, building on different policy scenarios, is considered to be launched early 2011.
- (iii) Expert group appointment (for expert groups), public procurement (for study).
- (iv) Main steps of Communication Actions are outlined in the Annex A to the draft roadmap.

Which stakeholders & experts have been or will be consulted, how, and at what stage?

- The Theme 2 Programme Committee and Advisory Group have been consulted and will be consulted in the upcoming meetings.
- An event was organised in the European Parliament in May 2010 for research policy makers.
- There was a high-level KBBE 2020 conference in September 2010 and Euro-Ocean conference in October 2010 (both events were organised under the Belgian Presidency).
- An Impact Assessment will be carried out during first half of 2011.
- Public consultation will be launched end of 2011.
- External expert groups are consulted: SCAR, KBBE-NET, LMI, DG ENTR expert group, DG RTD expert groups, DG AGRI Advisory Group.
- Additional expert groups will be launched early next year to assist with selected aspects of the impact assessment exercise.
- Stakeholder meetings will take place during first half of 2011.

ROADMAP

Title of the initiative: **Modernisation of higher education**
 Type of initiative (CWP/Catalogue/Comitology): CWP Non-legislative action / Commission Communication
 Lead DG/contact person/details: EAC
 Expected date of adoption of the initiative (month/year): September 2011
 Date of modification: 7 July 2010
 Version No: 4

This indicative roadmap is provided for information purposes only and is subject to change. It does not prejudice the final decision of the Commission on whether this initiative will be pursued or on its final content and structure.

Initial IA screening & planning of further work

A. Context and problem definition

(i) What is the political context of the initiative?

As acknowledged in the EU2020 Strategy, **higher education plays an essential role** in society by creating new knowledge, transferring it to students and fostering innovation. Institutions throughout Europe are working to modernise, both in terms of the courses they offer and the way they operate.

Europe has around 4,000 higher education institutions (HEIs), with over 19 million students and 1.5 million staff. Some European universities are amongst the best in the world, but the overall **potential of European higher education is not exploited in full**. Curricula are not always up-to-date, not enough young people go to university after finishing school and not enough adults have ever attended university. European universities often lack the management tools and funding to match their ambitions.

Governments and actors from the higher education sector are working to create better conditions for HEIs. The **European Commission supports EU Member States** and neighbouring countries in their modernisation efforts through policy initiatives, discussion papers and events, as well as through EU programmes promoting mobility in education such as Erasmus, Tempus, Erasmus Mundus and the Marie Curie Actions.

The modernisation agenda for universities formed part of the Lisbon Strategy for Growth and Jobs. Against this backdrop, the Commission (DGs EAC and RTD) issued a **Communication: "Delivering on the modernisation agenda for universities" (COM(2006) 208 final)** in 2006, which was welcomed by the Member States and the main stakeholders in higher education. This Communication set out nine priorities for reform, which can be summarised under the following three headings:

- **Curricular reform:** The three cycle system (bachelor-master-doctorate), competence based learning, flexible learning paths, recognition, mobility.
- **Governance reform:** University autonomy, strategic partnerships, including with enterprises, quality assurance.
- **Funding reform:** Diversified sources of university income better linked to performance, promoting equity, access and efficiency, including the possible role of tuition fees, grants and loans.

The new Europe 2020 strategy and, more specifically, the flagship initiative Youth on the Move, stress the need to **step up the higher education modernisation process**. The second action line of Youth on the Move focuses precisely on this priority, aiming at once to increase higher education participation rates and improve the relevance and performance of higher education systems as such. As part of this action line, the Commission proposes a renewed agenda for reform and modernisation of higher education. The proposed Communication would form an important part of this, by **taking stock of progress in higher education reform** and highlighting where challenges remain and **further progress is required**.

(ii) How does this initiative relate to past and possible future initiatives, and to other EU policies?

The **strategic framework for European co-operation in education and training ('ET 2020')**, adopted by the Council in May 2009, underlines the need to promote the modernisation agenda for higher education to improve the quality and efficiency of education and training. This framework strategy provides the basis for the Open Method of Coordination in the field of higher education (alongside other aspects of education and training), including ongoing implementation of the Bologna reforms¹.

In this context, the **Europe 2020 Strategy** highlighted education as a key policy area where collaboration between the EU and Member States can deliver positive results for jobs and growth. It included **Youth on the Move**² as the main flagship initiative in the field of Lifelong Learning and Mobility (with a strong focus on higher education) and a **Youth on the Move package**, including a draft Commission Communication and Council Recommendation, is scheduled for adoption in early autumn 2010.

The **Youth on the Move Communication**, which contains four main action lines, provides an additional strategic framework to guide Commission activities on higher education. The first action line "Promoting the attractiveness of higher education for the knowledge economy", reiterates the need to step up efforts to modernise higher education and proposes the adoption of a Commission Communication in 2011 to act as a *reinforced agenda* for higher education.

The proposed Communication will revisit the priorities set out in the 2006 Communication (COM(2006) 208 final) and report on progress to date. It will also highlight new or emerging challenges which need to be addressed (thus updating the previous Communication) and present examples of effective practice. The Communication will thus **build directly on previous work** and, by highlighting to Member States and stakeholders the continued importance of the higher education reform agenda, **support the objectives of Youth on the Move and ET 2020**.

The Youth on the Move Package, to which the proposed Communication is closely linked, will also inform the review of **existing learning mobility programmes**³ as part of the preparation of programmes for the new Financial Perspective.

In addition, the proposed Communication has links to the following:

- Council conclusions: in particular on the knowledge triangle (2009), on the social dimension of education (2010), on the internationalisation of higher education (2010)
- Council Resolution (2007) on Modernising universities for Europe's competitiveness in a global knowledge economy
- Opinion of the European Economic and Social Committee: Universities for Europe (2010/C 128/09)

(iii) What are the main problems identified?

The proposed Communication will form part of the Commission's response to the **need for reform** in European higher education systems (which can be viewed as a "strategic problem"). More specifically, the Communication will seek to respond to a **risk that efforts to reform**

1. The Bologna process (intergovernmental co-operation in Higher Education between 47 countries) aims to make tertiary level degrees and quality assurance standards more comparable and compatible throughout Europe and focuses primarily on reforms related to higher education curricula

2. Youth on the Move: aims to respond to the challenges young people face and help them succeed in the knowledge economy, by enhancing the performance and attractiveness of Europe's higher education institutions and raising the overall quality of all levels of education and training in the EU, combining both excellence and equity, by promoting learning mobility, and improving the employment situation of young people.

3. Lifelong Learning Programme (in particular Erasmus, Leonardo da Vinci, and Comenius strands); Erasmus Mundus for international learning mobility and Marie Curie for the mobility of young researchers. In the period 2007-13, these programmes are making available in excess of € 13bn in support of learning mobility

higher education are reduced in the wake of the current economic situation and pressures on public finances, at a time when the need for reform is more pressing than ever (the "specific problem"). We review these two levels of problem in turn.

a) The Strategic problem

Given the closely connected roles of universities in education, research and innovation, the modernisation of higher education in Europe is pivotal in an increasingly global and knowledge-based economy. If Europe is not to lose out to global competition in the education, research and innovation fields, this crucial sector of the economy and of society **needs in-depth restructuring and modernisation.**

The 'Delivering on the Modernisation Agenda for Universities: Education, Research and Innovation' Commission Communication identified **key challenges** facing European higher education systems:

1. European higher education is fragmented into (what are often) small national systems and sub-systems, without effective links and bridges between them. This still poses particular difficulties in terms of mutual recognition of qualifications: **Barriers between systems need to be broken down;**
2. National regulations are too often over-detailed, diminishing universities' responsiveness to changing learning and research needs emerging from markets and society: **Universities should have sufficient autonomy;**
3. Universities under-use the knowledge they produce because they and business still inhabit largely separate worlds: **More incentives are required for partnerships with business;**
4. Funding for universities is far too low compared to our major competitors, both in education and in research, due mainly to much smaller contributions from private sources: **Appropriate funding needs to be ensured;**
5. Europe's universities have a tendency to uniformity within each system/subsystem which has led to a good average level, but has limited access and failed to enable enough world-class research: **Excellence must be rewarded;**
6. Many universities are insufficiently prepared to deal with increased competition for students, researchers and resources in the context of globalisation: **European higher education must be made more visible and attractive in the world;**
7. Furthermore, access rates to higher education are still lower in Europe than in many other leading world regions, especially for adult learners: **Universities need to engage more actively with society and develop new approaches to lifelong learning.**

Despite some progress in relation to these problems since the 2006 Communication, recent studies on higher education reform⁴ illustrate that **much still needs to be done** in order to realise the ambitions set out in 2006. Furthermore, **new challenges** have emerged to a greater extent in recent years, of which the most important may be considered to be:

- increasing **demands from the users** of education to know more about its content and outcomes, and the expanded role of transparency tools such as rankings;
- an emerging focus on the **employability outcomes** of graduates both in curriculum design and in formal quality assessment procedures and funding mechanisms
- a stronger emphasis on the **social dimension of higher education**, including the need to reach out to non-traditional learners (eg. lower socio-economic status groups, ethnic minorities and migrants, people who wish to return to higher education later in life or combine it with working).

b) The specific problem

The recent economic crisis has increased pressure on public finances in the EU, with **cuts in higher education funding** already implemented or forecast in some Member States. At the same time, the range of challenges resulting from recent economic difficulties (notably the general state of government finances and increased unemployment) may **divert attention away from the priority of higher education reform**, leading to reduced impetus for, and concrete

⁴ For example, The Bologna Process Stocktaking Report (2009) http://www.ond.vlaanderen.be/hogeronderwijs/bologna/conference/documents/Stocktaking_report_2009_FINAL.pdf

The series of three independent studies on Implementation of the Bologna Process, Governance and Funding Reforms (CHEPS, 2010).

actions to implement, the reform process. These risks need to be countered if the higher education reform process is not to lose momentum.

(iv) Who is affected?

The main actors affected by the problems outlined above are:

- **Current and future students** at European higher education institutions (who experience difficulties in relation to issues such as access, relevance and quality of study programmes and recognition of qualifications);
- **Employers** (who experience difficulties recruiting graduates with the right skill sets);
- **Management and staff in Higher Education Institutions** (who may currently be constrained in adapting their operations and programmes as they would wish to).

(v) Is EU action justified on grounds of subsidiarity?

Education, Youth and Training Policy is an area where the EU has **supporting competence** as defined by the Treaty on the Functioning of the European Union (Lisbon Treaty).

The Treaty (articles 165 and 166) provides that '*The Community shall contribute to the development of quality education by encouraging cooperation between Member States and, if necessary, by supporting and supplementing their action*' and in particular, foresees that Community action shall be aimed at '*encouraging mobility of students and teachers, by encouraging inter alia, the academic recognition of diplomas and periods of study*'.

In general terms, the EU adopts a **twin-track approach** to this mission, a) through policy cooperation with EU Member States (based on the Open Method of Coordination), and b) through the implementation of the Lifelong Learning Programme which provides funding in support of mobility actions (i.e. Erasmus, Comenius, Leonardo, Grundtvig).

Within the area of policy cooperation, the Commission's main role is to **inform and support the work of the Member States** by undertaking policy analysis, highlighting where problems exist and suggesting possible solutions. The proposed Communication would fall clearly within this line of action, which is well established and conforms to the principle of subsidiarity.

(vi) Why can the objectives of the proposed action not be achieved sufficiently by Member States (necessity test)?

The complementary role of the European Commission in promoting the modernisation of higher education is stressed in the strategic framework for European cooperation in education and training ('ET 2020'). While the modernisation agenda would certainly be pursued at Member State level in the absence of Commission intervention, the Commission is uniquely well placed to support and strengthen the European dimension of reform, notably by:

- Promoting the development of the **European Higher Education Area** to allow easy transfer between and comparability of national education systems, notably through such measures as the European Qualification Framework;
- **Monitoring and reporting** on progress made against existing reform targets in order to highlight where individual Member States are performing well and where further work is required;
- **Providing clear examples of effective reform / practice**, which may serve as inspiration for authorities and higher education institutions in other Member States.

(vii) As a result of this, can objectives be better achieved by action by the Community (test of EU Value Added)?

By further promoting and highlighting the **existing objectives** of the European Higher Education Area and the modernisation agenda, **reporting on progress** to date and highlighting **outstanding and new challenges**, the proposed Communication is intended to send a **clear message** to relevant stakeholders and further reinforce the ongoing reform process in higher education. The Commission is best placed to formulate and communicate this message.

B. Objectives of EU initiative

(i) What are the main policy objectives?

At a **specific level**, the objectives of the initiative are:

1. To **raise the profile** of the higher education modernisation agenda and **stress its importance**, at a time when national governments face other serious challenges and difficult choices regarding public spending;
2. To provide a **clear and concise overview** of progress made in addressing the challenges faced by higher education in Europe already set out in the last Communication, ET2020 and elsewhere;
3. To highlight **new or emerging challenges** facing higher education, which have not featured prominently in previous EU strategic policy statements. These include the increasing need for transparency, the increased focus on employability and the social dimension of higher education;
4. To present (concise) **examples of how the outstanding and new challenges can be addressed** effectively in different contexts.

At a **strategic level**, the initiative should:

1. Ensure that higher education and higher education reform **remains high on the political agenda** at Member State level and reforms progress;
2. Support the process of **breaking down the barriers** around universities in Europe (including continued progress in the implementation of Bologna process reforms, increasing the proportion of graduates and researchers spending a semester abroad or in industry, and improving academic recognition processes);
3. Support the creation of real **autonomy and accountability** for universities;
4. Encourage provision of incentives for **structured partnerships with the business community**;
5. Promote provision of the right **skills and competencies** for the labour market;
6. Encourage **increased funding** for higher education and make funding work harder in education and research;
7. Promote enhanced **interdisciplinarity and transdisciplinarity**;
8. Help to make the European Higher Education Area and the European Research Area **more visible and attractive** in the world, including an EU internationalisation strategy

The initiative is conceived as a **supporting measure to reinforce and update the ongoing modernisation agenda** and highlight areas where further work (or future initiatives) may be required. At this stage, it is **not** intended to propose substantive new actions at Community level.

The Commission will continue to support the modernisation of EU higher education through a process of identifying and sharing good practice, and through its funding programmes for education, research and innovation: the Lifelong Learning Programme, the Seventh Framework Programme for research and development, the Competitiveness and Innovation programme, and the Structural and Cohesion Funds

(ii) Do the objectives imply developing EU policy in new areas or in areas of strategic importance?

As noted, the initiative will reinforce and, to some extent, update the existing EU policy framework in the field of higher education. **It does not imply the development of policy in a new area.** However, it is clear that higher education reform occupies a strategic place in the Europe 2020 Strategy, as part of coherent Community action to develop a knowledge-based society.

C. Options

(i) What are the policy options? (ii) What legislative or 'soft law' instruments could be considered? (iii) Would any legislative initiatives go beyond routine up-date of existing legislation?

The initiative has been conceived from the outset as an **update of the previous Commission Communication** on modernisation of higher education (COM(2006) 208 final) and alternative policy options have not been examined in detail. Nevertheless, from a formal perspective, the two main policy options available are:

1. **Continue existing activities** (maintaining the status quo). This would involve maintaining

the existing (2006) Commission Communication, the text of which remains relevant in many respects but is in need of up-dating.

2. **A new Communication** to update and refocus the previous Communication, taking into account developments over the last five years. This would include providing a concise review of progress made so far, identification of new challenges and presentation of effective solutions. This would reinforce the Commission's message that continued reform of, and sustained investment in higher education, is vital for the growth of the knowledge economy, in particular in the framework of the Europe 2020 Strategy. The Communication will set out the specific challenges in a 2020 perspective for higher education in Europe and how to tackle them.

Although a new Council Recommendation setting out specific reform fields or measures to be addressed or adopted by Member States is a formal possibility, this is not considered appropriate. This is because the objective of the proposed EU activity is to highlight and review a wide range of existing and new challenges in the field of higher education and, in so doing, provide a broad strategy document in the context of which future initiatives can be developed. A Council Recommendation would be more appropriate when more specific issues / fields are addressed and specific, concrete solutions proposed (as in the Youth on the Move Council Recommendation on mobility).

(iv) Does the action proposed in the options cut across several policy areas or impact on action taken/planned by other Commission departments?

The action proposed covers the policy fields of Education and Culture and Research. It is proposed that the text for the Communication is developed jointly by the two services. This approach has been agreed between the respective DGs.

(v) Explain how the options respect the proportionality principle.

The Communication is a non-legislative instrument. Moreover, no substantive new policy measures are foreseen. As such, we believe the action conforms to the principle of proportionality.

D. Initial assessment of impacts

(i) What are the significant impacts likely to result from each policy option (cf. list of impacts in the Impact Assessment Guidelines pages 32-37), even if these impacts would materialise only after subsequent Commission initiatives?

Option 1: Continue existing activities

- Higher education process continues as at present, with associated risks that momentum is reduced in the wake of the current economic difficulties and conflicting priorities at Member State level.

Option 2: New Communication

- The higher education modernisation process receives additional attention at Member State and stakeholder level (with variation expected between Member States)
- Reform is either maintained (ie not reduced) or accelerated in the Member States where the need for reform is greatest (variation between Member States expected).
- New initiatives are taken at Member State level to address some of the "newer" (less traditional) challenges identified in the Communication (such as the role of universities in providing flexible lifelong learning solutions to those who have already begun their professional career or the role of distance learning in reaching more marginalised groups; more attention is given to enhancing transparency in profiles and performance of higher education institutions; institutions give more attention to employability aspects when designing curricula).

(ii) Could the options have impacts on the EU-Budget (above 5 Mio €) and/or should the IA also serve as the ex-ante evaluation, required by the Financial Regulation?

The Communication will not have an impact on the EU budget.

(iii) Could the options have significant impacts on (i) simplification, (ii) administrative burden or on (iii) relations with third countries?

No

E. Planning of further impact assessment work

(i) When will the impact assessment work start?

It is not considered necessary to undertake an impact assessment for the proposed Communication. This assessment reflects that fact that:

- The new Communication would form part of an **ongoing EU policy agenda** on higher education reform, which has already been endorsed by the Member States, and constitutes an updating of the 2006 Communication
- The **objectives of the Communication** are to raise the profile of the higher education modernisation agenda, provide an overview of progress, and highlight new challenges and present examples of best practice. **No substantive new Community actions** will be proposed in the Communication.
- In light of the principle of **proportionate analysis**, an additional impact assessment would appear unnecessary.

(i) What information and data are already available? (ii) Will this impact assessment built on already existing impact assessment work or evaluations carried out? (iii) What further information needs to be gathered? (iv) How will this be done (e.g. internally or by an external contractor) and by when? (v) What type and level of analysis will be carried out (cf. principle of proportionate analysis)?

The results of a number of completed or ongoing EU-level studies will inform the Communication. Among the most important are:

- European Commission (2009) Report on Progress in Quality Assurance in Higher Education, COM(2009) 487 final
- CHEPS et al. (2010) The Bologna Process Independent Assessment: The first decade of working on the European Higher Education Area
- CHEPS et al. (2010) Progress in higher education reform across Europe: Governance Reform
- CHEPS et al. (2010) Progress in higher education reform across Europe: Funding Reform
- London School of Economics (forthcoming: February 2011) Feasibility study to examine the potential need for a Student Lending Facility at European Level
- U-Multirank Consortium (forthcoming: May 2011) Final Report of Multi-dimensional Global ranking of Universities feasibility project

Which stakeholders & experts have been/will be consulted, how and at what stage?

The development of the Communication text will entail consultation with representatives of relevant stakeholder organisations, including representatives of higher education institutions (including the European University Association), representatives of students, representatives of higher education staff and representatives of business and employers organisations.

ROADMAP	
TITLE OF THE INITIATIVE	Modernisation of EU public procurement rules
TYPE OF INITIATIVE	X CWP • Non-CWP • Implementing act/Delegated act
LEAD DG	DG MARKT
EXPECTED DATE OF ADOPTION	Q3 2011
VERSION OF ROADMAP	No:1 Last modification: Month/Year: 08/2010

This indicative roadmap is provided for information purposes only and is subject to change. It does not prejudice the final decision of the Commission on whether this initiative will be pursued or on its final content and structure.

A. Context, problem definition
<p>(i) What is the political context of the initiative? (ii) How does it relate to past and possible future initiatives, and to other EU policies? (iii) What ex-post analysis of the existing policy has been carried out and what results are relevant for this initiative?</p>
<p>(i)</p> <p>Public procurers spend over €2,000 billion (17% of EU GDP) on supplies, works, and services every year. Especially in times of strained public finances, it is crucial to make sure that this money is used in the most cost-effective way, generating the least possible transaction costs and the best possible procurement outcomes, notably through effective EU-wide competition.</p> <p>At the same time, public purchasers are more and more called upon not only to save money but also to procure goods and services with higher "societal" value in terms of respect of the environment or improvement of social conditions and to find out innovative solutions better suited to new needs (so also the EU 2020 strategy).</p> <p>The future White paper will set out the specific challenges which public procurement policy faces today and explore possibilities to adapt the existing procurement rules (Directives 2004/17/EC and 2004/18/EC) in order to better respond to these challenges, and to make public procurement more efficient in achieving the above outlined policy objectives (greatest possible cost-efficiency and better supporting other policy objectives).</p> <p>(ii)</p> <p><i>Relation to other policies</i></p> <p>The White paper will cover a wide range of EU policies (as far as public procurement is concerned), notably: SMEs, environmental and social policies and innovation.</p> <p><i>Relation to other initiatives</i></p> <p>When exploring if and how the current EU public procurement Directives would need to be changed, the White paper will take into account the results of the ongoing evaluation of the Directives, of the consultation of stakeholders in the context of the Green paper on how public procurement can underpin the EU2020 priorities and of the Green Paper on expanding the use of e-procurement.</p> <p>It will also integrate experiences from the work in the field of SME policy (notably the 2008 Commission staff working document "European Code of Best Practices facilitating SMEs' access to public procurement contracts") and various sector-specific initiatives on how to use public procurement in support of other policy objectives, including</p> <p>- legislative initiatives:</p> <ul style="list-style-type: none"> - EU Regulation 106/2008 (so called EU Energy Star Regulation) - Directive 2009/33/EC on promotion of clean and energy-efficient vehicles - Directive 2006/32/ EC on energy end-use efficiency and energy services - Directive 2009/28/EC on the promotion of the use of energy from renewable sources

- and non legislative initiatives, e.g.:
 - the 2008 Commission Communication "Public Procurement for a Better Environment"
 - the 2007 Commission staff working document "Frequently asked questions concerning the application of public procurement rules to social services of general interest"
 - the handbook "Buying social – A Guide to Taking Account of Social Considerations in Public Procurement (to be published in 2010)"
 - the 2007 Commission's Communication "Contributing to Sustainable Development: The role of Fair Trade and nongovernmental trade-related sustainability assurance schemes"
 - in the field of innovation, the 2007 Guide on Dealing with Innovative Solutions in Public Procurement, the 2007 Commission Communication on "Pre-commercial procurement: Driving innovation to ensure sustainable high quality public services in Europe", the 2007 Commission Communication "A lead market initiative for Europe", and the public procurement aspects in the 2010 flagship initiative "Innovation Union"

(iii)

Ex-post evaluation of EU public procurement Directives currently ongoing, results expected for Q2 2011:

This evaluation will bring together a body of empirical evidence and practitioner experience relating to the application of current EU procurement legislation.

What are the main problems which this initiative will address?

1. Contracting authorities frequently voice the concern that public procurement procedures would be too costly, lengthy and complex. This would generate unnecessary administrative burdens for public authorities and undertakings (especially SMEs) and additional costs for European taxpayers.

This concern is in reality only one aspect of a much wider debate on the cost-effectiveness of the current public procurement rules and practices. As outlined above, the overall objective of these rules is to ensure efficient public spending, notably due to EU-wide open procurement markets. Of course, efficient procurement includes that as little time and money as possible is spent on coping with procedural administrative burdens.

However, optimizing public procurement cannot be limited to reducing costs of the procedure, but must also aim at improving procurement outcomes (making sure that the procedures deliver purchases of best value for taxpayers' money). Amongst other factors, the still low direct cross-border participation in public tender procedures may indicate that there is some untapped potential to improve procurement outcomes by further enhancing EU-wide competition for public contracts (with the potential effects of bigger choice and lower prices for public authorities).

Thus, the rules and practices in place must be screened in view of analyzing if and how they could be optimized to ensure the best possible procurement outcomes with the least possible transaction costs and administrative burdens. Any optimization at EU level will of course only be effective if it is transposed in the Member States so as to translate into more cost-effective procedures on the ground (avoiding gold-plating to the extent possible).

2. Responding efficiently to today's major challenges in terms of protection of the environment, social cohesion and fostering innovation requires that the best use is made of all levers at the disposal of public authorities. One of these levers can be the high amount of money spent by public procurers on a daily basis.

A number of stakeholders suggest that this potential could be better exploited. On the other hand, there is an ongoing debate if such "policy oriented procurement" is desirable, or if on the contrary a stronger "instrumentalisation" of public procurement to achieve other policy objectives would create disproportionate administrative burdens for public procurers and undertakings, prevent purchases at the best price and possibly disadvantage certain (smaller) undertakings.

Who will be affected by it?

Contracting authorities, procurement agencies, supervisors and public administrations, business (small, medium size and large), citizens as taxpayers and users of public services

(i) Is EU action justified on grounds of subsidiarity?

(ii) Why can Member States not achieve the objectives of the proposed action sufficiently by themselves? (Necessity Test)

(iii) Can the EU achieve the objectives better? (Test of EU Value Added)

Yes. The WP will explore the possibilities of modernising existing EU Directives 2004/17 and 2004/18 (cf. subsidiarity justification for these Directives). Coordination of public procurement rules at EU level is needed to ensure EU-wide transparency and non-discriminatory treatment of bidders, in order to create a level playing field for all European undertakings and avoid national fragmentation of procurement markets.

Exclusively national regulation of public procurement would lead to foreclosure of procurement markets; divergent national rules and practices would discourage (or even render impossible) cross-border participation in public tenders.

As for the use of public procurement in support of the EU2020 policy objectives, procurement rules and practices currently in place in the Member States diverge considerably. This has led to a fragmentation of procurement practices in this regard. Measures at EU level could help to overcome this fragmentation and create legal certainty for undertakings operating cross-border. At the same time, more EU-wide harmonisation of procurement practices in this field could make public procurement a more efficient instrument to achieve these policy objectives, compared to purely national action.

B. Objectives of the initiative

What are the main policy objectives?

Set out possible options for the modernisation of the EU public procurement legislative framework in line with the EU2020 goals, in view of

1. increasing efficiency and cost-effectiveness of public procurement notably by eliminating unproductive or excessive restrictions on contracting authorities ;
2. better taking into account the policy objectives set out in the EU2020 Strategy (such as combating climate change, protecting the environment, preventing social exclusion and fostering innovation) in public procurement.

Do the objectives imply developing EU policy in new areas?

No.

C. Options

- (i) What are the policy options being considered?
- (ii) What legislative or 'soft law' instruments could be considered?
- (iii) How do the options respect the proportionality principle?

A. No policy change

B. Modernisation of EU public procurement policy in order to better achieve the above outlined policy objectives of

1. more efficient public procurement
2. better using public procurement in support of other EU2020 policy objectives

In some cases, these two objectives may be conflicting, as the pursuit of other policy objectives through public procurement may require imposing additional requirements on contracting authorities and economic operators, and may also entail that purchasers will be encouraged/obliged not to pursue primarily the objective of savings in the pure economic sense. The trade-offs between these two objectives and the best ways to reconcile them will have to be determined carefully.

The detailed options (including the choice of the adequate instrument, and their assessment with regard to the proportionality principle) to achieve these objectives can only be determined on the basis of the results of the currently ongoing large ex-post evaluation of the EU public procurement Directives and of the public consultation via the Green paper on how public procurement can underpin the EU2020 policy objectives.

Policy options will notably need to be developed for the following issues/questions:

1. More efficient procurement

Density of rules (more or fewer rules at EU level)

Legal instrument (coordination Directives/ harmonisation Directives/ Regulation, use of secondary legislation/comitology, use of soft-law, guidance and interpretation documents)

Scope of application of the EU public procurement Directives
Exemptions

Clarification of application of public procurement rules to cooperation between public authorities
Thresholds

"A and B services":

Currently, certain services (e.g., social and health services, hotel services, water transport) are only subject to a very "light" procurement regime (only few provisions of the Directives apply to the award of service contracts for such services). Is this light regime for certain services (and the types of services falling under this light regime) still justified?

Procedures

Types of procedures (open/restricted/negotiated/other?) and conditions for choice of the type of procedure

Changes to the current procedures in order to make them more efficient

Possible differentiation of procedures for different types of contracts or contracts of different values

Possible "de minimis" exemption for certain very small contracts (e.g. some types of small social SIEG)?

Requirements linked to the choice of the contractor / rules for exclusion of bidders, selection and award / administrative burden reduction with regard to evidence (certificates) for the fulfilment of selection criteria

More thorough development of rules and responsibilities of central purchasing bodies and other collective procurement mechanisms in recognition of the trend towards centralisation of purchasing and aggregation.

Instruments for preventing corruption/ conflicts of interest

Subcontracting

Better access of SMEs to public contracts

Creation/improvement of instruments/ mechanism to facilitate cross-border participation in public tenders:

European prequalification systems/better mutual recognition of certificates/ evidence for selection criteria

Rules/instruments to overcome natural barriers (e.g. language: publication of tender documents in a second language/ translation of tender documents/ acceptance of offers in foreign languages?)

Clarification/improvement of methods/instruments/rules for cross-border joint procurement

More explicit treatment of questions linked to the organisation of electronic procurement procedures, introduction of regulatory incentives to use e-procurement, or permissions for Member States to require use of e-procurement under certain circumstances.

2. Better use of public procurement in support of EU 2020 policy objectives

Impose requirements for an enhanced use of public procurement in support of other policy objectives? If yes:

What kind of requirements: e.g. mandatory targets/ quotas of green, social, innovative products and services or certain considerations to be taken into account in the procurement procedures (e.g. taking into account life-cycle costs when evaluating prices)?

At what level (EU/ Member States) and in which type of legislation (sectoral legislation or general public procurement rules)?

Maintain the rule that all requirements must be linked to the subject matter of the contract (i.e. the product or service to be purchased or the execution of the contract), or abandon/attenuate this principle? In the latter case, how, and what safeguards would be needed to ensure fair competition?

Need of specific procedures for policy-oriented procurement (e.g., specific procedures for procurement of innovative products or services, with strong protection of intellectual property rights and know-how of bidders)?

How can the compliance with policy related requirements be verified, especially if these requirements relate to situations in the supply chain (e.g., no involvement of child labour in the production of any of the components of a final product, even if imported from third countries) - question of labels/ certificates, and possible problem of discrimination if certain labels are accepted as automatic/exclusive guarantees for the fulfilment of such requirements.

Need for specific rules for services of general economic interest?

D. Initial assessment of impacts

What are the benefits and costs of each of the policy options?

A. The benefits of the option "no policy change" would be that national legislation and procurement practice would not need to be adapted to new standards at EU level. However, the existing concerns (perceived high administrative burdens, little direct cross-border trade and a limited and disparate use of public procurement in support of other EU2020 policy objectives) would persist.

B. In case of policy changes to modernise EU public procurement policy, the impacts of the various options will have to be assessed on the basis of the results of the currently ongoing ex-post evaluation of the EU public procurement Directives and the results of the public consultation on how public procurement can underpin the EU2020 policy objectives (Green paper).

In general, the following considerations will be relevant when assessing the costs and benefits of future policy options:

1. Measures aiming at simplifying procurement procedures, while possibly reducing transaction costs for public authorities and undertakings, in particular SMEs, bear the risk of cutting back on procedural safeguards to ensure transparency and non-discrimination and may result in less competition and hence economically less advantageous procurement outcomes. For each of the issues highlighted above, the right balance has to be found between minimizing procedural burdens and at the same time maximizing stimulus and safeguards for efficient cross-border competition and optimal procurement outcomes.

2. Likewise, policy options related to the objective of better using public procurement in support of the EU2020 policy objectives will also have to be assessed under a double angle: On the one hand, their efficiency to ensure the achievement of these policy objectives, but on the other hand, the possible negative impact on the cost-effectiveness of the procedures in the above sense and the possible risks for undistorted and open competition.

For instance, the introduction of far reaching obligations on contracting authorities to buy green or innovative products or services or to take into account social considerations in their procurement decisions may be a very effective tool to achieve the overall political aim of protection of the environment, fostering innovation or combating social exclusion. On the other hand, the introduction of such obligations it is likely to create administrative burdens in the procurement process and might also have an impact on the prices paid by public authorities for the products and services purchased.

For each of the options to be considered, these trade-offs will have to be carefully weighted against each other in order to strike the right balance.

Could any or all of the options have significant impacts on (i) simplification, (ii) administrative burden and (iii) on relations with other countries, (iv) implementation arrangements? And (v) could any be difficult to transpose for certain Member States?

Issue of simplification/ administrative burdens addressed above.

No impacts on relations with other countries/ implementation agreements identifiable at this stage (only options ensuring compliance with EU international commitments to be considered).

Possible problems to transpose for certain Member States will have to be examined/ identified at a later stage in the process.

(i) Will an IA be carried out for this initiative and/or possible follow-up initiatives? (ii) When will the IA work start? (iii) When will you set up the IA Steering Group and how often will it meet? (iv) What DGs will be invited?

Yes (IA for the White Paper as well as for any possible legislative proposal following the WP).

IA for the White paper to start in Q4 2010. The preparation of the impact assessment will have to take place in parallel with the preparation/finalisation of the evaluation.

Steering group calendar and DGs to be invited. An inter-service steering group has been created to support the preparation of the ex-post evaluation comprising a number of services (SG, REGIO, BUDG, TRADE, ECFIN, ENER, MOVE, ENV, RTD). This steering committee could be used for the impact assessment.

The work of the steering group will take place during the period December 2010-June 2011. This could involve 3-4 meetings to discuss evolving analysis and IA report.

(i) Is any of options likely to have impacts on the EU budget above €5m?

(ii) If so, will this IA serve also as an ex-ante evaluation, as required by the Financial regulation? If not, provide information about the timing of the ex-ante evaluation.

No.

E. Evidence base, planning of further work and consultation

- (i) What information and data are already available? Will existing impact assessment and evaluation work be used?
- (ii) What further information needs to be gathered, how will this be done (e.g. internally or by an external contractor), and by when?
- (iii) What is the timing for the procurement process & the contract for any external contracts that you are planning (e.g. for analytical studies, information gathering, etc.)?
- (iv) Is any particular communication or information activity foreseen? If so, what, and by when?

Green paper on how public procurement can underpin the EU2020 priorities to be adopted in October 2010 – results of the public consultation should be available by end of the year

Evaluation of EU public procurement Directives ongoing, results expected for Q2 2011

The comprehensive ex post evaluation of EU public procurement Directives will generate a body of material relating to the impact and effectiveness of current rules. This evaluation will provide a solid body of material for assessing the extent to which existing rules have achieved their objectives, identify shortfalls and factors that contribute to observed outcomes. This will help to identify aspects of the existing framework that may call for further attention. It will also help to identify the consequences and opportunity costs associated with the status quo.

Consequently, the evaluation will be the principal source of information for the impact assessment.

The impact assessment will also include structured qualitative analysis of the advantages and disadvantages of the main options presented above, including impacts for key stakeholders and on realisation of other policy objectives.

More detailed assessment of the potential impacts of preferred options will be undertaken prior to and along with preparation of those measures.

Which stakeholders & experts have been or will be consulted, how, and at what stage?

Green paper on how public procurement can underpin the EU2020 priorities to be adopted in October 2010 – open internet consultation of all interested parties planned for October-November 2010.

Responses to the Green Paper on e-procurement will help to inform analysis of possible options relating to integration of ICT communications in the EU legislative framework.

Many of the studies being undertaken in the context of the ex-post evaluation involve practitioner surveys (purchasing bodies and suppliers) which will provide a detailed insight into stakeholder views on aspects of the existing framework.

Reactions to the ex-post evaluation could be gathered through a consultation process following the publication of the evaluation (including possible Commission conference).

Consultation and discussions with Member States through the Advisory Committee on Public Contracts.

PRIORITIES AND PROGRAM OF THE POLISH EU PRESIDENCY IN THE SECOND HALF OF 2011

Information material

On July 21 2010 the Council of Ministers adopted a document provisionally elaborating the plans of the Polish Presidency. They will evolve in line with the process of national consultations as well as talks with EU states, institutions and partners within the Poland-Denmark-Cyprus trio. The final list of priorities and the program of the Polish Presidency in the European Union will be unveiled in June 2011.

Polish Presidency program in context

The plans of the Polish Presidency will depend on the long-term EU agenda, with particular importance attached to the 2011 program of works of the European Commission, which will be presented in December 2010. Furthermore, they will be significantly impacted by the economic situation and the progress of the European economy in emerging from the crisis and also the scope and directions of the relevant actions we take jointly within the EU. The plans of the Polish Presidency will also depend on the new mode of operation of the European Union as defined in the Lisbon Treaty. Poland will consult its plans with the President of the European Council, the High Representative for Foreign Affairs and Security Policy and the European Parliament. In the case of certain policies, the Treaty has given a clear impulse for greater engagement by the European Union — and Poland wants to tap this possibility. The global context, increasingly present in EU policy, will also influence the Polish Presidency since more and more challenges are of a global character (international trade and access to third-country markets, financial regulations and climate change) and a growing number of decisions is taken at the global level (G20+, WTO).

General priorities

1. Internal market

As the European Union seeks to address the crisis and find sources of economic growth, Poland will advocate strengthening of the internal market, which carries untapped development potential. Furthermore, the adoption of that priority is indicated by the EU

agenda: the latter half of 2011 will coincide with the fulfillment of many initiatives that are the subject of ongoing works by the European Commission; meanwhile, the Poland-Denmark-Cyprus trio will mark the 20th anniversary of the establishment of the internal market.

Polish actions relating to the internal market might concentrate on the implementation of European Commission proposals stemming from the Monti report on the future of the internal market, financial sector regulations, mobility issues, free transfer of expertise and innovation and the removal of existent barriers in intra-Union trade.

2. Relations with the East

In collaboration with the High Representative for Foreign Affairs and Security Policy, Poland will promote Eastern policy issues. In relations with countries covered by the Eastern Partnership we will strive for the conclusion of association agreements, adoption of mandates for negotiations on free-trade areas with the EU and the finalization of such talks with Ukraine, progress on visa and trade liberalization, and intensification of economic cooperation. In October 2011 we are planning to hold in Poland an Eastern Partnership Civil Society Forum.

3. Strengthening of the EU's external energy policy

Poland proposes an in-depth discussion on new legislative and non-legislative solutions designed to preserve the competitiveness of the European energy sector in a changing external environment. Debate will be conducted on the present solutions and new directions of action by the European Union in the energy market sphere, with the goal of elaborating new mechanisms for a solidary and competitive energy policy compliant with the provisions of the Lisbon Treaty.

4. Common Security and Defense Policy

The Polish Presidency will work to upgrade EU efficiency in the area of crisis management, deepen defense cooperation among Member States and ensure partnership with NATO in the context of the new possibilities created by the Lisbon Treaty. At national level, the implementation of these plans will enhance our defensive potential and civil capabilities.

5. Negotiations on the 2014-2020 financial framework

That is one of the most important tasks facing the Polish Presidency and the whole Poland-Denmark-Cyprus trio. The Polish Presidency will coincide with the period of in-depth analysis of European Commission proposals and identification of the main negotiation issues.

The talks on the subject will begin in mid-2011 and its formal conclusions will take place in the second half of 2012, which will require a political agreement in the European Council in the first half of 2012, during the Danish Presidency. First and foremost, it will be the objective of the Polish Presidency to conduct efficient negotiations while advancing the negotiations as far as possible, including allowing all the member states to articulate their interests.

6. Full utilization of Europe's intellectual capital

The Polish Presidency intends to launch concrete initiatives, in collaboration with the European Commission, to stimulate the growth of intellectual capital. We will work towards that goal by enhancing cohesion and synergy between EU policies and initiatives leading to a better utilization of the EU's intellectual resources. The initiative will be congruent with the realization of the economic development strategy Europe 2020 and will boost Europe's competitive advantage.

Presidency plans in the respective areas

Economic and financial issues

In this area Poland will focus on the challenges facing the Union economy in consequence of the economic and financial crisis and the crisis of public finances. Strengthening of the EU's economic governance and consolidation of public finances will be the top priorities of the Polish Presidency. Poland intends to actively support actions enhancing long-term stability of public finances and, as a result, stable and sustainable economic growth.

Since the Polish Presidency will coincide with the implementation of the long-term goals that will be prepared by the task force on economic governance reform, Poland will also chair works on the fulfillment of the first cycle of a European economic semester. The Polish Presidency will also seek efficient adoption of the annual EU budget. The actions in the area of financial services will also be attuned to undertakings stemming from G20 decisions. The Polish Presidency will strive for the elaboration of a coordinated , unified EU position in the above forums.

Forestry and fisheries

The Polish Presidency will focus on reform of the direct payments system, future of the rural development policy, support for the development of renewable energy investments in rural areas and fundamental change of the principles of the Common Agricultural Policy.

As concerns reform of the direct payments system, Poland will seek agreement on a new system of direct payments. As regards the future of rural development policy, Poland will strive for agreement in the framework of strategic and legislative works, highlighting the significance of complementary use of CAP instruments and cohesion policy for rural development, as well as the substantial role of these areas in the context of new challenges (climate issues, protection of biological diversity, water management, public goods etc).

Cohesion policy

Poland wants the Agenda of the General Affairs Council for the latter half of 2011 to include strategic issues concerning the future of cohesion policy in the context of the debate on cohesion policy draft regulations for the years 2014-2020. The Polish Presidency will seek the broadest possible compromise in areas that boost the effectiveness of cohesion policy in attaining EU development goals.

Transport, telecommunications and energy

One of the key questions for the Polish Presidency will be revision of the guidelines concerning the Trans-European Transport Networks, including the principles of financing investments in TEN-T. The European Digital Agenda will be important since the implementation of many undertakings and initiatives it contains is scheduled in the second half of 2011. Also, Poland will assign priority to the challenges facing the e-administration.

In the context of strengthening the EU's external energy policy, Poland will strive for the elaboration of a coherent EU position on regional and global energy-related problems. Also on energy, the Presidency will work to put in place a mechanism for financing small and dispersed investments to enhance energy efficiency, using cohesion funds in such sectors as building, local heating, heat and electricity distribution networks, local public transportation and electricity production. Poland will also build on the work of earlier presidencies relating to the Energy Infrastructure Package.

Justice and home affairs

Protection of the rights of European Union citizens will be a priority of the Polish Presidency in the justice sphere. Poland will concentrate on initiatives relating to judicial cooperation in civil cases (e.g. regulations concerning inheritance and the establishment of the European inheritance certificate) and penal cases (including discussion on the new Commission draft concerning victims' rights and the judicial rights of suspected and accused persons).

On home affairs, the Polish Presidency will assign priority to the protection and management of borders, development of the Eastern dimension of the Global Approach to Migration, development of the Eastern dimension of the initiatives on police cooperation and countering illegal migration, and stronger cooperation concerning the security of mass public events. An important role will be played by the visa liberalization policy towards Eastern Partnership states.

On border protection and management, the most important tasks will include conclusion of works on updating the Schengen Border Code, strengthening of the protection of minors crossing borders and continuation of works on IT systems. As regards police cooperation, works on the new Anti-Drug Strategy will be of key importance. On customs policy, Poland intends to focus on elaborating a new strategy for customs service cooperation, and the strengthening of the cooperation of customs services with the police, among others. As regards the protection of civil population, works will be launched on updating the Community Mechanism for Civil Protection and the Civil Protection Financial Instrument. Regarding asylum policy, we intend to continue works on the adoption of legislation constituting a second stage of the Common European Asylum System. As regards migration policy, emphasis will be placed on legislative works regarding legal migration.

Competitiveness

Importance will be assigned to the debate on industrial policy in the context of the economic crisis and its effect on the condition of enterprises. The Polish Presidency might turn out to be the right time to collectively review the actions Member Countries committed themselves to conduct in 2008, in support of the action plan elaborated on the basis of the Small Business Act. We plan to address innovation and space policy, continue works on the establishment of the European patent, and legislative works concerning technical harmonization.

Improvement of the regulatory environment policy, i.e. the Smart Regulation initiative, will be important during the Polish Presidency, with particular reference to its bearing on the development of enterprise and improvement of the competitiveness of the European economy.

Poland intends to continue the review of the law relating to consumer rights, support the strengthening of consumer product safety and boost market supervision with regard to products that pose a potential threat.

An important place will be assigned to the enhancement of tourist industry competitiveness through an analysis of the role of innovation in tourism, assessment of new threats and of the progress in implementing the Agenda for a sustainable and competitive European tourism.

Moreover, works will continue to regulate the problem of orphan works and collective management of copyright and related rights. The Polish Presidency will also be responsible for coordinating and presenting the EU position at the World Intellectual Property Organization.

The Polish Presidency will coincide with works on the tenets of the 8th Framework Program for research and technological development. In that area, the main Presidency initiatives and actions will focus on enhancing the accessibility of the 8th FP to SMEs, small research teams and convergence regions, better coordination of research at the European, supra-national and national levels, and deeper integration within the European Research Area. Moreover, Poland seeks to boost the synergy between cohesion policy and the 8th Framework Program, striving to ensure complementarity between structural fund instruments and Framework Programs, to support the establishment of European clusters, create a mechanism for using funds from the 8th FP to finance the construction and operation of a regional research infrastructure and integrate regional and national policies in the RDI area.

Environment protection

Debate on the development of environment policy will be assigned an important place. The Presidency will work to detail future goals of the policy and to launch another Community Action Program for the Environment. Protection of biological diversity will be a priority. Presidency works will focus on the adoption and implementation of an EU strategy concerning invasive foreign species and on the relevant draft legislation. The Presidency will advocate an in-depth discussion on ways of coupling nature protection with tangible effects of eco-systemic services and spatial planning.

The Presidency will continue works on a global climate accord during the Convention conference in the South African Republic in December 2011, which will imply the resolution of such issues within the EU as the reduction-goal ambitions, the future of the Kyoto protocol and climate financing.

The Presidency will work to reinvigorate the UN ECE initiative "Environment for Europe", which constitutes a unique forum for horizontal pan-European cooperation. The Presidency

tasks will concentrate on defining future reforms aimed at improving the environment conditions and quality of life of the process beneficiaries.

|

Employment, social policy, health and environment protection

On social policy and employment, the Polish Presidency will focus on ways of reconciling professional and private life, stimulating professional activation in view of the demographic challenges, promoting pro-active attitudes in the labor market and an active social integration policy, promoting diverse forms of cooperation between the government administration, local governments and NGOs for the fulfillment of social and employment policy goals.

On health and consumer protection, Poland intends to emphasize the improvement of public health, with particular reference to the narrowing of differences in the health situation of EU countries and countries of the Eastern Partnership. A review of the health policies of the EU states will be a significant goal of the Presidency. It will also assign importance to the early detection, prevention and treatment of non-infectious respiratory diseases, with particular reference to adolescents.

Education, youth and culture

On culture, the leading subjects of the Polish Presidency will include development of social innovation and intellectual capital (through investment in culture, support for participation in culture and promotion of cultural and artistic education of persons of all ages) and negotiations on further editions of the Culture and Europe for Citizens programs.

Poland intends to address the issue of digitalization in connection with such projects as the European Digital Library Europeana, European cinema in the digital age and continuation of the Media 2007 program.

In the area of education, Polish Presidency priorities will include the development of pupil, student and teacher (including academic teacher) mobility, also in relations with the East, including countries of the Eastern Partnership, support for the education of migrants' children, enhancement of the policy to improve competencies of key importance in the context of elaborating European cooperation priorities in the spheres of education and training (ET 2020), and the modernization of universities.

In the sphere of youth affairs, Poland will prioritize youth mobility in the framework of non-formal education and volunteer activity, with particular reference to cooperation with Eastern Partnership countries.

In the area of sports, the adoption is scheduled of a European Sports Program for the years 2012-2013. In this context, Poland will highlight the social and economic aspects of sport.

Foreign affairs

Under the Lisbon Treaty it is the High Commissioner for Foreign Affairs and Security Policy who is responsible for the EU's external relations, so the Presidency efforts to implement the EU's foreign policy priorities (with the exception of the common trade policy, where the Presidency will continue to take the lead) will require cooperation with High Representative C. Ashton.

In addition to such foreign policy topics of strategic importance to the Polish Presidency as relations with the East, the CSDP and energy security, we intend to take up issues of a horizontal character: the EU's development policy and its effectiveness, security policy — particularly in the context of combating terrorism, energy policy — with special emphasis on its external dimension and security, consular matters, including visa facilitation agreements in the framework of the Eastern Partnership, and the common trade policy.

In the enlargement field Polish Presidency aims at achieving tangible results i.e. adopting Council conclusions in response to the Commission's "enlargement package": the Enlargement Strategy 2011-2012. During the Polish Presidency the accession negotiations with Iceland are likely to advance further and the process of Croatia's accession to the EU will likely be in the final phase (ratification of the Accession Treaty). Poland will aim at continuing the accession negotiations with Turkey and at bringing the Western Balkans closer to the EU.

The Presidency will deal with issues pertaining to practically every region of the world, though particular emphasis will be placed on the Transatlantic links and relations with Russia.

On trade policy, the WTO Ministerial Conference will be the major event of horizontal character. It is likely to produce decisions on the most crucial questions involved in the DDA WTO round of multilateral trade negotiations.

The Polish Presidency might also see the finalization of Russia's accession to the WTO and the elaboration of a strategy to restrict or phase out protectionist measures introduced during the crisis. We also intend to address the increasing restrictions in international trade, facilitate commercial operations and transit, and conduct works on a new system of EU customs preferences for the developing countries.

The Polish Presidency might see the finalization of the EU's free trade accords with India, Singapore, Ukraine and the Gulf Cooperation Council countries. There might also be the

finalization of other trade agreements (EU-Mercosur Association Agreement) and of the talks on free trade accords with Malaysia, Vietnam and Thailand, as well as implementation of the EU's agreements with countries of Central America and the Andean Community.

Important events during the Polish Presidency

In addition to the above general priorities of the Polish Presidency and its actions in the respective areas of EU policy, the Presidency will be also marked by noteworthy socio-economic initiatives connected with events planned in the latter half of 2011, including the European Year of Volunteering, the European Culture Congress, the European Congress of People with Disabilities and the Internal Market Forum. Those events and the related initiatives are meant to enhance Poland's political promotion and its image as a modern, creative and dynamic nation, receptive to the best examples and eager to benefit from the common European market. The Polish Presidency will also coincide with the 50th anniversary of the OECD and the 15th anniversary of Polish membership of that organization.